anxa
87-B
12092

Heimstätten
für
unsere Helden!

Ein Mahnruf an alle Vaterlandsfreunde

von
Sanitätsrat Dr. Georg Bonne
Stabsarzt der Reserve

München 1915 / Verlegt von Ernst Reinhardt

Dr. Bonne / Heimstätten für unsere Helden

Heimstätten für unsere Helden!

Ein Mahnruf an alle Vaterlandsfreunde

von

Sanitätsrat Dr. Georg Bonne
Stabsarzt der Reserve.

München 1915 / Verlegt von Ernst Reinhardt

Druck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn

Des Kriegers Sehnsucht*.

Ein eigenes Heim gib mir, mein Vaterland!
Ein kleines Häuschen nur, da ich mag rasten
Wenn nach des Tages mühevollem Hasten
Mein wandermüder Fuß die Schwelle fand.
Ein eignes Heim!

Ein eignes Heim! O wonnevolles Glück!
Wie Täubchen würden meine Kinder girren,
Wenn um ihr Vaterhaus die Schwalben schwirren.
Nie zög' das Häusermeer sie je zurück
Vom eignen Heim.

Ein Gärtchen schüfen wir und eine Laube dicht;
Lavendel pflanzten wir, Jungfer im Grünen,
Auch Tulpen, Nelken, Rosen, Balsaminen
Und Flieder, Veilchen und Vergißmeinnicht
Beim eignen Heim.

Wenn dann der Sonnenball im Westen schwand,
Erzählte ich den Meinen, wie wir stritten
Für dich und gerne, gerne für dich litten,
Und segnete noch sterbend dich, mein Land —
Im eignen Heim!

Berlin. Alfons Dirksen,
Zurzeit Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 41.

---

* Mit Erlaubnis des Verfassers abgedruckt aus Nr. 9, 1915, der Zeitschrift „Bodenreform".

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort 9

1. Kapitel:
Über die Notwendigkeit der systematischen Dezentralisation unserer heutigen Großstädte in hygienischer, sozialer und volkswirtschaftlicher Beziehung 12

2. Kapitel:
Mittel und Wege für eine derartige Dezentralisation 35

3. Kapitel:
Der Nutzen einer systematisch durchgeführten Dezentralisation unserer Städte für unsere Nation 59

4. Kapitel:
Heimstätten für unsere Helden 86

Vorwort.

Ein Großes hat uns der Krieg in leuchtender Klarheit gezeigt:

Das Wertvollste, was ein Volk besitzt, dasjenige, was seine Größe, seine Bedeutung unter den Völkern ausmacht, das, was sein Schutz und seine Wehr ist gegen die Feinde, sein Schönstes und Herrlichstes, was es besitzt, sind seine starken, gesunden Männer! So war es im Altertum, und so ist es noch heute! —

Durch die Engherzigkeit der Hausbesitzer, die eine zu reichliche Abnutzung ihrer Wohnungen durch zu viele Kinder fürchten; durch die Kurzsichtigkeit der Gemeindebehörden, denen zu viele Kinder eine zu hohe Belastung des Gemeindesäckels infolge der steigenden Schullasten erschienen, und durch die infolge der wachsenden Wohlhabenheit im Verein mit der Reklame der Alkohol-Industrie, der Brauereien mit ihren Bierpalästen, der Weinstuben, der Animierkneipen und Destillationen, der feinen und ordinären Tingeltangel, durch die Lockmittel der Kinos und sonstige sinnlose Schaustellungen gesteigerte Genußsucht der Eltern hatte die Furcht vor zu vielen Kindern vor dem Kriege wie eine Pest, die von Frankreich herüber gekommen war, sich auch bei uns bereits eingenistet. Die von den Behörden in unverzeihlicher Lässigkeit geduldeten schamlosen Anzeigen über „aufklärende" Bücher und die Mittel gegen die Empfängnis trugen diese Pest längst in die kleinsten Dörfer. Erschreckend zeigte die Abnahme der Geburtenziffer in welcher rapiden Weise diese Verfallserscheinung auch bei uns in Deutschland um sich griff. Da kam der Krieg und zeigte, was ich soeben schon eingangs sagte, in strahlender Deutlichkeit: *Kinder, vor allen Dingen viele starke und gesunde Männer sind es, deren wir bedürfen!*

Es sind eineinhalb Menschenalter her, da schickte meine Mutter mich als Knaben in die Gängeviertel meiner Vaterstadt Hamburg, um hier und da den Armen irgendein Gutes zu tun; aber gleichzeitig wollte sie mich, wie sie mir später einmal sagte, auf das Wohnungselend des großen, handarbeitenden Volkes in dieser reichen Handelsstadt aufmerksam machen und die Sorge dafür schon dem Knaben als Keim in die Seele pflanzen, damit der Mann

später einmal seine Kräfte mit daran wandte, diesem Krebsschaden unseres Volkes abzuhelfen, soweit es in seinen Kräften stände. Hatte doch schon mein Vater Anfang der 60er Jahre nur zu häufig im engen Kreise geäußert, „daß alle Arbeit, die er als Armenpfleger leistete, nur ein Tropfen auf einem heißen Stein bedeute, solange dieses Wohnungselend bestände"!

Jahrzehnte sind dahin geflossen, fast unzählige Bücher sind geschrieben worden gegen das Wohnungselend in unseren Städten. Zahlreiche unserer besten Männer haben ihre besten Arbeitskräfte daran gesetzt, um mit praktischen Vorschlägen Besserung zu schaffen. So muß es fast anmaßend erscheinen, daß ich es unternehme, dieser reichhaltigen Bibliothek über die Wohnungsfürsorge ein neues, wenn auch bescheidenes Werk hinzuzufügen. Die Berechtigung hierzu leite ich daraus her, daß ich von Jugend auf, wie ich soeben schon sagte, das Wohnungselend der arbeitenden Klassen in meiner Vaterstadt Hamburg eineinhalb Menschenalter beobachtet habe; zur Zeit aber, angeregt hierdurch, die gleiche Not fast in sämtlichen Gauen unseres Vaterlandes finde und andererseits mit hoffnungsfrohen Augen in zahlreichen Gegenden Deutschlands gesehen habe, was in steigendem Maße Herzerfreuendes für unser handarbeitendes Volk getan wird, um ihm wohnliche deutsche Heimstätten zu schaffen. Des Ferneren mag man mir eine gewisse Berechtigung zu dieser Arbeit zugestehen, weil ich als Arzt die Nöte unseres Volkes seit über einem Menschenalter mit empfunden habe, und zu guter Letzt und nicht zum mindesten, weil ich seit 15 Jahren jetzt als Vorsitzender des Arbeiter-Bauvereins der Elbgemeinden gesehen habe, daß es für den, der ernsthaft will, keine Schwierigkeiten gibt.

Als ich im Jahre 1896 im Hamburger Korrespondenten in einem Aufsatze über die Bedeutung der Lösung der Arbeiter-Wohnungsfrage für die Verbilligung der Arbeitskräfte zum ersten Male auf die Notwendigkeit einer systematischen Dezentralisation unseres Stadtwesens hinwies und die Forderung aufstellte, man solle systematisch die Hamburger Arbeitermassen dadurch allmählich dezentralisieren, daß man sie rings um die Großstädte herum in einzelnen Kolonien gartenstadtmäßig ansiedele und diese Kolonien durch kurze direkte Schnellbahnen mit den Hauptarbeitsstätten verbinde, wurde mir von einem Hamburger Architekten in einer der nächsten Nummern ironisch erwidert, um solche Phantasiegebilde auszuführen, sei in weitester Umgebung von Hamburg der Boden viel zu teuer. Damals kostete der Morgen Sandboden in der Nähe von Harburg, eben jenseits der Elbe, noch 50 Mark. Heute kostet er 250 Mark und mehr, eine Wertsteigerung um das Fünffache in einem halben Menschenalter! Und selbst heute ist er noch nicht zu teuer, um diese Pläne zu verwirklichen. Ich habe aber damals den

Einwurf aufgegriffen und um dem Gegner zu zeigen, daß das, was ich vorgeschlagen hatte, ausgeführt werden könnte, habe ich hier in meiner engeren Heimat, in der sogenannten Elbgegend, der teuersten Villengegend von ganz Hamburg und Umgegend, einen Arbeiter-Bauverein ins Leben gerufen und mitten zwischen den Villen an geeigneten Stellen, in kleinen Kolonien von 3 bis 20 Häusern, 125 Familien Heimstätten geschaffen, in zierlichen Häuschen mit Schweinestall und Garten, in denen dieselben unfern der Großstadt ein echt deutsches Familienleben in freier Luft führen können. Man sieht also: es geht. Ich will nun in den folgenden Kapiteln zeigen, warum wir dringend notwendig eine Umwälzung unserer heutigen städtischen Wohnweise allmählich herbeiführen müssen, und wie wir dieses bewerkstelligen können, **wie wir insbesondere im weitesten Maßstabe Heimstätten schaffen können und müssen für unsere heimkehrenden Krieger und damit zu einem kleinen Teil die Dankesschuld abtragen an unsere Helden, die mit ihrem Blute unser Vaterland gerettet haben vor den Horden der feindlichen Barbaren!**

Der Verfasser.

1. Kapitel:

Über die Notwendigkeit der systematischen Dezentralisation unserer heutigen Großstädte in hygienischer, sozialer und volkswirtschaftlicher Beziehung.

Leitsätze:

1. Die Bevölkerung Deutschlands, insbesondere die Industriebevölkerung und diejenige der Städte, wächst rapide.
2. Somit war Deutschland bis zum Ausbruch des Weltkrieges immer mehr in seiner Ernährung auf den Ertrag seiner Industrie, insbesondere seiner Exportindustrie, angewiesen.
3. Es ist daher notwendig, daß unsere Industrie auf dem Weltmarkt möglichst konkurrenzfähig bleibt.
4. Dies ist möglich bei möglichster Ausbildung unserer Industriebevölkerung in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung.
5. Die fortwährende Steigerung der Löhne ist einmal unmöglich, da sonst die Konkurrenz unserer Industrie auf dem Weltmarkt unmöglich sein würde, und zu zweit für das Wohlergehen unserer städtischen Industriebevölkerung, so wie die Dinge heute liegen, beinahe belanglos aus folgenden Gründen:
   a) da mit steigenden Löhnen sofort Hausbesitzer und Nahrungsmittelhändler ihre Preise steigern,
   b) da nachgewiesenermaßen (s. Blocher, Alkohol im Haushaltbudget des Arbeiters u. a.) mit den steigenden Löhnen meist der Alkoholkonsum steigt und damit die Zahl der Verbrechen,
   c) da mithin die höheren Löhne an sich weder die übrigen sittlichen, sozialen, wirtschaftlichen, noch die hygienischen Schäden der Großstadt für den Arbeiter ausmerzen können, die in Form von Krankheiten und Todesfällen infolge der miserablen Wohnungsverhältnisse an seinem Budget zehren.
6. Der städtische Grundbesitz mit seinen Mietkasernen gleicht einer Treibhauspflanze eines mißverstandenen wirtschaftlichen Liberalismus. Seine Existenz ist bei jeder größeren wirtschaftlichen Katastrophe, insbesondere bei einem Kriege, auf das schwerste in Frage gestellt. Sein Zusammenbruch wird ohne Zweifel mit schweren wirtschaftlichen Folgen für weite Kreise der Bevölkerung verbunden sein. Die Erbauung der Mietskasernen selbst im Verhältnis zur Herstellung von Kleinhäusern zu teuer. Hierdurch, sowie durch den zu hohen Bodenzins und die mit dem großstädtischen Leben verbundenen schweren sittlichen, gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Mißstände entsteht für die Gesamtnation eine große Gefahr.

Während in alten Zeiten die Furcht vor dem Ansturm der Feinde die Menschen trieb, ihre Ansiedlungen in Flecken und Städten um die Burgen ihrer Schirmherren zusammenzudrängen und gegen den feindlichen Überfall mit einengendem Wall und Graben zu schützen, entwickelten sich im Laufe der Jahrhunderte soziale Gründe, vor allem gesteigerter Erwerb und der Drang nach erhöhtem Lebensgenuß, welche die Massen bei gleichzeitig fortschreitender Entfremdung von der Natur veranlaßten, in der Beibehaltung der städtischen Massenquartiere zu beharren. Dazu gesellte sich bei der weiteren Entwicklung der Städte die Macht der städtischen Grundbesitzer und Eigentümer der Mietskasernen*. Getrieben von der Sucht nach möglichst hohem Gewinn (Steigerung des Bodenwertes in Berlin innerhalb 40 Jahren bis zum 600fachen des ursprünglichen Ackerwertes!) aus ihrem Monopol an Wohnungsgelegenheit, besitzen dieselben bis auf den heutigen Tag nicht nur keinerlei Interesse an einer baldigen und weitreichenden Dezentralisation der Städte, sondern suchen vielmehr durch tunlichste, künstliche Hintanhaltung der Schaffung von Verkehrswegen, welche die nähere und weitere Umgebung der Städte aufschließen könnten, zwecks Hochhaltung ihrer Grundrente die Menschen im Weichbilde der Städte festzuhalten. Vor allem aber ist es die rapide anwachsende Industrie der letzten Jahrzehnte, welche wie mit unsichtbarer magnetischer Gewalt, die Landbevölkerung durch die Aussicht auf besseren Verdienst und reichlichere Lebenshaltung in die Städte hineinsaugt.

In welcher Weise dieser Prozeß in der jüngsten Vergangenheit sich in Deutschland gestaltete, mögen folgende Zahlen zeigen. Wenn in diesen Erwägungen besondere Rücksicht auf die Verhältnisse in Hamburg-Altona genommen wird, so mag als Erklärung hierfür der Umstand gelten, daß dieser gewaltige Großstadtkomplex naturgemäß auf unsere Heimatprovinz, das ihm zunächst zuliegende und gewissermaßen sein Hinterland bildende Schleswig-Holstein, seine menschenansaugende Kraft ausüben muß und tatsächlich ausübt. Für unsere Provinz aber kann es einmal an sich, um der in die Großstadt abflutenden Provinzler willen, *nicht gleichgültig sein, welchem körperlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Schicksal unsere Volksgenossen in diesem Riesentrichter* — wenn ich so sagen darf — *entgegengehen*, so dann aber in noch

* In welch drückender Weise sich dieses Moment schon vor 100 Jahren geltend machte, zeigt anschaulich ein kleines Buch, welches anonym 1803 in Hamburg bei Perthes unter dem Titel erschien: „Über den nachteiligen Einfluß der hohen Miete und der Belastungen unentbehrlicher Bedürfnisse auf Hamburgs Wohl, nebst einigen Vorschlägen dagegen."

größerem Maße deswegen nicht, weil eine Fülle von hygienischen und sozialen Faktoren eben durch die Bande, welche durch die zur Großstadt abwandernden Massen uns mit dieser verbinden, auf unsere Provinz mit ihrem Einfluß zurückstrahlen. Das Verhältnis von Hamburg-Altona zu unserer Provinz kann aber im großen und ganzen als Beispiel für das Verhältnis einer jeden Stadt zu ihrem Hinterlande gelten, wenn auch zugegeben werden muß, daß die miserablen Wohnungsverhältnisse der Hamburger Arbeiter bei der Größe der Bevölkerungszahl, die in Betracht kommt, naturgemäß ganz besonders ungünstig auf die städtische Bevölkerung und damit rückstrahlend auch auf unsere Provinz einwirken müssen.

Das Deutsche Reich zählte bei seiner Gründung vor 44 Jahren etwas über ein Drittel „Städter". Heute bilden diese über die Hälfte der Bevölkerung. In gleicher Weise sehen wir in den übrigen Kulturländern die Menschen vom Lande in die Städte strömen*.

Die Großstädte des Deutschen Reiches hatten in den letzten Jahrzehnten durchweg eine weit höhere Zunahme zu verzeichnen, als die Gesamtbevölkerung überhaupt. Die letztere nahm in dem Zeitraum von 1895/1900 im Deutschen Reiche um 7,82 Prozent, in Hamburg dagegen um 12,82 Prozent zu, während sie sich z. B. in Berlin auf 12,33 Prozent, in Frankfurt sogar auf 25,92 Prozent stellte. Dieses schnelle Wachstum der Städte beruht nachweislich neben der Vermehrung der Einwohnerzahl durch Eingemeindung benachbarter Vororte und Landgemeinden, vorzugsweise auf Zuwanderung von Arbeitskräften vom platten Lande nach der Stadt. Dementsprechend hat die Stadt Hamburg nach der letzten Volkszählung von 1895 bis 1900 eine Zunahme von 79 117 Einwohnern erhalten und zählte damit 704 669 Einwohner, 1914 bereits 1 006 748 Einwohner. In dem gleichen Zeitraum hatte Altona einen Zuwachs von 11 941 Personen — 8,01 Prozent erhalten und damit die Einwohnerzahl von 160 885 Seelen erreicht, 1914 bereits 172 534 Einwohner, — eine gewaltige Vermehrung, wenn man erwägt, daß Altona im Jahre 1800 nur 20 000 und Hamburg 120 000 Menschen zählte, also noch nicht einmal ein Fünftel der heutigen Einwohnerschaft beider Schwesterstädte.

Es würde hier zu weit führen, die Folgen der Konzentration der Menschen in den Städten einigermaßen erschöpfend zu schildern. Eine umfangreiche Literatur gibt hierüber ausreichende Auskunft. Es ist ein Verdienst Dr. von Mangoldts (Jena, Fischers Verlag), darauf hingewiesen zu haben, daß dieses

* S. „Die Wohnungsfrage als Gegenstand der Sozialpolitik". Von Professor der Nationalökonomie Wolf. Zürich, G. Fischer, 1896, M. 1.—.

Wohnungselend der Arbeitermassen nicht nur in den großen Städten, sondern auch, und oft in noch höherem Maße, in den mittleren und kleineren, wie z. B. Merseburg und Weißenfels vorhanden ist.

Daß bei dem Hineinströmen der Menschenmassen in die Städte in diesen gerade für die Menge der Minderbegüterten eine Wohnungsnot entstehen muß, die in der Zunahme ihrer gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Folgen für die innere Gesundheit unseres Staatswesens in rapide steigendem Maße immer verhängnisvoller werden muß, liegt einmal daran, daß es an sich schon schwer hält für den unberechenbar starken Zuzug alljährlich eine entsprechend große Zahl von Wohnungen überhaupt herzustellen; sodann aber auch daran, daß es für den Unternehmer wenig lockend ist, zweckentsprechende Arbeiterwohnungen auf teurem Stadtgelände zu erbauen. Ist der Hausbesitzer schon in der Lage, für alte, aus billigerer Zeit stammende Arbeiterwohnungen mit steigenden Löhnen der Arbeiter auch ständig seine Mietforderungen höher zu schrauben, so ist er bei der großen Nachfrage nach neuen Wohnungen erst recht in der Lage, im Verhältnis zum Budget des Arbeiters hohe Mieten fordern zu können — Mieten, die, wie in Berlin, nicht selten 30 Prozent des Einkommens des Arbeiters verschlingen!

Man darf nach Dr. von Mangoldt, dem Vorkämpfer des deutschen Vereins für Wohnungsreform, rechnen, daß von rund 18 Millionen Bevölkerungszuwachs aus der Zeit von 1875 bis 1905 etwa die Hälfte den Großstädten, ein Viertel den Mittelstädten und der Rest zum größeren Teile den Klein- und nur zu geringerem Teile den Landstädten zugeflossen ist. Auf jeden Fall müssen wir mit dem weiteren Anwachsen der Großstädte rechnen, und wir sehen ja, wie derzeit Berlin sich auf einen entsprechenden Bevölkerungszuwachs einzurichten bestrebt, von der Annahme ausgehend, daß Berlin im Jahre 1920 4,3 Millionen und im Jahre 2000 10 Millionen Einwohner zählen wird.

In welcher Weise in Hamburg infolge des rapiden Anwachsens der Einwohnerzahl die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot überstieg, geht daraus hervor, daß in den Jahren 1886 bis 1900 nach den Veröffentlichungen der Baupolizeibehörde Hamburgs die sogenannten kleinen Wohnungen nur um 1668 vermehrt wurden, während die Bevölkerung in dem nämlichen Zeitraum um 98 035 Personen zunahm. Da der größte Teil derselben auf Familien mit einem Einkommen von 1200 Mark entfällt, so mußte sich der Mangel an kleinen Wohnungen immer fühlbarer machen, derart, daß zahlreiche Familien dieser Art gezwungen waren, entweder eine größere Wohnung zu mieten und einen Teil derselben an Aftermieter oder

Einlogierer abzugeben oder selbst als Aftermieter ein Unterkommen zu suchen*. Die schweren gesundheitlichen und sittlichen Schäden dieses Systems sind bekannt genug. Abgesehen von einer großen Spezialliteratur über die Hamburger Wohnungsfrage, aus welcher ich nur die Arbeit von Senator Roscher hervorheben will, sind die Hamburger Zeitungen sowohl vor 1892 als auch besonders nach dem Choleramenetekel voll von Schilderungen des Wohnungselends in der so viel Reichtum und Luxus bergenden Stadt. Der derzeitige Hamburgische Stadtphysikus und jetzige Oberarzt am städtischen Krankenhause, Professor Dr. Denecke, bezifferte vor zwölf Jahren in einem längeren Vortrage das Manko an kleinen Wohnungen, welche geschaffen werden müßten, um den Hamburger Arbeitern menschenwürdige Wohnstätten zu schaffen, auf 34 000! Nach langen Kämpfen in den gesetzgebenden Körperschaften Hamburgs ist man endlich dazu geschritten, die verrufensten Gängeviertel durch Niederlegung und Neuerbauung zu sanieren. Die teilweise Obdachlosigkeit und die Unterbringung der durch diese Maßnahme betroffenen Bevölkerung in den aus dem Jahre 1892 vorhandenen Cholerabaracken illustrierte zur Genüge die entsetzliche Wohnungsnot**.

Lobend anerkannt werden sollen die Bestrebungen einiger wohltätigen Stiftungen, sowie die des Hamburger Bau- und Sparvereins. So schuf die Schuldt-Stiftung bis 1902 377 Wohnungen, die Schiffszimmerergesellschaft bis zum gleichen Zeitpunkt 382, der Bau- und Sparverein 803 Wohnungen, die Baugesellschaft von Dr. Wentzel 318 — aber was bedeuten diese zirka 1900 Wohnungen gegenüber den fehlenden 34 000 anderes als einen Tropfen auf einen heißen Stein!

In welch furchtbarem gleichmäßigen und schnellen Tempo sich das Hamburger Wohnungselend entwickelt hat, zeigt folgende Tabelle:

	1880	1885	1890	1898
Kleine Wohnungen waren nötig:	30 678	35 000	42 000	51 000
" " " vorhanden:	27 300	24 000	16 457	17 000
" " fehlen also:	3 378	11 000	25 543	34 000

Mögen hier die trockenen Zahlen reden. Welch grauenhafte Fülle tiefsten menschlichen Elends, tiefster Verkommenheit, rasendster Verbitterung hinter

---

* S. näheres: „Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 im hamburg. Staate." 4. Teil: Die Zählung der Haushaltungen. Personalstatistik der Einlogierer." Bearbeitet von Hauptmann von Kalckstein, Sonderabdruck aus Heft XXI des hamburg. Staates.

** S. näheres: „Die Verhältnisse kleiner Wohnungen in Altona-Hamburg." Von Karl Pfingsthorn, Hamburg. Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch XXV, 4. Verlag von Duncker & Humblot, 1901.

diesen Zahlen lauert, davon kann sich nur der einen Begriff machen, der das Wohnungselend der Großstadt aus eigener Erfahrung und Anschauung kennt.

Hamburg hat sein laisser faire, — nicht nur in der Wasserversorgungsfrage, sondern auch in der Wohnungsfürsorge, — zur Zeit der Choleraepidemie bitter büßen müssen. Man hoffte, es werde nun mit Volldampf daran gehen, die Sünden der Väter wieder gut zu machen. Es ist über die Wohnungsnot in den Zeitungen sehr viel geschrieben, in Bürgerschaft und Senat sehr viel verhandelt worden, neuerdings durch die Niederlegung der schlimmsten Viertel ja auch vielerlei geschehen, aber der Größe des Elends entsprechend in den 22 Jahren seit der Cholerakatastrophe auch noch nicht annähernd Genügendes geschaffen worden.

Es ist keine Frage, daß die neuen Arbeiterviertel in den einzelnen Vorstädten: Hammerbrook, Veddel, Barmbeck, Winterhude, Eppendorf, Eimsbüttel größtenteils eine wesentliche Verbesserung bedeuten gegen die alten, engen, dunklen Gängeviertel Hamburgs, in denen Seuchen, Laster und Elend zusammen hausten. Allein auch diese neuen Viertel, die anscheinend eine so außerordentliche Verbesserung in den Wohnungsverhältnissen der handarbeitenden Bevölkerung bieten, haben doch ihre großen Schattenseiten. Die Mieten sind wesentlich teurer, als sie in den alten Wohnungen waren, und verschlingen vielfach den dritten bis vierten Teil der Einnahme des Arbeiters. Das Schlimmste aber ist, daß in diesen vier-, fünf- und sechsstöckigen Häusern Tausende von Familien vollständig den Zusammenhang mit der Natur verlieren und dadurch proletarisieren und degenerieren. Daß die Verhältnisse in Berlin noch schlimmer sind, geht aus einer Mitteilung des Reichstagsabgeordneten Südekum hervor, die derselbe im Februar 1912 in einer Konferenz von Sozialpolitikern verschiedener Parteien von sich gab, die die Aufgaben des neuen Zweckverbandes mit Bezug auf die Wohnungsfrage besprach. Nach Südekum hat sich die Zahl der Kellerwohnungen in Berlin seit 1875 von 2100 auf über 39 000 vermehrt; die Hinterwohnungen haben sich von 35 auf 47 Prozent vermehrt! 35 000 Wohnungen mit nicht einem heizbaren Zimmer gibt es! 300 000 Zweizimmerwohnungen! Betrachtet man ein Zimmer mit vier Bewohnern als überfüllt, so gab es 1875 28 000 überfüllte Wohnungen mit 184 000 Bewohnern! Heute gibt es über 100 000 solcher Wohnungen mit über 600 000 Bewohnern! Auch wenn diese Zahlen hochgegriffen sein sollten, bleibt jedenfalls die Tatsache bestehen, daß es um die Wohnungshygiene in vielen tausenden Fällen recht schlimm bestellt

ist. Die Konferenz war derselben Ansicht. Denn sie bezeichnete die Schaffung von Möglichkeiten für gesunde Kleinwohnungen als eine Aufgabe des Zweckverbandes.

Trotzdem, daß Hamburg sich rühmt, nach Schaffung seiner Filterwerke seit 1892 mit einer Durchschnittssterbeziffer von zirka 14 auf 1000 Lebende pro Jahr zu den gesündesten Städten zu gehören, sind die hygienischen Gefahren der Zusammenhäufung so großer Menschenmassen doch immer noch groß genug. Insbesondere sind es die drei großen Menschheitsseuchen: die Tuberkulose, der Alkoholismus und die venerischen Krankheiten, die, auf dem Boden einer jeden Großstadt wuchernd, auch in Hamburg alljährlich ihre Hekatomben an Opfern fordern. Sterben doch alljährlich in Hamburg an Tuberkulose allein rund 1500 Menschen! Mit Recht hat Geheimer Rat Koch auf dem Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose in London im Jahre 1901 betont, „daß gerade die überfüllten Wohnungen der Armen als die eigentlichen Brutstätten der Tuberkulose anzusehen seien", während die Tuberkulose auch für die Armen, wie die Statistik für Deutschland lehrt, weniger häufig ist, wenn sie nicht dicht gedrängt wohnen. Bedenken wir aber, wieviel Tausende Tuberkulöse außer diesen 1500 jährlichen Todeskandidaten die große Stadt beherbergen mag, von denen jeder wiederum nach den Lehren des Geheimen Rats Koch als ein Ansteckungsherd in des Wortes verhängnisvollster Bedeutung angesehen werden muß, und erinnern wir uns des eingangs erwähnten Zusammenhanges zwischen Stadt und Land, so muß die verhängnisvolle Bedeutung dieser großstädtischen Armee von Tuberkulösen nicht nur für alle Bevölkerungsklassen der Stadt, sondern auch für die Landbevölkerung im ganzen Reiche einleuchten*.

Auf der 14. Generalversammlung des Deutschen Zentral-Komitees zur Bekämpfung der Tuberkulose im Jahre 1910 faßte Professor Römer den Inhalt seines Vortrages in folgenden Leitsätzen zusammen:

„1. Die Hauptquelle der tuberkulösen Lungenschwindsucht des Menschen ist der tuberkulöse Mensch.

2. In den von der Lungenschwindsucht besonders heimgesuchten Kreisen läßt sich durch klinisch-anamnestische, pathologisch-anatomische und biologische Methoden nachweisen, daß fast jeder Mensch tuberkuloseinfiziert die Schwelle des Kindesalters überschreitet.

* Daß Berlin und andere Städte in dieser Beziehung nicht besser sind, lehren u. a. die Erhebungen über Wohnungsverhältnisse von Kranken in Berlin (Soziale Praxis Nr. 24, 1904, auch Nr. 6, 1903 über rheinisches Wohnungselend und Fürsorgeerziehung).

3. Der ‚Primäreffekt' der Tuberkulose erfolgt also durch eine Infektion im Kindesalter.

4. Es kann tierexperimentell gezeigt werden, daß eine Tuberkuloseinfektion Schutz verleiht gegen wiederholte tuberkulöse Infektionen (sogenannte Re-Infektionen). Auch für den tuberkulösen Menschen trifft dieses Gesetz einer Immunität gegen Tuberkulose durch Tuberkulose zu.

5. Dieser Tuberkuloseschutz verleiht dem in der Kindheit tuberkuloseinfizierten Erwachsenen höchstwahrscheinlich absoluten Schutz gegen Re-Infektionen von außen her.

6. Die Entstehung der tuberkulösen Lungenschwindsucht beim Erwachsenen ist auf schwere tuberkulöse Re-Infektionen zu beziehen, die von innen her (von bereits vorhandenen Tuberkuloseherden aus) erfolgen.

7. Die Mehrzahl der Kindheitsinfektionen führt nicht zu solchen verhängnisvollen, zur Schwindsucht führenden Re-Infektionen.

8. Die schließlich zur Schwindsucht führenden tuberkulösen Re-Infektionen des Erwachsenen sind auf eine besonders schwere Kindheitsinfektion zu beziehen.

9. Diese schweren, zur Schwindsucht führenden Kindheitsinfektionen finden hauptsächlich innerhalb der Wohnung, innerhalb der Familie statt.

10. *Das wichtigste Problem der Schwindsuchtsprophylaxe ist daher der Schutz der Kinder in Phthisikerwohnungen vor schweren tuberkulösen Infektionen.*"

Ergänzend zu diesen Ausführungen stellte der hessische Wohnungsinspektor Gretzschel folgende Leitsätze auf:

„1. *Die Tuberkulose ist eine Wohnungskrankheit* insofern, als das Zusammenleben vieler Menschen im engen Raum, vielfach auch die gesundheitlich schlechte Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen, zur Verbreitung der Krankheit am meisten beiträgt.

2. *Die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse* und die Erziehung der Bevölkerung zur Wertschätzung und ordnungsmäßigen Benutzung der Wohnung ist deshalb *wichtigste Voraussetzung für den Erfolg im Kampf gegen die Tuberkulose.*

3. Gute Dienste kann hierbei die Wohnungsinspektion leisten. Sie kann insbesondere auf gesundheitlich einwandfreie Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen hinwirken und Belehrung darüber erteilen, was zur möglichsten Vermeidung der Ansteckungsgefahr zu geschehen hat.

4. Für Erkrankungen an Tuberkulose ist die Anzeigepflicht einzuführen, ferner ist für den Vermieter und die Familienangehörigen eines Erkrankten

die Verpflichtung zur Anzeige festzulegen, wenn der Erkrankte die Wohnung wechselt oder stirbt.

5. Wohn-, Schlaf- und sonstige Räume, die von Tuberkulösen benutzt worden sind, dürfen beim Auszug oder Tod des Kranken nicht eher weiter benutzt werden, bis sie in gehöriger Weise durch Sachkundige desinfiziert sind. Die Desinfektion der Wohnung hat auch dann stattzufinden, wenn sie von der Familie des Verstorbenen weiter benutzt wird. Sämtliche Gegenstände, die der Kranke benutzt hat, sind nach seinem Tode entweder durch Feuer zu vernichten oder gründlich zu desinfizieren. Der Verkauf solcher Gegenstände ohne vorherige Desinfektion ist bei Strafe zu verbieten.

6. Zur Durchführung der Maßregeln zu 3—5 sind öffentliche Mittel bereitzustellen. Für kleinere Gemeinden und namentlich für die Landgemeinden mit weniger als 2000 Seelen hat es von seiten des Reiches oder der Einzelstaaten zu geschehen.

7. Am wirksamsten wird der Kampf gegen die Tuberkulose geführt durch Bereitstellung einer genügenden Anzahl preiswerter, guter und gesunder Wohnungen für die minderbemittelten Volksklassen in Stadt und Land. Es ist dringend notwendig, nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus nationalen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen, daß die Wohnungsreform in umfassender Weise für das ganze Gebiet des Reiches in Angriff genommen wird.

8. Hand in Hand hat damit zu gehen die Sanierung oder Beseitigung ungesunder Wohnquartiere, möglichste Beschränkung der Luftverunreinigung durch Rauch und Staub und vorbeugende Maßnahmen gegen die Ansteckungsgefahr in sonstigen geschlossenen Räumen, die für längere Dauer Menschen beherbergen, wie gewerbliche Betriebe und Schulen."

Im Anschluß an diese klaren Sätze schlug Bauinspektor Redlich (Rixdorf) folgende baupolizeiliche Maßnahmen vor, die sehr wohl die Mindestforderungen der Grundlage ergeben könnten zu einem Reichswohnungsgesetz:

„1. Bei Neubauten sind Keller- oder Dachwohnungen nicht zulässig.

2. Bei Umbauten dürfen Keller oder Dachwohnungen nicht neu hergestellt werden.

3. Die Einrichtung von einzelnen Räumen im Keller oder Dachgeschoß zu Wohnzwecken als Zubehör der im übrigen in den Hauptgeschossen befindlichen Wohnungen ist nur in Ein- oder Zweifamilienhäusern zulässig.

4. Jede Wohnung soll bei Neubauten in der Regel zwei sich gegenüberliegende Fenster haben, sofern nicht sämtliche Räume an einer Straße liegen.

5. Die Anlage von Wohnungen, deren sämtliche Räume in Seitenflügeln oder solchen Quergebäuden sich befinden, die nur von einer Seite beleuchtet und belüftet werden können, ist für Neubauten in keinem Falle gestattet.

6. Jede Wohnung muß in sich abschließbar sein und einen eigenen, durch keine fremden Wohnräume führenden, verschließbaren Zugang haben.

7. Unmittelbar vor oder hinter jedem Wohngebäude ist bei Neubauten eine Freifläche zu belassen, deren Tiefe der Höhe des Gebäudes mindestens gleichkommt.

8. Bei Eckhäusern können seitens der Ortspolizeibehörde die durch die örtlichen Verhältnisse gebotenen Ausnahmen für die Tiefe der Höfe bis zu drei Viertel der Höhe der anliegenden Gebäude gestattet werden. In älteren, von der Ortspolizeibehörde näher zu bestimmenden Stadtteilen sind diese Ausnahmen für alle Grundstücke auch unter Berücksichtigung von grundbuchlich eingetragenen Hofgemeinschaften zulässig.

9. Die Errichtung von kleinen, eingeschossigen Wirtschaftsgebäuden, Schuppen, Gartenhäusern und dergleichen, welche zusammen nicht mehr als ein Viertel des freizuhaltenden Raumes einnehmen, gilt selbst bei Hofgemeinschaften nicht als Bebauung des Hofes, wenn diese baulichen Anlagen selbst im First nicht höher als 5 m werden; sie müssen aber in jedem Falle eine Entfernung von 5 m vom Wohngebäude innehalten.

10. Hofgebäude (Quergebäude, Seitenflügel, Mittelflügel und dergleichen) müssen bei Neubauten stets ein Geschoß weniger erhalten, als für straßenwärts belegene Gebäude gestattet ist."

Ich will hier auf den Zwillingsbruder der Tuberkulose, der oft genug den Boden für diese abgibt und ebenso wie jene in dem Wohnungselend und unter den Verführungen der Großstädte nur zu üppig gedeiht, nur kurz eingehen, — auf den Alkoholismus.

Von der Größe desselben in Hamburg kann man sich ein Bild machen, wenn man bedenkt, daß in den Hamburger Krankenhäusern* 1894 214 Menschen allein an Delirium tremens behandelt wurden. Diese Zahl erhält das genügende Relief, wenn man eine Äußerung des oben bereits zitierten Hamburger Oberarztes, Professor Dr. Denecke, dazu hält, die derselbe

* „Das Delirium tremens in Hamburg usw." Von Dr. med. Karl Manchot, Hamburg 1903. O. Meißner und Dr. Bonne, „Alkoholfrage und ärztliche Praxis", Tübingen 1904, Osianders Verlag, 2. Auflage.

in einer Zeitungsbesprechung des Popertschen Buches: „Hamburg und der Alkohol" (Gräfes Verlag, Hamburg 1903) tat, „daß alljährlich in Hamburg viele Hunderte an Infektionskrankheiten, Lungen- und Herzleiden zugrunde gingen, die hätten gerettet werden können, wenn die Patienten nicht durch den Alkoholmißbrauch geschwächt und unfähig zum Widerstand gegen die Krankheit gewesen wären". Nach Popert (s. o.) wurden im Jahre 1901 in den vier größten Heilanstalten Hamburgs wegen Alkoholismus behandelt 1417 Personen! Landrichter Popert berechnet die Ausgaben, die dem Hamburgischen Staate durch den Alkoholismus seiner Einwohner erwachsen, auf eine Million Mark an Armenlasten pro Jahr!

Dazu kommt, daß, wie schon gesagt, der Alkoholismus neben der Wohnungsmisere den Hauptboden für die Tuberkulose abgibt: der Alkohol mindert die Widerstandskraft gegen die Tuberkulose; er konsumiert — neben der zu hohen Miete — einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz des Arbeitereinkommens, so daß die Familie, auch aus diesem Grunde schlechter ernährt, der Wohnungstuberkulose um so leichter anheimfällt; er hält den Arbeiter ab, sich hochzuarbeiten und bessere Wohnungs- und Arbeitsgelegenheiten zu erlangen; er führt die Männer vor den Strafrichter und in die Gefängnisse, wo sie sich, geschwächt durch den Alkohol und nach dem Strafantritt durch das Gefängnisleben, mit Tuberkulose infizieren, um nach ihrer Entlassung dann die im Gefängnis erworbene und großgezüchtete Tuberkulose in ihre durch Not geschwächten Familien und die Massenquartiere der Großstadt hineinzutragen.

Bedenken wir ferner, daß im Dunkel der Großstadt, großgezüchtet von der Prostitution im Bunde mit dem Alkoholismus, die dritte Volksseuche wuchert, mit allen ihren Folgen an Siechtum und Degeneration, das Heer der venerischen Krankheiten, so dürfte es fast schon genug sein des grausigen Menschenelends der Großstadt.

Ich habe in meiner Schrift „Die Trinksitten in ihrer Bedeutung für die Unsittlichkeit" (Verlag von Tienken, Leipzig 1913, 9.—12. Tausend) diese Zustände des Näheren beleuchtet. Welche Bedeutung diese Frage der venerischen Krankheiten jetzt zur Zeit des Weltkrieges durch die Infizierung unserer Soldaten in den Städten nicht nur des eroberten Feindeslandes, sondern im eigenen Vaterlande hat, dafür mag folgender Notschrei aus der Nr. 4 (April 1915) der „Zeitschrift des deutsch-evangelischen Vereins zur Förderung der Sittlichkeit" ein Zeichen sein.

„Eine harte Antwort für viele.

Von allen Seiten werden wir gebeten, zu raten und zu helfen, daß es mit der Unzucht im Heere, mit den Geschlechtskrankheiten im Westen und Osten und daheim besser wird. Wir können daran im Augenblick, so schmerzlich das uns selber ist, nicht viel ändern. Diese Notstände beruhen auf einem falschen System im Staat und beim Militär, das die leitenden Stellen des Staates noch aufrecht erhalten, von dem während langer Jahre der Geist des öffentlichen Lebens und das sittliche Empfinden im Volke und der Geist des Heeres beeinflußt ist. Gegen dieses System führen wir schon lange einen schweren Kampf, der, abgesehen von Teilerfolgen, vergeblich war, da wir wenig unterstützt wurden, nicht einmal von der Kirche und von der Inneren Mission, geschweige denn von breiteren Kreisen im Volk oder von der öffentlichen Meinung, die vielmehr unter der Macht dieses Systems steht. Naturgemäß setzt sich dieses falsche System, dieser Geist der Unzucht, vertreten von den Verantwortlichen und Regierenden, nicht ungern gesehen von der Masse in ihrem ungezügelten Triebleben, immer mehr durch und wirkt sich im Volke immer mehr aus. Man erwarte nicht, daß wir diese Auswirkung plötzlich wie mit einem Zauberspruch hemmen und unterbrechen, Volk und Heer gegen diese sittliche Krankheit feien können. Oder man schiebe uns nicht gar die Verantwortung für die jetzt im Kriege beängstigend anschwellenden Nöte zu, gegen die wir seit Jahren laut, aber vergeblich zum Kampfe aufgerufen haben.

Nach diesem bisher uneingeschränkt herrschenden System gilt in Deutschland das 6. Gebot für die männliche Jugend nur bis zum 14. Jahr. Nach diesem Jahr stellt der Staat den Männern untersuchte Dirnen zur Verfügung, oft in besonderen und besonders kenntlich gemachten Häusern, sogar häufig in unmittelbarer Nähe des Turn- und Spielplatzes, der Universität, der Schule, der Kirche. In weitem Maße und ohne Bedenken macht namentlich die Jugend von dieser Staatseinrichtung Gebrauch, zumal der Staat den Besuchern durch die ärztliche Untersuchung der Dirnen eine gesundheitliche Sicherheit vortäuscht, obwohl die Gefahr der Ansteckung nach übereinstimmendem Urteil der Ärzte trotzdem eine große ist. Durch diese offenkundigen Zustände wird die Sittlichkeit auch des weiblichen Geschlechts im allgemeinen bis in die jugendlichen Jahrgänge hinein herabgedrückt.

Von dieser Art Erziehung des deutschen Volkes zur Sittlichkeit ist namentlich das Militär durchdrungen, bei dem nach mittelalterlichen und französischen Überlieferungen Unzucht noch nicht für entehrend gilt und durch dessen Schule ein großer Teil der deutschen Jugend hindurchgeht. Der in der Heimat schon unsittlich erzogene und an die Unzucht gewöhnte

junge Mann wird im Felde schwerlich sich sittlich halten. Man hat im ostasiatischen Feldzug Bordelle für die Soldaten eingerichtet. Schmier- und Gummimittel, die verteilt werden, sollen die Soldaten vor Geschlechtskrankheiten schützen. Ein höherer Offizier, der dem allem von Gewissens wegen widerstrebte, wurde zur Disposition gestellt. Somit muß und wird das Übel vorläufig weiter seinen Lauf nehmen.

Nur in einzelnen Fällen kann der Unterführer durch strengste Manneszucht und eindringlichste Ermahnung hieran etwas bessern und seine Soldaten vor den Geschlechtskrankheiten schützen. Nur selten wird es möglich sein, in den Lazaretten das Gewissen des erkrankten Soldaten zu treffen. Die Mehrzahl wird sagen oder denken: das weiß ich besser — das muß sein, der Staat, das Militär sorgt ja dafür. Ich habe eben nur Malheur gehabt.

In Frankreich scheint in diesen Fragen nach den schlimmsten Erfahrungen Vernunft und Gewissen aufzuwachen. Deutschland ist noch mit Blindheit geschlagen! Wacht auf! Ihr Führer des Volkes! Freiwillige vor! Führer, die Mut und genug Gewissen haben, um alte Überlieferungen zu brechen.

Man befrage unsere Kriegsministerien, unsere Generalkommandos, unsere Sanitätsämter, den Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, welche schwere Sorge für sie alle, denen die Wehrhaftigkeit unserer Nation am Herzen liegt, die Verseuchung unserer Soldaten in den Lasterhöhlen der modernen Städte bildet. Und nun vergegenwärtige man sich, wie viele waffenfähige Männer wir in diesem größten aller Kriege hätten stellen können, wenn unsere Regierungen seit Jahrzehnten einsichtsvoll und tatkräftig gegen die vaterlandslose Maulwurfsarbeit der Alkoholinteressenten durch energische gesetzliche und behördliche Maßnahmen, wenn auch nur durch sparsamere Konzessionserteilung, frühere Polizeistunde und höhere Besteuerung der berauschenden Getränke, vor allem durch viel energischere Aufklärungsarbeit in der Schule schon, den Trinkereien mit ihren hier skizzierten Folgen Einhalt getan hätte!

Es steht wohl außer Frage, daß einmal die übermäßig vielen Vergnügungslokale und Ausschankstätten für Alkohol, vor allem die zahlreichen Gelegenheiten des leichteren und größeren Verdienstes die unerfahrenen Landleute in unsere Großstädte wie in einem alles verzehrenden Trichter hineinziehen. Was aber gibt unseren Regierungen, unseren Stadtbehörden ein Recht, Vergnügungslokalen wie diesen unzähligen, niederen Kinos mit ihren notorisch demoralisierenden, die niedrigste Sinnlichkeit anstachelnden Darstellungen Konzession zu erteilen? Was gibt unseren Regierungen und Be-

hörden ein Recht, all diesen unzähligen Tingeltangeln, den Animierkneipen und Bordellen Existenzmöglichkeit zu gestatten? Denn der Hauptverdienst dieser Lokale beruht auf dem in ihnen in Mengen konsumierten berauschenden Getränken. Was gibt unseren Regierungen und Behörden ein Recht, all diesen unzähligen Schnapskneipen, Weinstuben und Bierpalästen, in denen Bacchus und Gambrinus den Kuppler für die zur Sau gewordenen Venus spielt, Existenzmöglichkeit zu geben? Mit dem gleichen Rechte, mit dem hier die Regierungen und Behörden in unsagbarer Verblendung und Gedankenlosigkeit all diesen Einrichtungen der Großstädte die Existenzmöglichkeit gestattet haben, mit genau dem gleichen Rechte könnten sie die Opiumhöhlen sich etablieren lassen, die ein erwachendes China verboten hat! Denn ist es etwa ein Unterschied, ob ein Chinese infolge von übertriebenem Opiumgenuß im sogenannten Amoklaufen seine Mitmenschen niedersticht, oder ob ein Arbeiter, durch den staatlich konzessionierten Branntweinausschank zur Bestie geworden, Frau und Kinder niedermetzelt? Man komme nicht mit dem Einwurf: man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, das wären Einzelerscheinungen, deretwegen man einem ganzen Volke nicht den Genuß der berauschenden Getränke untersagen könne. Die Herren Minister, Geheimräte und Bürgermeister, die für diese Zustände im ganzen Reiche verantwortlich sind, sollten anfangen, die Schriften unserer ersten Hygieniker, unserer ersten Psychiater zu studieren, und sich selbst von der Hypnose des eigenen Glases frei machen, — dann würden sie mit Erschrecken sehen, wie furchtbar weit die Zustände in unserem Vaterlande bereits gediehen sind! Wir würden in diesem Kampfe gegen eine ganze Welt, in dem wir heute noch stehen, mit Leichtigkeit ein bis zwei Millionen tüchtiger Soldaten mehr ins Feld gestellt haben können, tadellos bewaffnet; wir würden leicht ein Dutzend Panzerkreuzer mehr aufs Meer hinausgesandt haben können, wenn wir nicht zehntausende unserer Männer jahraus jahrein durch diese mörderischen Trinksitten geopfert und alljährlich über drei Milliarden Mark vertrunken hätten! Auch hier müssen wir umlernen! Die Männer, die an der Spitze unserer Nation stehen, müssen orientiert sein, um sich selbst aus der Hypnose zu erlösen, genau, wie die Regierungen und Behörden Chinas sich von der Hypnose befreit haben, um ihr Vaterland von dem Fluch des Opiums frei zu machen und das Volk vorwärts zu bringen!

Glaubt man denn etwa, daß, wenn wir jetzt England und unsere übrigen Feinde, die uns in so verbrecherischer Weise angegriffen haben, besiegt haben, ein noch so sehr niedergeworfenes England die Schmach der Niederlage je vergessen wird? Wer das glaubt, kennt den englischen Nationalcharakter so wenig, wie ein Schulbube, der in die Schule eintritt, die höhere Arithmetik. England wird nicht ruhen und rasten, bis es die Scharte ausgewetzt hat, und wenn es uns die ganze Mongolenwelt auf den Hals hetzen muß, ein von Japan mobilisiertes China, vielleicht Hand in Hand mit dem verschwägerten Nord-Amerika und einem rachedürstenden Rußland. Denn der Plan, die Welt in eine halb mongolische und eine halb anglo-amerikanische Halbkugel zu teilen, wäre für England nicht von der Hand zu weisen, und wenn auch nur deshalb, damit die anglo-amerikanische Herrenwelt die mongolische Hälfte der Welt desto besser aussaugen könnte!

Wir haben deshalb alle Ursache, jeden Mann, jeden Muskel und jede Nervenfaser zu sparen und schon für einen späteren Krieg heranzubilden! Wir haben alle Ursache, alles zu tun, um die Männer in unserem Vaterlande so stark und zeugungsfähig zu halten, wie irgend möglich! Wir haben alle Ursache, die Frauen und Mädchen in unserem Vaterlande für die Volksvermehrung so stark und gesund zu halten, wie nur irgend möglich, und deshalb müssen wir unsere Männer in unserem Volke vor den venerischen Krankheiten zurückhalten, indem wir ihnen die Möglichkeit verschaffen, möglichst zeitig den eigenen Herd zu begründen. Es ist nicht mehr angängig, daß unsere Regierung es ruhig geschehen läßt, daß alljährlich Hunderttausende deutscher Mädchen als Prostituierte bei uns zugrunde gehen, nachdem sie vorher viele Hunderttausende unserer jungen Männer krank, waffenunfähig und zeugungsunfähig gemacht haben! Unser deutsches Menschenmaterial, Männer wie Frauen, ist zu solcher Mißwirtschaft heutzutage zu kostbar geworden!

So erwachsen aus diesem Weltkriege Aufgaben und Pflichten der Regierungen ins unermeßliche, und wehe ihnen, wenn sie die Größe der Zeit nicht begreifen sollten! Es ist uns noch zu gut gegangen, wir haben unsere Siege noch viel zu leicht erfochten. Noch gibt es eine Fülle von Beweisen, daß unsere Regierungen sowohl, wie unsere Stadtbehörden unter der Hypnose der althergebrachten akademischen Gewohnheiten stehen, und infolgedessen dem Andrängen der Alkoholindustrie mit ihren Tausenden von Trabanten, Wirten und Brennern, Kognak-, Rum- und Arrak-Fabrikanten

und Destillateuren nachgeben, einer Industrie, die unsere Regierungen sich z. T. selbst haben über den Kopf wachsen lassen! Wie ist es sonst zu erklären, daß trotz des dringenden Wunsches unserer Obersten Heeresleitung und der Generalkommandos, jetzt während der Kriegszeit nicht nur unser Heer, sondern auch unser Volk nach Möglichkeit alkoholfrei zu halten, doch immer noch wieder auf das Andrängen dieser Industriezweige die Polizeistunden verlängert werden? Wie würde es sonst zu erklären sein, daß in dieser Zeit, wo jede Hausfrau mit der Kartoffelschale und den Brotresten sparen soll, Millionen Kilogramm von Brotgetreide bis heutigen Tages (neun Monate nach Kriegsbeginn!) noch in den Brennereien und Brauereien zu notorischem Gifte vergeudet werden?

Wir brauchen in dieser Zeit kein Bier und keinen Branntwein! Aber wir brauchen Brot und Fleisch zur Ernährung für unsere Nation! Wir werden uns jetzt schon auf den Rachekrieg Englands einstellen müssen mit unserer Volksernährung! Diese Industrien, die unser Volk teilweise vergiftet haben, die uns einen erheblichen Teil unserer Militärtauglichkeit entrissen haben, die uns seit Jahrzehnten ein gewaltiges Kapital entzogen haben, *das wir für die Wehrkraft unserer Nation tausendmal dringender hätten gebrauchen müssen*, diese Industrien müssen allmählich verschwinden. *Wir müssen in allen diesen Fragen umlernen für die Sicherheit und die Notwendigkeit der Machtvergrößerung unseres Vaterlandes.* Mögen doch die Hunderttausende von Männern, die zumeist vom Lande in die Stadt geströmt sind, um hier als Brauer, Bierfahrer u. drgl. „zu verdienen" — und zu degenerieren, wieder aufs Land zurückwandern! Denn *wir brauchen vor allem Bauern*, viele kleine Bauern, die früh heiraten, die sich als billige Arbeitskräfte zeitig viele Kinder wünschen, für die sie wieder den Wunsch haben, daß sie Land zu neuen Bauerstellen preiswert finden! *So brauchen wir Land, Land, Land!*

Man soll das Fell des Bären nicht eher teilen, ehe er erlegt ist. Aber jetzt, nach neun Monaten des Krieges, stehen wir so, daß wir über 2 Millionen Hektar fruchtbaren Ackerlandes in Frankreich bereits mit unserem Pflug bestellen, der größte Teil von Polen in deutschen Händen und Suwalki deutsches Militär-Gouvernement ist. Rußland ist am Ende seiner Kräfte, und in bezug auf Bargeld wird es uns kaum Kriegsentschädigung zahlen können. Was wir brauchen, das ist Land, das sind deutsche Männer! Im Baltenlande, das erst in den letzten hundert Jahren von dem russischen Bären als Beute verzehrt worden ist, warten Tausende von deutschen Männern darauf, unserem Reiche angegliedert zu werden. In diesen baltischen Ländern

wächst das Korn, das wir brauchen, um uns in einem neuen Weltkriege — der uns so sicher bevorsteht, wie zweimal zwei vier ist — in unserer Ernährung ein für allemal unabhängig zu machen vom Auslande. Aber schon jetzt melden sich Stimmen von Leuten, die ihre Millionen-Geschäfte dadurch machen, daß sie Getreide von Deutschland nach auswärts exportieren, um dafür große Getreidemengen von Amerika nach Deutschland zu importieren, gegen diese Vergrößerung unseres Vaterlandes; genau wie sich gewisse Erwerbszweige heute schon gegen die Erwerbung der großen russischen und polnischen Wälder sträuben, weil sie wissen, daß ihre Geschäfte unter deutscher Verwaltung nicht mehr so viele Prozente abwerfen werden, wie unter der bestechlichen russischen Verwaltung. All diesen Interessenten-Gruppen gegenüber muß unsere Regierung stark bleiben; denn wenn wir aus diesem Kriege nicht doppelt so stark hervorgehen an Land und Leuten, — und daß wir diese neu hinzugewonnenen Gebiete mit deutschen Männern besiedeln, dafür werden die Millionen von Helden, die draußen an unseren Fronten kämpfen, schon sorgen durch den Zuwachs an Bevölkerung —, dann schlägt die Schicksalsstunde des Deutschen Reiches! Denn wie oben gesagt, der englische Nationalcharakter duldet nicht die Schmach der Niederlage, die England jetzt erlebt! Somit werden wir für unsere Städtedezentralisation Land genug besitzen und doch noch Ackerland genug nachbehalten, um uns mit eigenem Getreide genügend zu versorgen!

Werfen wir ferner einen Blick auf die statistischen Karten der Hamburgischen Medizinverwaltung, so finden wir, daß sich die Todesfälle an Diphtherie, Scharlach, Masern, Typhus, Dysenterie, Brechdurchfall in den Stadtvierteln mit Massenquartieren der Arbeiter bis zum drei-, vier- und fünffachen der Ziffern in den weitläufiger bebauten Stadtteilen häufen.

Wenn man nun bedenkt, daß jeder Krankheits- wie Todesfall in der Familie des Arbeiters eine gänzlich außerhalb des Budgets liegende Ausgabe für ihn ist, so wird ohne weiteres einleuchten, von welch verhängnisvoller Bedeutung diese Erkrankungs- und Todesziffern für die wirtschaftliche Existenz unserer großstädtischen Arbeiter sind, und welche Quelle für immerwährende Unzufriedenheit mit seiner Lage sie bilden müssen*.

Außerdem aber nimmt, wie Professor Finkelnburg-Godesberg auf dem internationalen Ärztekongreß zu Rom im Jahre 1894 auf Grund statistischer Untersuchungen ausführte, in den Städten die Häufigkeit der Gehirn-,

* „Die Wohnungsfrage in ihrer Bedeutung für die Verbilligung der Arbeitskräfte." Mit besonderer Berücksichtigung hamburgischer Verhältnisse. Dr. med. G. Bonne. Verlag der „Neuen Börsenhalle", Hamburg (Sonderabdruck aus dem Hamb. Korrespond. 3. u. 4. April 1897).

Herz- und Nierenerkrankungen in annähernd gleichem Verhältnis mit der Größe der Bevölkerung zu, und das gleiche gilt in sehr erhöhtem Maße von den Geistesstörungen. Letztere treten z. B. in Berlin fünfmal so häufig, in den Städten mit über 100 000 Einwohnern drei- bis viermal so häufig auf, wie in den Landgemeinden der bezüglichen Provinz. Die Ursachen dieser wichtigen Erscheinung ist wesentlich sozialer Natur. Sie beruhen in dem Zusammenwirken überreizender und erschöpfender Einflüsse auf die Nervenzentren, welche von dem geschäftlichen, gesellschaftlichen und sittlichen Treiben großer Städte untrennbar sind. Die beständigen Anreize zur Begehrlichkeit und Genußsucht, zu Leidenschaften der edelsten wie der gemeinsten Art, das fieberhafte Arbeiten im konvulsivischen Wettbewerb, dazu noch die verhängnisvollen Folgen des Alkoholmißbrauchs, dessen Verbreitungsgrad mit der Größe der Städte zu wachsen pflegt — alle diese und damit verwandte städtische Lebensfaktoren erklären die vorstehenden Tatsachen zur Genüge**.

Auf Grund dieser durch statistische Tafeln veranschaulichten Untersuchungen erklärte der Vortragende, daß es im Interesse der Volksgesundheit geboten erscheine, der fortschreitenden Zentralisierung unseres öffentlichen und gewerblichen Lebens in anwachsenden Großstädten nach Kräften entgegenzuwirken, und daß dieses Gebot der Hygiene namentlich für junge, in raschem Aufschwung ihrer Metropolen begriffene Reiche, wie Deutschland und Italien, beherzigenswert sei.

Diesem Ausspruch des erfahrenen Arztes füge ich ein Zitat aus einem Artikel des „Hamburger Fremdenblattes" an, welches unsere Schilderung der hygienischen Gefahren der Großstadt treffend zu ergänzen geeignet ist. Der offenbar auf das genaueste unterrichtete Verfasser schreibt nach ausführlichen statistischen Schilderungen des Hamburger Wohnungselends: „Ebenso tiefgreifend wie die gesundheitlichen sind die sittlichen Schäden dieser Wohnungsverhältnisse; das Einlogierwesen zerstört die Familie, die schlechte Wohnung nährt eine berechtigte Unzufriedenheit. Bei schlechten Wohnungszuständen greift die Alkoholpest um sich und auch schon auf die Kinder über. Das Gesamtbild ist also ein durchaus unerfreuliches; wenn auch

** Es mag hier als warnendes Beispiel nicht unerwähnt bleiben, daß sich in London mit der wachsenden Zahl der Bevölkerung auf 4½ Millionen die Zahl der Geisteskranken in den letzten 10 Jahren verdoppelt hat, so daß die Zahl derselben zurzeit 21 369 beträgt, — wahrlich eine grauenhafte Ziffer! Gleichzeitig vergegenwärtige man sich die Notschreie der englischen Regierung während des Weltkrieges über den Alkoholismus der englischen Arbeiten!

Hamburg immer noch etwas besser dasteht als die sämtlichen anderen deutschen Städte, so ist es doch schlimm genug, und das ist besonders gefahrdrohend, da Hamburg ein Hafenplatz mit reichem Verkehr ist. Beschämend aber ist es, daß die Statistik der letzten Jahre immer noch keine Besserung aufzuweisen hat".

Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die erschreckende Zunahme der Rohheitsverbrechen und vor allem an die im höchsten Grade bedenkliche Zunahme der jugendlichen Verbrecher, die so recht als typische Produkte des Großstadtelends und des Großstadtlebens anzusehen sind. Gleichzeitig weise ich auf die volkswirtschaftliche Vergeudung hin, die darin liegt, daß der in Schulen und Kirchen mit erheblichen Kosten gepflanzte Same geistiger und sittlicher Güter, wie die obigen Ausführungen charakterisieren, eben durch das Großstadtleben zu einem erheblichen Teile, ohne Nutzen für den einzelnen wie für die Gesamtheit gestiftet zu haben, wieder zugrunde geht*.

Wer sich im übrigen über die kulturelle und soziale Bedeutung der modernen Großstadt eingehender unterrichten will, dem kann ich nicht dringend genug das ganz vortreffliche Buch: „Die Großstadt und ihre sozialen Probleme" von Dr. Adolf Weber, Bonn (Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens, Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig) empfehlen.

Der ebenfalls höchst bedeutungsvollen Schrift von Anna Pappritz („Arbeitsgebiete der Frauenbewegung", Verlag von Teubner, Leipzig und Berlin, 1908) entnehme ich zur Kennzeichnung der Zustände in unseren Großstädten folgenden Satz: „Nach den letzten amtlichen Feststellungen, welche der Kommission für Arbeiterinnenwohlfahrt des Vereins zur Fürsorge für die weibliche Jugend in einer seiner letzten Sitzungen zur Kenntnis gebracht worden sind, befinden sich in Berlin 100 000 Fabrikarbeiterinnen, davon 10 000 unter 16 Jahren und über 90 000 über 16 Jahren, davon 50 Prozent d. h. 50 000 in Schlafstellen"!

Es bedarf nicht vieler Worte, um dem denkenden Leser klar zu machen, welche Summe von Menschenelend hinter diesen wenigen Zeilen liegt; aber es muß auch einem wenig nachdenkenden Menschen zum Bewußtsein kommen, daß die Mädchen, die in solchen Verhältnissen leben, falls sie heiraten und Mutter werden, eine ungeheure Summe von — sprechen wir es offen aus — berechtigter Verbitterung auf ihre Nachkommenschaft übertragen. Gleichzeitig werden wir nicht fehl gehen, wenn wir behaupten, daß die so schauderhaften Wohnungsverhältnisse der weiblichen jungen Arbeiterinnen eine Hauptquelle sind, der das ungeheure Heer der Prostituierten Berlins entströmt.

* S. auch den vortrefflichen Aufsatz von Frau Hanna Bieber-Böhm in der „Zeitschrift für Kinderforschung" über die Ursachen der Verwahrlosung Jugendlicher.

Zu allen diesen offenkundigen und mehr oder minder statistisch auf das genaueste nachweisbaren Schäden des Zusammendrängens der Menschen in den großen Städten kommen noch zwei weitere große Übelstände, die hygienisch und volkswirtschaftlich, wie sozial von allerschwerwiegendster Bedeutung sind.

Der eine Übelstand ist die Schwierigkeit der Beschaffung einer ausreichenden und doch preiswerten Ernährung dieser Volksmassen, sowie ihre Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser, und der zweite ist die hygienisch und volkswirtschaftlich zweckmäßige Abfuhr des Kehrichts, der Küchenabfälle, sowie der Asche, vor allem der Brauchwässer und der Fäkalien, welche diese Menge Menschen hervorbringen.

Wer, wie ich es in dreißigjähriger ärztlicher Tätigkeit wohl unzählige Male getan habe, beobachtet hat, wie eine Arbeiterfamilie körperlich aufblüht und gedeiht, nachdem es ihr möglich gewesen ist, durch die Aufzucht eines Schweines sich regelmäßigen und reichlichen Fleischgenuß zu verschaffen, der wird die Bedeutung der Fleischpreise in der Großstadt für den Haushalt und die Gesundheit des in der Stadt lebenden Arbeiters zu würdigen wissen. Ich will hier schweigen von dem für eine richtige Blutmischung allgemein viel zu geringen Genuß von frischem Gemüse und Obst im städtischen Arbeiterhaushalt*. Hinweisen will ich nur auf die mit dem Wachstum der Stadt immer schwieriger sich gestaltende Milchversorgung unserer Großstädte, — eine Schwierigkeit, die in der mit der Größe der Städte wachsenden Säuglingssterblichkeit eine nur zu erschütternde Illustrierung findet.

Welche enormen Schwierigkeiten und Kosten gar die Wasserversorgung ihrer rapide wachsenden Einwohnerschaft den Stadtverwaltungen bereitet, dafür liefern Städte, wie Berlin, Magdeburg, vor allem aber wiederum Hamburg, beredte Zeugnisse. Das Hamburger Choleramenetekel von 1892 und die Hamburger Typhusstatistik vor 1892, die Typhuskatastrophen im Kreise Gelsenkirchen und in anderen deutschen Gegenden liefern nur zu grauenhafte Exempel. Wie sehr man sich z. B. in Hamburg bewußt ist, daß selbst das filtrierte, aber durch die Hamburg-Altonaer Sieljauchen verpestete Elbwasser nur ein sehr zweifelhafter Notbehelf ist, lehren die anerkennenswerten Anstrengungen der Hamburger Verwaltungen in der jüngsten Zeit, die Bewohner Hamburgs wenigstens zum Teil mit Tiefgrundwasser zu versorgen. Wie weit man hiermit reichen wird, wenn die Stadt so weiter wächst wie in den letzten Dezennien, muß die Zukunft lehren.

* S. Bonne: „Das seborrhoische Ekzem als Konstitutionsbasis der sogen. Skrophulose" usw. München 1900. Reinhardt, vgl. Kap. V u. VI (Gicht und Carcinom).

Gleichzeitig führt uns diese Frage auf die weitere, wie sich die Abfuhr der Fäkalien und Jauchen des Großstadtkomplexes Hamburg-Altona bei einem rapiden Wachstum weiter gestalten soll, da doch jetzt schon nachgewiesenermaßen selbst viele Kilometer stromabwärts von Hamburg-Altona noch die schwersten Übelstände infolge der Verschmutzung der Elbe sich geltend machen. Selbst für den Fall, daß Hamburg-Altona sich entschließen sollte, mein von der Altonaer Handelskammer gutgeheißenes und der preußischen Regierung zur Ausführung empfohlenes Projekt, die Abwässer von Hamburg-Altona in großen Sammelkanälen stromabwärts zu führen und hier in der einen oder anderen Weise zu verwerten, auszuführen, — wohin sollten die Hamburger, wenn diese Einrichtungen wiederum zu klein geworden sind, mit ihren von Jahr zu Jahr rapide sich vermehrenden Sieljauchen, da das zu benutzende Terrain doch nur ein begrenztes ist? Berlin mit seinen zum Teil überdüngten Rieselfeldern kann für Hamburg-Altona doch wahrlich als warnendes Beispiel dienen*! Hier kann nur neben einer systematischen Dezentralisation der Bebauung eine mit dieser Hand in Hand gehende Dezentralisation der Abfuhr und Entwässerung mit Hilfe unserer modernen Technik, für deren Ausnutzung auf diesem Gebiete sich sowohl bereits in Deutschland als auch besonders in Amerika vortreffliche Beispiele finden, unseren wachsenden Großstädten eine gedeihliche Entwicklung gewährleisten.

Wir müssen in vielem umlernen. Wir haben eine maßlose Verschwendung getrieben. Wir haben Unsummen von Dungstoffen, deren wir dringend bedürfen, seit Jahrzehnten im ganzen Reiche in unsere Flüsse sich hinein ergießen lassen durch das Kloakensystem unserer Städte auf Grund des sogenannten „englischen" Wasserklosetts. Wir haben durch diese städtischen Kloaken Unsummen von Fett mit unseren Brauchwässern in die Flüsse geleitet, diese verpestend. Dafür haben wir ungezählte Millionen guten deutschen Geldes nach Amerika hinausgeworfen, um Fett und Salpeter wieder zu kaufen. Seit Jahrzehnten ist unsere Regierung gewarnt, von dieser Volksmißwirtschaft zu lassen. Eines Tages geht der Salpeter in Amerika zu Ende, dann haben wir keinen Stickstoff. Der Kalkstickstoff, den wir aus der Atmosphäre erzeugen können, dient zur Not zur Düngung von schwerem Boden; auf leichtem Boden ist derselbe bis jetzt kaum anwendbar. Das

** S. Bonne: „Notwendigkeit der Reinhaltung der deutschen Gewässer." 1900. Derselbe: „Neue Untersuchungen über die zunehmende Verunreinigung der Unterelbe." 1901. Derselbe: „Über die militärische Bedeutung der Reinhaltung unserer deutschen Gewässer." 1902. Verlag von Leineweber, Leipzig, Klagen der deutschen Binnenfischer, Zustände in der Unterelbe im Jahre 1911 (beides im Verlag von Lüdeking, Hamburg) usw.

schwefelsaure Ammoniak ist für die Düngung des leichteren Bodens bislang noch viel zu teuer und läßt sich auch nicht in dem Maße herstellen, daß wir damit als Stickstoffdünger unser gesamtes Land versorgen können. Wir brauchen die Fäkalien der Städte! Schon Mommsen hat ganz richtig darauf hingewiesen, daß Rom zu einem großen Teile dadurch zugrunde gegangen ist, daß es die Dungwerte seines Landes durch den Tiber ins Meer schüttete, anstatt sie für seine Acker wieder zu gewinnen. Wir haben für die Rohfette, die wir in der Industrie brauchen — in den Eisengießereien, als Schmieröl und dergleichen — wie schon oben erwähnt, alljährlich viele Millionen nach Nord-Amerika hinausgeschickt. Wollen wir diese Millionen Nord-Amerika weiterhin zu verdienen geben, einem Lande, das schwere Geschütze und Munition an unsere Feinde liefert, mit deren Hilfe diese unsere Söhne und Brüder zusammenschießen? Wir können das Fett, welches wir jetzt von Amerika beziehen, aus unseren Kloakenwässern zu einem erheblichen Teil mit Leichtigkeit wiedergewinnen und so gleichzeitig unsere Flüsse rein halten. Wie kann unsere Regierung diese Schlaffheit verteidigen, mit welcher sie seit Jahrzehnten diese Volksmißwirtschaft geduldet hat? Gleichzeitig werden durch die Fäkalien die deutschen Ströme derart verpestet, daß in fast sämtlichen Gewässern der ursprüngliche Fischreichtum zugrunde gegangen ist. Das sind Zustände, die geändert werden müssen, in betreff deren unsere Regierung umlernen und sich aufraffen muß zur Tat, sonst können wir dem Sturm des neuen Weltkrieges nicht mit Ruhe entgegensehen. *Alle diese Änderungen sind aber auf die Dauer nur möglich, wenn wir unsere jetzigen Städte in zweckentsprechender Weise systematisch dezentralisieren!*

Fassen wir die Schattenseiten und Gefahren, welche aus dem lawinenartigen Anschwellen unserer heutigen Großstädte entstehen, zusammen, so sehen wir neben einer der Zunahme der Bevölkerung proportional wachsenden Ziffer der Todesfälle und Erkrankungen besonders unter den Arbeitermassen, neben einer steigenden Entfremdung von der Natur, dem ewigen Jungborn der Menschheit, neben der durch Überarbeitung und Genußleben, insbesondere durch Alkoholismus und geschlechtliche Ausschweifungen aller Art, sowie durch ungenügende Wohnungen und Ernährung bedingten Degeneration weiter Volkskreise eine das Wachstum der Städte fast noch überholende Erschwerung und Verteuerung der städtischen Verwaltungen, sowie des großstädtischen Lebens überhaupt, welche bei nüchterner Betrachtung mit aller Gewalt auf die Frage hindrängt: Wie ist dieser zunehmenden Zentralisation der Bevölkerung in den Städten bei dem ständigen Anwachsen unserer Industrie entgegenzuwirken? Welche Faktoren können wir zu Hilfe

rufen, um eine systematische Dezentralisation der modernen Großstädte herbeizuführen?

Dieses ganze Elend des Großstadtlebens mit all seinen hygienischen, sittlichen und sozialen Schäden hat Ludwig Heitmann, Pastor in Hamburg, in seinem Buche „Großstadt und Religion" (Verlag Boysen, Hamburg, 1913) treffend und erschütternd zugleich in folgende Worte zusammengefaßt:

„Hinter der Stadtflucht, die immer mehr wie eine Epidemie die Großstädter packt, steht eine leidenschaftliche Sehnsucht nach tieferem Leben und ein Protest gegen das Großstadttreiben, der an Haß und Ekel grenzt. Viel sinnloses Jagen nach immer neuen Genüssen ist ein verzweifelter Kampf um einen verlorenen Lebensinhalt. Wie Wetterleuchten zuckt über das ganze Großstadtleben die Anklage des unbefriedigten Lebens hin. Noch hat die Sehnsucht nach einer reineren, stilleren, tieferen Welt keinen klaren Gesamtausdruck gefunden, sie offenbart sich wesentlich in Gefühlen des Unbehagens, in politischen Proteststimmungen, in harten Anklagen gegen die äußeren Lebensbedingungen, die doch im Vergleich gegen frühere Verhältnisse die Leidenschaft der Anklagen keineswegs ausreichend begründen. Schon fühlt der Geschäftsmann, dem alles auf eine Steigerung der Kulturfreudigkeit ankommt, deutlich die Gefahr des Zurückflutens der Kulturwelle. Die Angst vor der Sonntagsruhe hat hier ihre letzten Wurzeln. Das wichtigste Problem des modernen Geschäftsunternehmens ist heute schon die künstliche Steigerung der Genußfähigkeit. Physische und seelische Reizmittel drängen sich immer stärker auf den Markt. Die Sensation, sonst dazu bestimmt, schlummerndes Interesse zu wecken, ist zum Mittel geworden, die erschlaffende Energie wachzuhalten. Dem nervösen, aufdringlichen, hetzenden Gebahren des Großstadtlebens fühlt man es heute schon an, daß es nicht natürlich aufspringende Lebenskraft- und freude ist, sondern daß es die letzte Anstrengung vor der Erschöpfung bedeutet. In den gezwungen fröhlichen Mienen steht es deutlich zu lesen: Man mag nicht mehr. Aus diesen Stimmungen einer wachsenden Kulturnegation lösen sich nun aber deutlicher und deutlicher ganz bestimmte Strömungen, die auf einen neuen Lebensinhalt hindrängen. Immer lauter hallt in die rauschende Großstadtkultur der Rousseauruf hinein: ‚Zurück zur Natur!'"

Ja, es ist so: Millionenfach hallt der Ruf aus dem ganzen deutschen Vaterlande: Zurück zur Natur!

Im folgenden Kapitel will ich zeigen, welche Mittel und Wege wir haben, um unserem Volke durch dieses Wort zu neuer Gesundheit und Kraftentfaltung zu verhelfen!

2. Kapitel.

Mittel und Wege zu einer systematischen Dezentralisation der Großstädte.

Leitsätze:

Diese Dezentralisation unserer modernen Städte kann erreicht werden:

1. durch tunlichste Verlegung der Industrie aufs Land.
2. durch Schaffung und Begünstigung aller gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Bestrebungen, wie Gartenstadt-Genossenschaften, Beamten- und Arbeiter-Bauvereinen, Vereinigungen für Krieger-Heimstätten usw.
3. Um volle Freizügigkeit zu wahren, müssen die vorzugsweise auf genossenschaftlichem Wege mit Hilfe des Staates und der Arbeiterversicherungen zu errichtenden Wohnungen sowohl zu kaufen, als auch besonders zu mieten sein, am besten nach dem System der Erbpacht.
4. durch tunlichste Aufschließung besonders der landwirtschaftlich unfruchtbaren Umgebungen der Städte durch Haltestellen an bereits bestehenden Bahnen, Neubau von Kleinbahnen, Schwebebahnen, elektrischen Bahnen.
5. durch Ansiedlung der großstädtischen Arbeiter in dieser aufgeschlossenen Umgebung in Arbeiterdörfern, in denen sie durch etwas Gartenbau und Viehzucht
   a) geistig und körperlich gesunden,
   b) mit Hilfe der ländlichen Arbeit die Frau ans Haus fesseln,
   c) ihr Budget verbessern durch ihre Kleinwirtschaft (200 bis 1000 qm pro Wohnung),
   d) wirtschaftliche Krisen mit vorübergehender Arbeitslosigkeit besser überstehen, indem sie in solcher Zeit ihr kleines Heimwesen ausbauen und bewirtschaften.
6. Durch Bauordnungen muß die Errichtung von neuen Massenquartieren unter Zuhilfenahme eines Reichswohnungsgesetzes verboten werden, anderseits muß die Errichtung von gartenstadtähnlichen Ansiedlungen durch Anordnung verschiedener Bauzonen und Straßenarten erleichtert werden.
7. Um den ungesunden, verderblichen, durch nichts gerechtfertigten Terrain-Spekulationen ein für allemal vorzubeugen, muß durch Reichsgesetz der Grundstückhandel als Reichs- oder Staatsmonopol monopolisiert werden. Die Beamten, welche den Grundstückhandel zu überwachen und zu vollziehen haben, sind Reichs- oder Staatsbeamte, wie die Beamten der Post oder der Bahnen. Der Grundstückpreis wird, nach einer Wartezeit von 5 Jahren von Inkrafttreten des Gesetzes an, damit der bisherige private

Grundstückhandel sich einrichten kann, berechnet aus dem Ertragswert des Grundstückes als Ackerland unter Hinzurechnung aller der Aufwendungen, die der Verkäufer für das Grundstück durch Verbesserungen irgendwelcher Art tatsächlich gemacht hat; zu dritt aus einer Quote, die berechnet wird unter Zugrundelegung der Wertsteigerung des Grundstücks infolge Sicherstellung des Reiches nach außen und der Wertsteigerung des Grund und Bodens infolge von Anlage von Bahnhöfen, Schaffung von Kanälen, Chausseen, Straßenbahnen, Moorkultivierungen usw. Einen gewissen Prozentsatz dieses Wertzuschlages erhält das Reich, einen zweiten der betreffende Bundesstaat, einen dritten die betreffende Gemeinde.

* * *

Während einige Städte, in Deutschland wie im Auslande, die hier skizzierten schweren Übelstände des rapiden Wachstums der Städte längst begriffen haben und eifrigst bemüht sind, denselben entgegenzuwirken, sind eine große Anzahl von Stadtverwaltungen — wie es scheint, insbesondere diejenigen, in denen die Hausbesitzer und Grundeigentümer prävalieren, — noch heute von einer derartigen hygienisch-sozialen Kurzsichtigkeit und Rückständigkeit, daß jedes neue Zehn- oder Hunderttausend, welches ihre Einwohnerzahl erreicht, mit einer Art Siegestaumel begrüßt und gefeiert wird: die Grundrente in der Stadt steigt, weil die Menschen sich nun um jeden Quardratfuß um so mehr reißen müssen, um nur hausen zu können; — aber man sieht nicht, daß die Bürger unter der zunehmenden Last der Steuern und der steigenden Lebensmittelpreise seufzen, daß die Verelendung und damit die Unzufriedenheit der Massen zunimmt, daß infolge der steigenden Ausgaben der Arbeiter für Miete, Nahrung, Krankheiten ihre Lohnforderungen ständig wachsen und wachsen müssen, und damit wiederum der Industrie, insbesondere der Exportindustrie, die nur zu sehr mit billigen produzierenden Völkern auf dem Weltmarkt zu konkurrieren hat, das Leben erschwert wird*.

Gerade die Grundbesitzerkreise und Mietskasernenbesitzer wollen offenbar nicht sehen, auf welchem ungesunden wirtschaftlichen Boden sie selbst ihre Existenz aufbauen. Die gewiß oft berechtigten Klagen dieser Hausbesitzer sollten unseren Regierungen und Behörden eine Handhabe bieten, diese für unser Volksganzes so ungesunden Zustände, diesen für unsere Kultur verderblichen Wohnungsverhältnissen schleunigst Einhalt zu tun. Ich verweise

* S. Bonne: „Die Wohnungsfrage in ihrer Bedeutung für die Verbilligung der Arbeitskräfte, mit besonderer Berücksichtigung hamburgischer Verhältnisse." Hamburg 1897. Druck der Verlagsanstalt „Neue Börsenhalle".

auf die Arbeiten von Professor Johannes Fuchs, Freiburg i. B., über die Bedeutung des Kleinhauses und der Mietskasernen und über die höheren Baukosten der Mietskasernen gegenüber den ersteren. Wie aber unter Umständen eine Katastrophe, wie der jetzige große Krieg ruinös für die Mietskasernenbesitzer wirken kann, mögen folgende zwei Notizen beweisen. Die deutsche Warte vom 13. Dezember 1914 schreibt: „Die Zahl der leerstehenden Wohnungen und Geschäftsräume in Groß-Berlin ist in den letzten Monaten weiter gestiegen und wird am 1. nächsten Monats und zum 1. April nächsten Jahres eine weitere sehr erhebliche Steigerung erfahren. Am meisten betroffen sind die großen Wohnungen und die kleinen Läden. Für die großen Wohnungen fehlen die zahlreichen eingezogenen Nebenmieter und für die kleinen Läden, deren Inhaber im Felde stehen, mangelt es in den meisten Fällen an Ersatz. Der Ausfall an Mieten wird für Groß-Berlin nach dem heutigen Stande der leerstehenden Räume heute schon auf über 80 Millionen Mark innerhalb zwölf Monaten berechnet." Das Blatt von Adolf Damaschke „Die Bodenreform" teilt vom 20. Oktober 1914 folgendes mit: „Bewährt sich die Mietskaserne? Der Grundbesitzerverein Königstadt in Berlin hat für 255 Häuser seines Bezirks eine Zählung vorgenommen. Danach gab es in diesen Häusern Anfang September 589 leerstehende Wohnungen. Am 1. August blieben 1103 Bewohner die Miete schuldig, weil die Ehemänner eingezogen waren. Aus sonstigen Gründen verweigerten 241 die Zahlung. Am 1. September haben in den 255 Häusern 1968 Mieter keine Miete bezahlt. Wie ganz anders müßten sich diese Verhältnisse gestalten, wenn das Einfamilienhaus oder wenigstens das ‚alte deutsche Bürgerhaus', das neben der Wohnung und dem Geschäftslokal des Eigentümers höchstens noch drei bis vier Mietwohnungen kannte, vorherrschen würde, wo deshalb auch für den Besitzer die Zinsenverpflichtung für Hypotheken nicht ins Riesenhafte steigt? Die Mietskaserne, die heute meist nur noch ein Handelsobjekt ist, das in der Regel mit sehr niedriger Anzahlung (ein Zehntel des Wertes wird schon als hoch angesehen!) erworben wird, besteht ihre Prüfung in den ernsten Zeiten, die wir durchleben, für alle Teile sehr schlecht. Hoffen wir, daß diese Lehre auch in besseren Zeiten nicht vergessen werden wird!"

Wie ist hier zu helfen? Zunächst zeigt uns die Industrie selbst, die wie oben angedeutet, am meisten unter den Schattenseiten der Großstadt, ihren dem Arbeiter das Leben verteuernden und verschlechternden Einflüssen zu leiden hat, wie sie sich helfen kann. Schon haben einsichtsvolle Unternehmer ihre Industrien aus der Stadt auf das benachbarte Land hinaus verlegt, — ich denke für Hamburg an mehrere Glasfabriken, Bierbraue-

reien u. a., von denen einige, wie z. B. die Gaetckeschen Glasfabriken in Bahrenfeld bei Hamburg-Altona, schon vor langen Jahren zweckentsprechende Wohnungen mit Hausgärten für ihre Arbeiter hergestellt haben. Diese Entwicklung ist, wie statistisch nachweisbar, im ganzen Reiche bereits in vollem Gange. Von welcher Bedeutung dieselbe für das gesamte Vaterland ist, mag daraus erhellen, daß in den Jahren von 1882—1895 die Gesamtbevölkerung Deutschlands von 45 Millionen auf über 51 Millionen angewachsen ist, daß aber trotz dieser Bevölkerungszunahme von 6½ Millionen die Ziffer der landwirtschaftlichen Bevölkerung um ¾ Millionen gesunken, diejenige der Industriebevölkerung aber von 16 Millionen auf über 20 Millionen, also um mehr als 4 Millionen gewachsen ist. Glücklicherweise, kann man wohl sagen, gehört aber ein Viertel der Industrie noch oder vielmehr schon dem platten Lande an. In den Landstädten von 2—5000 Einwohnern gehört die Hälfte der Bewohner der Industrie an; in den Städten von 5000—20 000 Einwohnern gehören von 1000 Einwohnern 572 zur Industrie, in den Großstädten dagegen nur 508 und in den Mittelstädten 541. Allein ein einfaches Multiplikationsexempel zeigt uns die Bedeutung dieser Prozentsätze für die Größe der absoluten Zahlen der in den größeren Städten in der Industrie um ihre Existenz ringenden Menschenmassen.

Einer weiteren Anhäufung derselben in den Großstädten müssen notgedrungen eine ganze Reihe Kulturarbeiten im ganzen Reiche entgegenwirken. Während dem mit Industrie übervölkerten Westen unseres Vaterlandes eine Entlastung nur dienlich sein dürfte, hofft der industriearme Osten auf eine Neubelebung durch industriellen Zuzug infolge besserer Verkehrsanschlüsse, insbesondere durch den Ausbau unseres Kanalnetzes. Mit Recht hob ferner Geheimer Rat Professor Intze-Aachen auf der Versammlung deutscher Ärzte und Naturforscher zu Düsseldorf im Jahre 1896 in einem Vortrage über die Ausführung und die wirtschaftliche Bedeutung der Talsperren im Gebirge hervor, daß durch die Schaffung größerer Kraftzentralen und Verteilung der Energie durch elektrische Übertragung auf größere Gebiete die Schaffung einer wirtschaftlich gehobenen, ihrer heimatlichen Scholle erhaltenen, zufriedenen und glücklichen Bevölkerung der Gebirgsgegenden gewährleistet und damit eine Verminderung des Zuzugs von Arbeitern aus den Gebirgsgegenden in die großen Städte der Niederlagen und Verminderung der damit vielfach verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Mißstände herbeigeführt würde.

In gleicher Weise hat Ingenieur Fraissinet in einer ausführlichen Monographie (Leipzig, Engelmann) bereits 1891 auf „die volkswirtschaftliche Be-

deutung der Privatflüsse und -bäche für die Industrie und Landwirtschaft" hingewiesen.

Wie berechtigt diese Voraussetzungen sowohl wie meine oben skizzierte Ansicht von der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit der Verlegung der Industrie aufs Land hinaus ist, hat die Statistik vor allen Dingen für Baden in interessanter Weise gezeigt: Wo auf dem Lande neben der Landwirtschaft Industrie betrieben wird, findet kein Abzug überschüssiger Arbeitskräfte in die Städte mehr statt. Gleichzeitig hat die Landwirtschaft den Vorteil, aus den zeitweise einmal arbeitslosen Arbeitskräften der Industrie ihre Arbeitskräfte zu ergänzen, anderseits arbeitet die Industrie mit wesentlich zufriedenerem Arbeitsmaterial als in den Städten und außerdem infolge billigeren Baugrundes usw. wesentlich konkurrenzfähiger, als die Industrien, die aus der Stadt nicht wegfinden können.

Landgerichtsdirektor Dr. Becker, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Dresdner Bau- und Sparvereins, hat in seiner Schrift „Die Wohnungsfrage und ihre Lösung auf baugenossenschaftlichem Wege" (Dresden, Jaenisch 1901) sogar für das ganze Reich festgestellt, daß „die allgemeine Verbreitung industriell-gewerblicher Tätigkeit und die Schaffung günstigerer Arbeitsgelegenheit dazu geführt hat, daß die Abwanderung aus ländlichen Bezirken und die Zunahme der städtischen Bevölkerung in der letzten Zeit relativ abgenommen hat", was ja in der Tat ein hocherfreuliches Zeichen innerer Gesundung wäre. Becker knüpft indessen sehr richtig hieran sofort die weitere Schlußfolgerung und Mahnung, daß in diesem Falle die Notwendigkeit vorläge, sofort mit der Wohnungsfürsorge auf das energischste einzusetzen.

Was sich in dieser Weise schaffen läßt, das haben sowohl eine Reihe einsichtsvoller Unternehmer — es soll hier nur an die in musterhafter Weise errichteten Arbeiterwohnungen in den staatlichen Saarbrückener Kohlenrevieren und auf den Kruppschen Werken in Essen erinnert werden —, wie eine große Reihe unserer deutschen Baugenossenschaften — ich denke insbesondere in unserer Provinz an unsere Genossenschaften in Kiel und Flensburg — in mustergültiger Weise gezeigt. Ganz im Sinne unserer Dezentralisationspläne hat ferner u. a. Landrat Berthold in Blumenthal bei Bremen durch seine geschickte und umfassende baugenossenschaftliche Tätigkeit Hervorragendes geleistet.

In Nord-Amerika zeigt die Arbeiterstadt der Pullmannschen Schlafwagenfabriken und in England die Gartenstadt Bourne-Ville bei Birmingham des Schokoladenfabrikanten Codbury, was sich durch die Intelligenz und die Humanität einzelner großer Unternehmer schaffen läßt.

Ich will nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf das große Werk des verstorbenen Pastor Bodelschwingh in Bielefeld hinzuweisen, das vor allen Dingen beweist, was der Wille eines einzelnen Mannes zu schaffen vermag. Freilich lastet auf der ganzen Anlage von Bethel wie ein Alp, daß in dieser großen, im übrigen mustergültig angelegten und bewirtschafteten Kolonie vorzugsweise das durch die teilweise Entartung unseres Volkes erzeugte Elend untergebracht wird. Aber es muß anerkannt werden, wie Bodelschwingh es verstanden hat, diesen Unglücklichen, die dort leben, dadurch daß er ihnen durch Arbeit in der freien Natur den Zusammenhang eben mit der Natur wiedergab, überhaupt erst ein menschenwürdiges Dasein wiedergegeben hat.

Ich will hier nicht auf die Millionen näher eingehen, die die Landesversicherungsanstalten Deutschlands seit ihrem Bestehen in den zahlreichen deutschen Arbeiter-Baugenossenschaften angelegt haben. *Aber diese, von den Arbeitern und Unternehmern gleichzeitig zusammengetragenen Summen haben unsagbar viel Segen gestiftet, und hier ist ein Weg gegeben, wo Stadt- und Landgemeinden, Behörden, Unternehmer, Arbeiter und alle Volks- und Vaterlandsfreunde gemeinsam Großes für unser Volk schaffen können.*

Der Bürgermeister von Husum Dr. Schücking hat auf dem sechsten Verbandstag der schleswig-holsteinischen Baugenossenschaften in Schleswig im Jahre 1906 einen Vortrag über die Frage: „Was können die Stadtgemeinden für die Arbeiter-Bauvereine tun" in folgenden Leitsätzen zusammengefaßt:

„1. Die Wohnungsnot ist nicht nur eine Erscheinung der Großstädte, sondern mindestens ebenso sehr ein Übel in mittleren und kleineren Städten.

2. Der den Stadtverwaltungen und Stadtvertretungen vielfach gemachte Vorwurf, daß sie infolge des bei städtischen Wahlen eine Rolle spielenden Hausbesitzer-Privilegs der Wohnungsfrage teilnahmslos gegenüberständen, ist in dieser Allgemeinheit unzutreffend und ungerecht.

3. Wünschenswert ist eine städtische Wohnungs-Inspektion und Statistik in enger Verbindung mit der Tätigkeit der Gesundheits-Kommission und Bestellung von Wohnungspflegern, auch weiblichen, unter staatlicher, die Selbstverwaltung nicht beschränkender Autorität.

4. Der Versuch, die Anforderungen an die Straßen abzustufen, kleinen Häusern erleichterte Bauvorschriften zu geben, kann leicht zu Begünstigungen des sogenannten wilden Bauens führen und Zustände schaffen, die sanitäts-

polizeilich und hygienisch anfechtbar sind und das Gegenteil von dem darstellen, was durch Bekämpfung der Wohnungsnot erreicht werden soll.

5. Es ist die Aufgabe der Stadtgemeinde sich durch vorausschauende Bodenpolitik, rechtzeitigen Ankauf von Grundstücken, Nichtveräußerung städtischer Terrains, Eingemeindungen, Bebauungspläne, Fluchtlinienpläne, Straßenbahnlinien und Enteignungen in den Stand zu setzen, Arbeiter-Bauvereinen hilfreich zur Seite stehen zu können.

6. Es empfiehlt sich, städtisches Terrain Arbeiter-Bauvereinen zu billigen Preisen oder im Erbbaurecht zu überlassen (Schleswig, Elmshorn, Tönning, Glückstadt, Flensburg, Kiel).

7. Es empfiehlt sich, Arbeiter-Bauvereine in Bau-Angelegenheiten durch städtische Baubeamte unentgeltlich zu unterstützen (Tönning).

8. Arbeiter-Bauvereinen sind die Bauschein-Gebühren zu erlassen.

9. Bei Herstellung von Straßen für Kleinwohnungen ist auf möglichste Sparsamkeit Bedacht zu nehmen, Breite von Wohnstraßen, Polygonalpflaster, gleichzeitige einheitliche Herstellung der Kanalisation und der Gas- und Wasserleitungs-Anschlüsse.

10. Über Zahlung der Straßenbaukosten ist mit den gemeinnützigen Arbeiter-Bauvereinen städtischerseits ein Vergleich zu schließen, der diese entlastet (Lüneburg, Osnabrück, Hadersleben, Husum, Neumünster).

11. Die Stadtverwaltung erlangt wirksamen Einfluß auf die Geschäftsführung der Arbeiter-Bauvereine durch Einzahlung einer Stammeinlage, Übernahme eines Genossenschaftsanteils, Sicherung eines Aufsichtsratspostens (Osnabrück, Husum).

12. Das städtische Finanz- und Kreditwesen (Sparkasse) ist für gemeinnützige Arbeiter-Bauvereine nutzbar zu machen durch Gewährung eines Darlehns unter günstigen Bedingungen und Übernahme von Bürgschaften (Ratzeburg, Hadersleben, Flensburg, Husum).

13. Eine wichtige Ergänzung der Wohnungsfürsorge durch die Gemeinden ist die städtische Errichtung von Ledigenheimen, Gemeindehäusern, Lesehallen und die Gewährung von Terrains zu Schreber-Gärten (Tönning)."

In diesen dreizehn kurzen Sätzen ist tatsächlich in selten klarer und knapper Form das ausgesprochen, was gerade von den Gemeinden aus schon jetzt in wirksamster Weise zur Lösung der Wohnungsfrage geschehen kann.

Als eine einleitende, aber sehr wichtige Maßregel zu einer systematischen Dezentralisation unserer Städte müssen daher die Bauordnungen bezeichnet werden, mit deren Hilfe die Errichtung von Massenquartieren und Mietkasernen unter Zugrundelegung eines Reichswohnungsgesetzes verboten werden

können. Anderseits muß die Errichtung von gartenstadtähnlichen Ansiedlungen nicht nur für Wohlhabende, sondern auch für den Arbeiter, durch Anordnung verschiedener Bauzonen und vor allen Dingen durch die Erleichterung in bezug auf Straßenbauten in jeder Beziehung erleichtert werden. Vorbildlich in dieser Beziehung hat vor kurzem die Stadt Altona gewirkt, die dem neugegründeten Bauverein für Altona-Ottensen die Erlaubnis zum Bau eines neuen Viertels mit einer schmalen, chaussierten Straße gegeben hat, allerdings unter der Voraussetzung, daß nur Wohnhäuser mit einem Obergeschoß und Vordergarten dortselbst errichtet werden. Diese Neuanlage bietet, unmittelbar vor der Millionenstadt Hamburg-Altona gelegen, völlig das friedliche Bild der altdeutschen Kleinstadt mit ihren Gartenbetrieben.

Unter dem Titel: „Neue Aufgaben in der Bauordnung und Ansiedlungsfrage" brachte die soziale Praxis vom 4. Oktober 1906 (Nr. 1) folgenden Bericht:

„Der deutsche Verein für Wohnungsreform verfolgt mit anerkennenswerter Energie sein Ziel, eine große Agitationsbewegung zugunsten einschneidender Fortschritte in der Wohnungsfrage ins Leben zu rufen. Die Beobachtung, daß unser andauerndes städtisches und gewerbliches Aufblühen die starke Neigung zur Dezentralisation der Industrie und der neuentstehenden Ansiedlungen hier neben den bestehenden, durch rechtliche und traditionelle Schranken eingeengten Städten Neuland schafft, ruft die Kräfte des Vereins zu einer schnellen und eingreifenden Reformarbeit auf. (Vgl. „Soz. Praxis", XV, Sp. 669.) Unter anderem setzte er im April 1905 eine Kommission zur Bearbeitung der Bauordnungs- und Bebauungsplan-Fragen für die neuen Ansiedlungsbezirke ein. Die Kommission, die unter dem Vorsitze des Ober- und Geheimen Baurates Stübben tätig war, hat nunmehr das Ergebnis ihrer Aktien dem Vorstande des Vereins übergeben, der es als Leitsätze zu einer Eingabe über Aufgaben in der Bauordnungs- und Ansiedlungsfrage zusammenfaßt. Diese offizielle Meinungsäußerung des Vereins ist an eine Reihe von Behörden und ähnlichen Stellen gesandt, vor allem auch den zuständigen Ministerien sämtlicher deutscher Bundesstaaten überreicht worden. Die Leitsätze bewegen sich auf folgenden Grundlinien:

A. Tatsächliches.

Die wachsende Auswanderung der Industrie von den großen Städten in die Vororte und in ganz neue Gegenden aufs Land, die durch den Bau der neuen preußischen Schiffahrtskanäle wahrscheinlich einen frischen starken Anreiz erhalten wird, und die Sehnsucht der Städter nach dem Landhausleben im Umkreis der Städte, gefördert durch die außerordentliche Ent-

wicklung der Verkehrsmittel, bewirken eine Auffüllung der bisher ländlichen klein- und außenstädtischen Bezirke mit großen, nicht landwirtschaftlich tätigen Bevölkerungsmengen an günstig gelegenen Siedlungsplätzen mit landschaftlichem Reiz, guten Verkehrsverhältnissen sowie Rohstoff- und Wasserkraftreichtum. Daraus ergeben sich für die Behörden große verantwortungsschwere Aufgaben. Niedrige Bodenpreise des zu erschließenden, durch vorhandene Bebauungshindernisse und Interessenwiderstände noch nicht belasteten Neulandes gestatten eine großzügig organisierte, hygienisch einwandfreie, gartenmäßige Besiedlung in ganz anderem Maße als das übersetzte, mit allen Rechten verschränkte, zerstückelte städtische Bauland.

B. Forderungen.

Ein ganzer Kreis von Maßnahmen ist zur Erfüllung der Aufgaben auf dem neuen Siedlungslande notwendig: Reform der Bauordnungen, Bebauungspläne und dergleichen, rechtzeitiger ausgedehnter Grundbesitzerwerb der Gemeinden, der Kreise, des Staates usw. und eine zielbewußte Bodenpolitik dieser Körperschaften überhaupt, ferner Erweiterung und Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen für städtische und gewerbliche Ansiedlungen, Schaffung von Verkehrsmitteln, steuerliche Maßnahmen, eine stärker auf die wirtschaftliche und soziale Seite des städtischen und gewerblichen Ansiedlungswesens gerichtete Hochschulausbildung der künftigen Beamten und Architekten und dergleichen mehr.

Das Erste und Notwendigste ist, durch eine gründliche Reform der Bauordnungen und Bebauungspläne die Bodenpreise von vornherein niedrig zu halten und die richtigen Grundlagen für eine gesunde Ortsanlage zu schaffen, und zwar ehe durch Anlegung von Verkehrsmitteln eine Belebung der betreffenden Örtlichkeiten und eine Steigerung der Bodenpreise in ihnen herbeigeführt wird. Da die Dezentralisationsbewegung bei uns bereits in vollem Flusse ist, so leidet diese Reform keinen Aufschub mehr.

Die Durchsicht der in Frage kommenden Bauordnungen für das Land oder für kleinere Städte hat ergeben, daß diese Bauordnungen von den modernen Reformbestrebungen zum Teil noch wenig berührt sind. Sie erlauben vielfach eine viel zu weitgehende bauliche Ausnutzung der Grundstücke und sind für die neuen Ansiedlungsaufgaben zumeist ungeeignet. Das gleiche dürfte von den etwa ebenda vorhandenen Bebauungsplänen und Fluchtlinienfestsetzungen gelten. (Vgl. die Abhandlung II des Gesamtheftes „Neue Aufgaben in der Bauordnungs- und Ansiedlungsfrage".)

Anpassung der Bauordnungen an die modernen Grundsätze, namentlich im Sinne einer genügenden Weiträumigkeit der Bebauung, ist also nötig.

Praktische Vorschläge enthält die Abhandlung III des eben erwähnten Gesamtheftes. Ebenso ist mit den Bebauungs- und Fluchtlinienplänen, überhaupt mit den Festsetzungen und Projekten für die ganzen Ortsanlagen zu verfahren. Sehr wichtig ist hierbei, daß nicht nur genügend freie Plätze und öffentliche Anlagen geschaffen werden, sondern auch geräumige Flächen zur gärtnerischen Nutzung in kleinen Parzellen für die städtische und gewerbliche Bevölkerung in die Ortsanlagen eingefügt werden (Freiflächen, Gartenkolonien).

Die ganze Reform ist in erster Linie für die kleineren Bezirke durchzuführen und darf für sie bei ihrer Dringlichkeit nicht bis zu einer allgemeinen Reform der ländlichen und kleinstädtischen Bauordnungen und Bebauungspläne zurückgestellt und durch diese aufgehalten werden. Doch empfiehlt es sich, die ländlichen und kleinstädtischen Bauordnungen und Bebauungspläne auch im allgemeinen einer Revision im geschilderten Sinne zu unterwerfen."

Diese Eingabe des Deutschen Vereins für Wohnungsreform wird in den Einsendungen durch mehrere spezielle Abhandlungen geschätzter Wohnungsreformer erläutert. Das Ganze ist als Broschüre unter dem oben genannten Titel in Göttingen bei Vandenhoeck & Ruprecht (Preis 1 M.) erschienen.

Wie dringend notwendig es ist, daß eine einflußreiche Vereinigung für diese Ziele kämpft, mag folgendes Beispiel aus Hamburgs Gegenwart zeigen:

Ein vortrefflicher Kenner der großstädtischen Baufragen, der Hamburger Landrichter Dr. Ernst Paulsen, hat in Nr. 93 der „Hamburger Nachrichten" vom 24. Februar 1915 eine kurze Arbeit über das neue Hamburger Polizeigesetz veröffentlicht, deren Inhalt charakteristisch ist für die Engherzigkeit und Rückständigkeit, mit denen in unseren Stadtverwaltungen noch gearbeitet wird. Er schreibt:

Man sieht aus diesen Sätzen, wie das, was Lechen und Schäffle in ihrer (Deutsche Kern- und Zeitfragen. Neue Folge) bereits 1895 gemeinsam herausgegebenen Schrift „Nationale Wohnungsreform" nannten, immer klarere und greifbarere Formen annimmt.

„Der bürgerliche Ausschuß für das neue Baupolizeigesetz hat bekanntlich in seinem Bericht die Annahme des § 64 Abs. 6 der Senatsvorlage empfohlen. Im Falle der Annahme dieses Vorschlages durch die Bürgerschaft würde die alte Schlitzbauweise in etwas ‚veredelter' Form weiterbestehen. Gewiß, ein Fortschritt wäre es immerhin. Vorlage und Bericht sind vor dem Kriege beschlossen und es erscheint unter normalen Verhält-

nissen verständlich, wenn Senat und Ausschuß sich über die hygienischen Bedenken hinwegsetzen, um allmählich (es handelt sich allerdings wohl um Jahrzehnte) die Hinterflügel zu beseitigen.

Die auf eine hygienisch einwandfreie Bauweise hinarbeitenden Gegner des Schlitzbaues mit seiner mangelnden Durchlüftbarkeit hätten sich vielleicht mit dieser bescheidenen Verbesserung abfinden können und dürfen, wenn nicht inzwischen der Krieg gekommen wäre. Der Krieg schafft eine neue Lage. Millionen sind hinausgezogen. Viele opfern freudig ihr Leben der Gesamtheit. Viele kehren heim; sie werden Ungeheures für uns geleistet haben. Man lese nur die Rede eines Max Schinckel vom 27. Januar, wie diese Opfer einzuschätzen sind. Dürfen wir diesen Männern gewissermaßen als Morgengabe die als nicht einwandfrei erkannten Schlitzbauten, von denen bis zu einer weiteren Änderung Tausende entstehen würden, darbieten? Dürfen wir ihre Kinder in diesen Wohnungen, die zum Teil dunkel, in der Mehrzahl nicht durchlüftbar sind, aufwachsen lassen? Vergegenwärtigen wir uns doch, daß in Hamburg annähernd 70 v. H. aller Wohnungen solche Kleinwohnungen sind, die von der schädlichen Ausnahmevorschrift, daß sie an einem engen, von der Sonne kaum oder gar nicht erreichbaren Hof liegen, betroffen werden.

Die Wucht dieser Tatsachen gegenüber dürften die Einwände keine Rolle spielen. Man sagt wohl: wir müssen nun endlich das Gesetz unter Dach und Fach bringen, der Ausschuß hat sich lange genug um eine Lösung bemüht. Aber es fragt sich doch, was wir unter Dach bringen, und die Arbeit des Ausschusses wird erst dann dankbar werden, wenn er gesunde helle Wohnungen schafft.

Oder sollen wir uns etwa deshalb bescheiden, weil dann Miethäuser in geschlossener Reihe nur noch in zweierlei Typen gebaut werden können? Und wenn nur ein Typ nachbliebe, dürfte das kein entscheidender Grund sein. Der Hamburger Bauverein baut doch seit langen Jahren seine Kleinwohnungen ohne Schlitz, und in anderen Städten wie z. B. Essen, selbst in dem benachbarten Altona, kommt man ohne ihn aus. In großen, nur von einer Familie bewohnten, Fünf- oder Sechs-Zimmer-Wohnungen ist ja auch der Schlitz von untergeordneter Bedeutung. Und gerade die Unternehmer wünschen einen *einfachen* Grundriß.

Einen Schritt hat Hamburg auf diesem Gebiete bereits getan. Dank sei dem Senate und der Bürgerschaft, daß sie der in den Köpfen vieler Laien durch die Städtebauvorträge und die vorjährige Ausstellung in der Kunsthalle angerichteten ‚Verwirrung' entsprechend durch Schaffung einer Städte-

bau-Abteilung beim Hochbau der Städte-Wissenschaft den Eingang in unsere Bebauungspläne geöffnet haben.

Nun fehlt noch der zweite Schritt: Die grundlegende Änderung der Baupolizei-Vorschriften. Viele Äußerungen von Städtebauern, die ich hier im Felde nicht zur Hand habe, ließen sich dafür anführen, daß Bebauungsplan und Bauvorschrift in engem Zusammenhang stehen.

Und noch eins ist zu bedenken. Nach einem glücklichen Kriege kann man wohl mit Sicherheit auf einen wirtschaftlichen Aufschwung rechnen. Viele Spekulationen werden gemacht, viele Werte angelegt unter Zugrundelegung der neuen Vorschriften. Will man, wenn überhaupt diese Werte durch eine Änderung in dem gewünschten Sinne berührt werden (manche Architekten glauben bei einwandfreier Bauweise ebenso viele oder annähernd so viele Menschen auf demselben Raum unterbringen zu können) eine Verbesserung eintreten lassen, so ist doch der jetzige Zeitpunkt gewiß am günstigsten.

So möge denn die Bürgerschaft, in deren Händen zunächst die Entscheidung liegt, die aufgeworfene Frage noch einmal von Grund auf prüfen und zu einem Beschluß kommen, der dieser großen Zeit entspricht: ‚Die großen Taten wollen große Erben‘.“

Das Streben der Grundbesitzer, möglichst viel aus ihrem Grund und Boden herauszuschlagen und die Sorgen der Volks- und Vaterlandsfreunde, welche die große Gefahr dieses Bestrebens kennen, kann kaum besser gekennzeichnet werden, als durch diese kurze Arbeit, die dieser bewährte Hamburger Jurist, während er als Hauptmann der Landwehr im Schützengraben in Frankreich liegt, der Vaterstadt heimschickt, um wenigstens noch etwas an dem im Sinne der Grundbesitzer geschaffenen Gesetz für unser Volk zu retten und zu bessern. *Wir werden jetzt schon während des Krieges und erst recht nach diesem Weltkriege in vielem umlernen müssen!* Wir werden lernen müssen, daß wir kein Recht mehr haben, wie wir es nie besessen haben, sondern nur geglaubt haben, es zu besitzen, auf weite Volkskreise und Unzufriedene zu schelten, und sie wegen ihrer Unzufriedenheit als Landesfeinde zu brandmarken, *denn aus dem Kreise dieser Unzufriedenen ist ein großer Teil unseres Heeres hervorgegangen, der uns jetzt vor dem Einfall der feindlichen Horden geschützt hat*, und diese Unzufriedenen in Hamburg und Berlin, in Frankfurt und Breslau, München und Stuttgart, und wie die deutschen Städte alle heißen, *sie waren unzufrieden mit unserer heutigen Gesellschaftsordnung vor allem deshalb, weil die Regierungen und Behörden es nicht verstanden*

hatten, ihnen vom vaterländischen Boden so viel zu sichern, daß sie mit ihren Familien dort in Ruhe und Behagen den Lohn ihrer Arbeit verzehren und ein wirklich deutsches Familienleben führen konnten! Sie waren unzufrieden, weil die Regierungen und Behörden es geduldet und gelitten hatten, daß man Massenquartiere für sie bereit stellte, die ihren Besitzern, wenn die Konjunktur gut war und keine Katastrophe drohte, gute Zinsen abwarf, — Massenquartiere aber, in denen sie mit ihren Familien siech, elend und freudlos wurden! Was Wunder, daß sie an ihren Sonn- und Feiertagen oder abends in ihren Freistunden ihre Not und Elend zu vergessen suchten, indem sie sich in den Kneipen und Spelunken, die mit behördlicher Genehmigung existieren, betäubten oder in den Strudel und Lärm der rauchgeschwängerten und lichterfüllten Atmosphäre der großstädtischen Vergnügungslokale stürzten! Das sind nicht die Freuden, die der Männer würdig sind, die jetzt da draußen für Deutschlands Ehre kämpfen, und in Deutschlands Namen einer ganzen Welt Trotz bieten! Uns daheim ziemt es, während diese deutschen Männer dort draußen ein neues, größeres, weltbeherrschendes Deutschland erkämpfen, neue Anschauungen zu schmieden und mit deren Hilfe neue Lebensbedingungen für die Männer, die da draußen für Deutschlands Ehre und Größe kämpfen und leiden, zu schaffen! Nicht mit kleinlicher Flickarbeit ist es hier geholfen, sondern mit großzügiger Durchführung der Forderung der seit einem halben Menschenalter in erfreulicher Weise aus inneren Bedürfnissen heraus beginnenden Dezentralisation unserer Städte. Ich verweise hier nur kurz auf die ausgezeichnete Schrift von dem kürzlich verstorbenen Obberbürgermeister Adickes in Frankfurt a. M. und dem Geheimen Oberbaurat Professor R. Baumeister in Karlsruhe i. B. (XVIII. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Würzburg am 25. Mai 1893) „Die unterschiedliche Behandlung der Bauordnungen für das Innere, die Außenbezirke und die Umgebung von Städten".

Naturgemäß ist zu dieser Dezentralisation vor allen Dingen nötig, eine tunlichste Aufschließung des Grund und Bodens und der Umgebung der Städte durch Schaffung von Haltestellen an bereits bestehenden Bahnstrecken durch Neubau von Kleinbahnen, Schwebebahnen und elektrischen Vorortbahnen. Man sollte durch Schaffung möglichst vieler derartiger Verkehrswege, die vom Zentrum der Stadt aus nach dem Umkreise der Stadt herausführen, in planmäßiger Weise die Dezentralisation der Stadt fördern. Ich habe in meinen verschiedenen Schriften, vor allen in meinem (1901 bei

Leineweber, Leipzig, erschienenen) Buche über die Notwendigkeit der Reinhaltung der deutschen Gewässer, in eingehender Weise die Wege angegeben, auf denen z. B. die Hamburger Arbeiterbevölkerung in höchst zweckentsprechender Weise dezentralisiert werden könnte, unter Berücksichtigung aller Forderungen der verschiedenen Arbeitsmärkte.

Was sich auf genossenschaftlichem Wege in großem Maßstabe erreichen läßt zur systematischen Dezentralisation der Großstädte und damit zur Beseitigung namenlosen Menschenelends sowohl, wie gleichzeitig zur Hebung der heimischen Industrie, das zeigt uns vor allen Dingen England, wo speziell in London durch die ungeheure Ausdehnung der Stadt, welche sich unter dem Einflusse allmächtiger Grundbesitzer ins Ungemessene ausdehnte, einerseits das Großstadtelend die ungeheuerlichsten Formen angenommen hat, anderseits aber sowohl durch die Gesetzgebung, wie auch durch private Gesellschaften Großes geleistet ist, um diese Schäden der Riesenstadt tunlichst zu verringern. So ging vor allem im Jahre 1900 dem Unterhause eine Vorlage zu, welche die Lokalbehörden ermächtigte, Land außerhalb ihres eigenen Weichbildes zur Errichtung von Häusern für die arbeitenden Klassen zu erwerben und so diese Terrains der Bodenspekulation, diesem Krebsschaden für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Kultur, zu entziehen. Desgleichen haben die englischen Baugesellschaften, von denen die größte, die Artisans Labourers and General Dwelling Company, in verhältnismäßig kurzer Zeit für 50 000 Personen Wohnungen, zumeist im Stile von Einfamilienhäusern errichtet hat, bewiesen, daß die private Initiative, besonders unter dem Schutze geeigneter Gesetze, sehr wohl imstande ist, einer nach vielen Tausenden zählenden Arbeiterschaft gesundheitlich einwandfreie und dem Verdienste der Arbeiter entsprechende Wohnungen zu errichten*.

In ähnlicher Weise ist es ermöglicht, daß in Philadelphia von 800 000 Arbeitern in verhältnismäßig kurzer Zeit 50 000 Hausbesitzer geworden sind (Fuld, „Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen". Deutsche Zeit- und Streitfragen. Hamburg 1889). In den Niederlanden sorgen etwa 100 Baugenossenschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen, fast ausschließlich Einfamilienhäusern. (Wohnungsverbesserung durch Baugenossenschaften in den Niederlanden. M. P. de Clerqu. Haarlem. Zeitschrift für Wohnungswesen. 16. Heft, 1903.)

Nun, was das Ausland kann, müssen wir auch in Deutschland können.

* „Die Wohnungsnot und Wohnungsreform in England, mit besonderer Berücksichtigung der neuen Wohnungsreform." Von Dr. Felix Freiherrn von Oppenheimer. Leipzig, Duncker & Humblot.

Und da wir wohl ohne weiteres dem Ausspruch von Professor Fuchs-Freiburg i. B. zustimmen können, den derselbe auf dem VI. internationalen Wohnungskongreß zu Düsseldorf im Jahre 1902 in seinem Vortrage über die Abhängigkeit der Wohnungsmieten von Bodenpreis, Baukosten und Besteuerung tat: „daß zu einer Wohnungspolitik großen Stiles Zeiten wirtschaftlicher Depression besser geeignet seien als die des wirtschaftlichen Aufschwunges", so sollten wir wahrlich die augenblickliche Zeit zu einer Wohnungspolitik großen Stiles, insbesondere hier in unserer nordwestdeutschen Ecke unseres Vaterlandes, nicht verpassen*.

In welcher Weise auf gesetzgeberischem und gemeindlichem Wege hierbei vorgegangen werden könnte, hat Oberbürgermeister Fürbringer-Emden bereits im Jahre 1901 auf dem hannoverschin Städtetag in seinem Vortrag über das Erbbaurecht des Bürgerlichen Gesetzbuches in klarer Form ausgesprochen. Der Vortragende führte damals aus:

„Die Stadtgemeinden können sich bei der immer größer werdenden Schwierigkeit, das Wohnungsbedürfnis der weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung zu befriedigen, der Aufgabe nicht entziehen, alle auf Herstellung gesunder und billiger kleinerer Wohnungen abzielenden Bestrebungen tunlichst zu unterstützen. Nach heutiger Lage der Verhältnisse sind angemessen billige, dem Arbeitsverdienst der Bewohner entsprechende Mietpreise für solche Wohnungen nur zu erzielen bei billigem Baugrund, Ermäßigung der Baukosten durch möglichste Einschränkung der polizeilichen und ortsstatutarischen Anforderungen und bei billigem Baukapital; ihre dauernde Aufrechterhaltung nur möglich bei Ausschließung des Einflusses ungesunder Bodenspekulation. Zur Erreichung dieser Zwecke müssen Staat und Stadtgemeinden zusammenwirken, namentlich muß die staatliche Gesetzgebung und die staatliche Bodenpolitik die Bemühungen der Gemeinden unterstützen, möglichst viele Grundstücke zu solchen Zwecken zu erwerben und festzuhalten. Die Gemeinden tun wohl daran sich des Eigentums an den Geländen, die sie für solche Bebauung nutzbar machen wollen, grundsätzlich nicht zu entäußern, sondern entweder selbst zu bauen und da zu vermieten, oder zu Erbbbaurecht abzugeben, oder die Bebauung im Wege des Erbbaurechts herbeizuführen."

Indessen muß bei dem oft fluktuierenden Charakter unserer Industrie-

** S. Lechler u. Schäffle: „Nationale Wohnungsreform." Berlin, Hofmann & Co., 1895, u. Bonne: „Vorschläge zur Vereinfachung und zum Ausbau unserer heutigen Arbeiterversicherungen." Dresden, Georg Hertz, 1896 (S. 31 ff.), sowie Henry George, Progreß and Poverty, Damaschke: „Bodenreform" (Kulturprobleme der Gegenwart und die Aufgaben der Gemeindepolitik).

bevölkerung infolge von Konjukturen, Streiks usw. mit der Anwendung des Erbbaurechts sowohl, wie mit der Veräußerung der Grundstücke unter allen Umständen wohl sehr große Vorsicht geübt werden. In dem von mir seit 15 Jahren geleiteten Arbeiter-Bauverein haben wir uns bisher in genügender Weise geholfen mit einem statutengemäß festgesetzten Vorkaufsrecht des Bauvereins.

Notwendig erscheint mir neben der schon oben erwähnten tunlichsten Verlegung der Industrien aufs Land, — die sich die Städte vom Halse halten können durch erschwerende Baubedingungen, während ihnen die Landgemeinden, soweit sie nicht Villenvororte für die benachbarten Städter sind, durch genehme Bedingungen entgegenkommen können, vor allem: tunlichste Aufschließung des die Städte umgebenden Gebietes durch bequeme Verkehrseinrichtungen, seien es Kleinbahnen, elektrische Bahnen oder Schwebebahnen, wie in Elberfeld; vor allem durch Neuschaffung von Haltestationen an bereits bestehenden Bahnstrecken in landwirtschaftlich unfruchtbaren Terrains in nicht zu weiter Entfernung von den Städten, — wohl mit das einfachste und wirksamste Mittel, um der verderblichen Bodenspekulation entgegenzuwirken*. In den so für die großstädtischen Arbeitermassen aufgeschlossenen Landdistrikten können sodann die Baugenossenschaften und die jetzt zurzeit des Weltkrieges aufblühenden „Vereine für Kriegerheimstätten" ihre segensreiche Tätigkeit entfalten.

Nötig wäre für die Lösung der Frage z. B. des Großstadtkomplexes Hamburg-Altona allerdings, daß der Staat, entweder der hamburgische oder, wenn dieser infolge des Einflusses der Grundbesitzerpartei zu schwerfällig und kurzsichtig ist, der preußische Fiskus die in Betracht kommenden Länderstrecken wenigstens zum Teil erwürbe, um sie für alle Zeiten der Privatspekulation und damit dem für alle soziale Wohnungsfürsorge ruinösen Bodenwucher zu entziehen**. Und zwar müßte dieses so diplomatisch und vorsichtig geschehen, wie seinerseits Finanzminister Miquel kurz vor seinem Rücktritt noch die Hoheschaar und Teile von Wilhelmsburg mit dem weiten Blick des Sozialpolitikers wie des Finanziers großen Stiles erworben hat. Zu zweit kämen zur Verhütung der Bodenspekulation in der nächsten Umgebung der Städte die von einer großen Reihe hervorragender Sozialpolitiker in Vorschlag und in einzelnen Gemeinden bereits

* S. hierzu die vom Verein Reichswohnungsgesetz als Heft 7 herausgegebene Schrift von Dr. Klemens Heiß (Göttingen, Vandenhoek & Rupprecht, 1903): „Wohnungsreform und Lokalverkehr."

** S. Bonne: „Arbeiterversicherungen a. a. O."

zur Ausführung gebrachte Grundwertsteuer in Betracht. Allein auch diese Maßnahme würde die Spekulation in Grund und Boden nicht völlig ausschalten. Diese Besteuerung kann lediglich als ein Übergangsstadium angesehen werden, um in der Gedankenwelt und in der Gewinnsucht der Grundstückspekulanten das Bewußtsein zu erwecken, daß sie an der Wertsteigerung des Grundes und Bodens, soweit diese Wertsteigerung nicht ihr Verdienst ist, kein Anrecht haben. Es ist von anderer Seite — ich erinnere nur an Henry George mit seinen Plänen der Verstaatlichung von Grund und Boden — der Vorschlag gemacht, den privaten Grundbesitz überhaupt aufzuheben und den verstaatlichten Grund und Boden nur in Erbpacht dem Nutznießer zu übergeben. Von den Freunden dieses Systems wird geltend gemacht, daß der Grundbesitz in früheren Zeiten eben Besitz der Gemeinde war. Dem ist entgegenzuhalten, daß das Bedürfnis und die Sehnsucht nach eigenem Grundbesitz durch die jahrhundertelange Gewöhnung so tief sich in die Seele des Deutschen eingegraben hat, daß der einfachste Arbeiter vom Lande, der sein unverschuldetes Häuschen mit Garten sein eigen nennt, mit bewußtem Stolz des freien Mannes auf jeden noch so vornehmen Städter herabsieht, von dem er weiß, daß er nur im Mietshause wohnt. Dieses Bewußtsein des Deutschen, im eigenen Grund und Boden zu wurzeln, dürfen wir nicht nur nicht antasten, sondern wir müssen es im Gegenteil als ein kostbares Gut mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln stärken und immer weiteren Kreisen unseres Volkes dieses Glückbewußtsein zuteil werden lassen. Um dieses zu ermöglichen, ist es aber absolut notwendig, den Grundbesitz der durch nichts gerechtfertigten, sinnlosen und ungesunden Bodenspekulation zu entziehen. Diese Spekulation im vaterländischen Grund und Boden, dieser Bodenwucher, der von so vielen Grundbesitzern heutigen Tages getrieben wird, der weit schlimmer noch ist als Korn- und Geldwucher jeder Art, bereichert sich in vollständig ungerechtfertigter Weise, schlimmer als die Raubritter des Mittelalters es je getan haben, mit Werten, an denen diese Spekulanten keinerlei Anrecht haben. Hier liegt einer der großen Aufgaben vor, die den Daheimgebliebenen der Krieg gestellt hat, gerecht zu denken und gerecht zu handeln, ein seit Generationen überliefertes Unrecht aus der Welt zu schaffen, das der Staat zum besten einiger weniger auf Kosten des ganzen großen Volkes hat geschehen lassen! Dieses kann und darf nicht so bleiben. Auch hier müssen wir völlig umdenken lernen! Mag der Grundbesitz Besitztum des einzelnen bleiben. Selbstverständlich sind die Werte, die der einzelne

auf diesem Grundstück geschaffen hat, sein ureigenstes Privateigentum: das Haus, das er hier erbaut hat, die Verbesserungen, die er auf seinem Acker hervorgebracht hat, alles, was er an geistiger und körperlicher Arbeit und an baren Mitteln hineingesteckt hat, ist sein ureigenstes Eigentum. Will er aber dieses Eigentum verkaufen, so darf er für seine Person nicht mehr dafür verlangen, als was der Boden im rohen Zustande wert war, und was er durch seine Arbeit mit seinen Mitteln diesem Boden hinzugefügt hat. Die übrige Wertsteigerung, die das Grundstück im Laufe der Jahre erfahren hat durch die Machtmittel des Reiches, durch die Arbeiten des Staates, der Provinz, der Gemeinde, diese gehört diesen Körperschaften! Wertzuwachs seines Grundstückes ohne sein Verdienst, ohne seine Arbeit, gehört nicht ihm, sondern dem Reich, dem Staate, der Provinz und der Gemeinde. Die einzig mögliche und gesunde Lösung dieses ganzen Problems, welches wir uns gewöhnt haben kurzerhand die Bodenfrage zu nennen, zu dessen Lösung die Bodenreformbewegung so viele Vorschläge aufgestellt hat, läßt sich meines Erachtens nur und zwar auf die allereinfachste Weise lösen durch Verstaatlichung des Grundstückhandels. Wir haben in unseren Baugenossenschaften, wie schon erwähnt, einen Paragraphen, daß bei einem Verkauf des Grundstückes durch den bisherigen Eigentümer die Genossenschaft die Vorhand hat dieses Grundstück zurückzukaufen, und zwar zu dem Herstellungspreise, den die Herstellung des Grundstückes damals der Genossenschaft gekostet hat, vermehrt um die Wertsteigerung, die der Besitzer ihm durch seine eigene Arbeit mit seinen Mitteln gegeben hat, abzüglich eines Betrages für Abnutzung der Gebäude. Eine Wertsteigerung des Grundstückes durch Beschaffung kommunaler Einrichtungen darf weder bei dem Verkauf an einen dritten, noch bei dem Rückkauf durch die Genossenschaft berücksichtigt werden, ebensowenig eine Versteigerung aus irgend einem Grunde der gesteigerten Nachfrage und dergleichen. Diese Bestimmung hat sich in unserer Baugenossenschaft auf das vortrefflichste bewährt. Wir haben es in unserem Bauverein wiederholt erlebt, daß einer unserer Genossen sein Grundstück an einen anderen verkaufen und dabei ein Spekulationsgeschäft machen wollte. Mit Hilfe dieses einen Paragraphen ist jedem solcher Versuche auf das nachdrücklichste begegnet und dem Betreffenden klar gemacht worden, daß ein Verkauf mit Spekulationsgewinn etwas Unerlaubtes und daher Unmögliches sei. Ist denn unser großes Vaterland etwas anderes als eine große Genossenschaft? Was in unseren einzelnen Baugenossenschaften möglich und durchführbar ist, das muß auch möglich

und durchführbar sein in der großen Genossenschaft „Vaterland". Es ließen sich Beweise genug dafür vorbringen, daß durch den müheloſen Gewinn der Terrainsspekulanten, sowie seitens der sogenannten Millionenbauern eine Sorte reicher Leute gezüchtet worden ist, die mit Hilfe ihres Reichtums, für den ihre ungezählten Volksgenossen auf ewige Zeit mit Zins ihnen fronden müssen, vorzugsweise der materiellen Genußsucht Vorschub geleistet haben. Die Zeiten sind zu ernst und zu groß, um — noch dazu von Staats wegen — solche Sorte Menschen weiter zu züchten.

Unser Volk, von dem jetzt Millionen für unser aller Sicherheit auf den Schlachtfeldern in Ost und West kämpfen und leiden, hat ein Anrecht auf ein Stück Boden des Vaterlandes, für das es gekämpft hat und auf Gerechtigkeit, — diese Grundstücksspekulanten aber haben keinerlei Anrecht auf ihren müheloſen, unverdienten Gewinn, für den Millionen anderer darben müssen! Wohl aber hat das Reich einen Anspruch auf einen Teil der Wertsteigerung wegen seiner vergrößerten Sicherstellung nach außen! Wohl hat der Staat einen Anspruch auf Wertsteigerung des Grund und Bodens wegen seiner Anlage von Eisenbahnen und Kanälen, — wohl hat die Provinz einen Anspruch auf die Wertsteigerung des Grund und Bodens wegen der Anlage von Chausseen, Heilanstalten und dergleichen, wohl hat die Gemeinde Anspruch auf Wertsteigerung des Grund und Bodens durch Schaffung von Kirchen und Schulen, Museen, Kunsthallen usw. Die Einzelquote dieser Wertsteigerungen für diese verschiedenen Machtfaktoren zu berechnen, kann ebensowenig Schwierigkeiten begegnen, wie die Berechnung der heutigen Grund- und Gebäudesteuer, deren Berechnung sich am einfachsten diese neue Abgabe anschließen dürfte.

Bis jetzt hat sich unser deutscher Grundstücksmarkt während des Weltkrieges verhältnismäßig ruhig verhalten, dank der Tapferkeit und Unbezwingbarkeit unserer Heere! Dagegen berichtet das „W. T. B." vom 13. April aus Berlin:

„Krisis auf dem französischen Grundstücksmarkt.

Ein ungeheurer Zusammenbruch steht auf dem französischen Grundstücksmarkt bevor; ganz Frankreich und besonders Paris wird darunter leiden. Wie die Zuschrift eines Architekten an den „Temps" vom 8. d. M. ausführt, liegt der Grund dafür in der Nichtzahlung der Mieten, einer Folge der Moratoriumsbestimmungen, besonders der Verfügungen vom 7. Januar, welche die Möglichkeit, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, allen denen

gewähren, die nicht zahlen wollen, wenn sie auch ihre normalen Einkünfte weiter beziehen und vielleicht sogar mehr als in Friedenszeiten verdienen. Die Höhe der Mietszahlungen in Paris allein beläuft sich bei 85 000 Grundstücken auf 700 Millionen jährlich (also durchschnittlich 8000 Francs), für ganz Frankreich auf 3½ Milliarden. Von dieser Summe werden gegenwärtig drei Viertel nicht gezahlt. Wenn der Krieg ein Jahr dauert, verlieren demnach die Eigentümer in Paris 525 Millionen, in ganz Frankreich mehr als 2 Milliarden. Sie werden infolgedessen dem Staate ihre Steuern, ihren Hypothekengläubigern die Zinsen nicht zahlen und Lieferanten, Unternehmern, Kaufleuten Zahlungen nicht leisten können. Da letztere ihrerseits ihren Verpflichtungen nicht werden nachkommen können, steht ein Milliardenkrach bevor, der Zusammenbruch zahlloser Besitzer und Unternehmer mit all seinen Nebenwirkungen auf Industrie und Handel. Die Grundstückentwertung wird aber weiter zur Folge haben, daß Hypothekengläubiger und Spekulanten die Marktlage ausbeuten und womöglich im Preis noch mehr drücken. Die Anhäufung großen Grundbesitzes in wenigen Händen wird aber dann später die Gefahr bedeutender Mietssteigerungen bedeuten."

Von welcher außerordentlichen Bedeutung, ja von welcher elementaren Notwendigkeit es ist, daß wir schon jetzt während des Krieges in unseren gesetzgebenden Körperschaften uns auf eine energische Bodenreform vorbereiten, dafür mögen die Stimmen aus dem Kreise der Bodenspekulanten und Mietkasernenbesitzer zeugen, von denen der um die Bodenreform so hochverdiente Adolf Damaschke in seinem Organ „Die deutsche Bodenreform" eine Blütenlese während des Krieges veröffentlicht hat. Ich entnehme der Nr. 19 vom 5. Oktober folgendes:

„Weil wir siegen, muß die Miete steigen.

Die Zeitungen, z. B. die ‚Berliner Volkszeitung' Nr. 464, bringen folgende Mitteilungen: ‚Die Hausbesitzerin Redepenning in Stettin, die auf der Oberwieck mehrere Häuser besitzt, schickte an die in ihren Häusern wohnhaften Mietparteien einen Brief, worin sie, wie man uns mitteilt, eine Mietssteigerung von durchschnittlich 4 Mark im Monat ankündigte und diese Botschaft in folgenden Worten mitteilte:

Stettin, den 1. September 1914.

Herr und Frau N. N.

Die gewaltige Wendung, die die Gnade des Allmächtigen Gottes, unsere durch seine Macht und Kraft bewaffneten Truppen uns errungen haben, lassen uns in eine große gesegnete kommende Zeit blicken. Möchte unser Volk soviel Gnade nie vergessen, nie den alten Gott,

der Staat und Volk vor allem Übel bewahrt. Ihre Wohnung kostet vom 1. Oktober ab 30 Mark.

Achtungsvoll

Frau Redepenning.

Wie teuer noch die Wohnungen in den Häusern der gemütvollen Frau Redepenning werden, wenn wir so fort siegen, ist schlechterdings nicht abzusehen!'"

Das Ganze klingt zunächst fast wie ein bitterer Scherz. Und doch liegt in ihm eine sehr ernste Wahrheit. In der Tat hängt Bodenwert, Grundrente und damit auch die Höhe der Miete für Geschäftsräume und Wohnungen nicht zum geringsten ab von dem Grade des Waffenschutzes, den die Volksgemeinschaft dem Boden gewährt. Und jene Grundbesitzerin in Stettin bewies mehr als einen guten Instinkt, wenn sie von ihrem Standpunkte aus in den Siegen der deutschen Waffen die Gewähr einer „gesegneten kommenden Zeit" erblickte.

Wir sind nur der Überzeugung, daß die Erkenntnis dieses großen Zusammenhangs zwischen Waffenschutz und Grundrente vielen die Augen darüber öffnen wird, daß Waffenschutz und Grundrente, wie sie eine Pflicht der Gesamtheit umschließen, *so auch ein Recht der Gesamtheit begründen!*

In Nr. 1 vom 6. Januar 1915 fragt Damaschke mit Recht in banger Sorge um unser Volk: „Melden sich schon die Hyänen des Schlachtfeldes?"

„Daß nach einem siegreichen Kriege die Bodenpreise Deutschlands große Steigerung erfahren werden, ist nach den Erfahrungen der früheren Kriege allgemeiner Glaubenssatz unserer Terrainspekulanten. Namentlich wird diese Wertsteigerung, die alle unsere Soldaten jetzt mit ihrem Blute erkämpfen, in unseren Kriegshäfen erwartet. Und so finden wir denn z. B. in den „Kieler N. N." Nr. 257 folgende Anzeige:

Spekulationsterrain!

Ich will einen kleinen Betrag anlegen in Terrain, welches nach dem Kriege bald verwertet werden kann. Nur billige Angebote haben Zweck. Angebote erbeten unter X.

Es wird für die zukünftige Gestaltung unseres nationalen Lebens viel davon abhängen, ob gerade in dieser Frage rechtzeitig und weit vorblickend dafür gesorgt wird, daß das, was alle erkämpft, auch allen zum Heile gereicht."

Zum Beweis, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer durchgreifenden Bodenreform immer weitere Kreise erfüllt, schreibt Damaschke in Nr. 3 vom 5. Februar 1915:

„Sie wittern Morgenluft."

Unter dieser Überschrift gibt auch die „Welt am Montag" vom 25. Januar 1915 die Anzeige „Neue Gründerzeit" wieder. (Siehe „Bodenreform", S. 28.)

Das weit verbreitete Blatt knüpft daran folgende ernste Mahnung:

„Eine der übelsten Begleiterscheinungen jedes siegreichen Krieges ist die ‚Gründerei', die sich namentlich durch wüste Grundstückspekulation zu betätigen pflegt. Die Jahre nach 1871 haben in der Beziehung Tolles zutage gefördert. Es ist bezeichnend für die Moral gewisser Kreise, daß schon jetzt, während wir uns noch im schwersten Kampfe befinden, die ‚Neue Gründerzeit' eingeleitet werden soll. Zu den wichtigsten Aufgaben unmittelbar nach Schluß des Krieges gehört eine Bodenreformgesetzgebung, die der geplanten Grundstückspekulation einen Riegel vorschiebt."

Jetzt kann unser Volk die Probe aufs Exempel machen, um zu erkennen, welche „seiner" Zeitungen noch völlig unabhängig sind. Die Aufklärungsarbeit, die jetzt einsetzen muß, ist eine Notwendigkeit für alle, die noch wollen dürfen.

Was die gewerbsmäßige Terrainspekulation von einem glücklichen Kriege erhofft, das sprach Kommerzienrat Haberland auf der Generalversammlung der Tempelhoferfeld A.-G. für Grundstückverwertung aus, die am 2. Dezember stattfand. Er führte u. a. aus:

„Neue Bauten beabsichtige die Verwaltung nicht in Angriff zu nehmen, bevor sich die Lage übersehen lasse. Die Verwaltung könne augenblicklich im Interesse der Gesellschaft nichts Besseres tun, als die Geschäfte ruhen zu lassen. Während bei Abschluß des Geschäftsberichts von 767 Wohnungen 72 unvermietet waren, sei diese Zahl bis auf 59 gesunken, ein Zeichen dafür, daß trotz der Kriegszeit die Vermietung der Wohnungen verhältnismäßig gut vorwärts schreite. Nach siegreicher Beendigung des Krieges sei voraussichtlich ein lebhafter allgemeiner Aufschwung zu erwarten, der wiederum den Zuzug nach Berlin verstärken und eine ‚Belebung' des Wohnungsmarktes mit sich bringen werde. Nach dem Kriege dürfte auch eine Steigerung der Wohnungsmieten eintreten."

Mit Recht sagt Damaschke in Heft 24 vom 24. Dezember 1914 im Anschluß an diese für unsere Krieger fast zynisch klingenden Bemerkungen des richtigen Hausagrariers:

„Ob die Landwehrmänner, die jetzt draußen im Felde stehen, wirklich auch für dieses Ziel ihr Blut einsetzen?

Gibt es einen gewaltigeren Beweis dafür, daß die Grundrente im tiefsten Grunde ein Produkt der Gesamtheit ist, als die Tatsache, daß ihr Steigen und Fallen vom Ausgang eines Krieges abhängt?"

Der Geheime Hofrat Professor Dr. v. Gruber, der Münchener Hygieniker, sagt in seinem Vortrage über die Kolonisation zum Schluß sehr richtig:

„Die Wohnungsfrage kann nur dann gelöst werden, wenn alle, die ihre ungeheure Bedeutung erkannt haben, ihre Kräfte vereinigen. Ich füge daher die Adressen der Vereinigungen bei, die über alle Verschiedenheit politischer und konfessioneller Parteiansichten hinweg die Vaterlandsfreunde zur Erweiterung des großen Problems vereinigen wollen.

Deutscher Verein für Wohnungsreform e. V. (Verein Reichswohnungsgesetz), Frankfurt a. M., Hochstraße 23. Bund Deutscher Bodenreformer, Berlin NW 23, Lessingstraße 11. Deutsche Gartenstadtgesellschaft, Karlsruhe, Ettlingerstraße 9."

Dieser Aufzählung der drei großen Vereinigungen füge ich nur noch als ein äußerst wichtiges Glied in der Kette derjenigen, die dem Volke zu einem besseren Familienleben und zu einem besseren Gedeihen verhelfen wollen, den Verband der deutschen Baugenossenschaften (Berlin-Charlottenburg) mit einigen Hunderttausenden von Mitgliedern an, von denen bereits viele, viele Tausende im Deutschen Reiche durch die segensreiche Tätigkeit der Baugenossenschaften ihre wohnlichen, echt deutschen Heimstätten erhalten haben. *Diese Arbeiter-Baugenossenschaften arbeiten nicht mit Resolutionen, sondern nur mit der Tat, mit rein praktischer Arbeit, eben in der Herstellung von billigen, wohnlichen Heimstätten für unser Volk!*

Interessant und lehrreich ist es, im Anschluß an diesen Ausspruch eines unserer größten Hygienikers ein Wort von dem großen Sozialistenführer August Bebel zu vernehmen, der auf dem gleichen Standpunkt steht:

„Die Dezentralisation der gegenwärtig in den Großstädten und Industriezentren aufgehäuften Menschenmassen wird für die Gesundheit wie für die geistige und materielle Kulturförderung von der entscheidensten Bedeutung sein."

Und damit der Dritte im Bunde nicht fehle, sei es gestattet, ein Wort des Landrates Berthold in Blumenthal bei Bremen, dem preußischen Beamten mit dem warmen Herzen und dem Mann der Praxis und der Tat, anzufügen:

„Es ist eine Lebensfrage allerersten Ranges für unser Volk, ob es uns gelingt, die Menschenmassen, die wir im steigenden Maße in

unsere Industrie hineingeben, gesund zu erhalten. Das wirksamste Mittel zu diesem Ziele ist und bleibt nach meiner festen Überzeugung die Ansiedlung dieser Massen in Gartenstädten."

Zahlreiche Sozialpolitiker, Mitglieder unserer gesetzgebenden Körperschaften, Architekten und Beamte stehen auf dem gleichen Standpunkt.

Vor allem mögen daher diejenigen Männer, die in den gesetzgebenden Körperschaften sitzen und die Verantwortung dafür tragen, daß Recht und Gerechtigkeit immer mehr Boden gewinnt in unserem Vaterlande, altes überliefertes Unrecht als solches erkennen und endlich über Bord werfen. Mögen diese Männer sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt sein, durch die Verstaatlichung des Bodenhandels dem Bodenwucher und der Bodenspekulation endlich Einhalt zu tun, damit unser gesamtes Volk in seinen breitesten Massen wieder Wurzel fassen kann im vaterländischen Boden! Nur so werden unsere Gesetzgeber unserem Volke in Wahrheit das Vaterland aufs neue schenken, daß unsere Helden jetzt gegen eine Welt von Feinden in einer für alle Zeiten bewundernswerten, wunderherrlichen Weise verteidigt und gerettet haben! Bis aber durch Verstaatlichung des Grundstückhandels dem Bodenwucher das Handwerk gelegt und eine gründliche Bodenreform durchgeführt ist, ist es notwendig, um unserem heimkehrenden Kriegervolke in weitestem Maße die Möglichkeit zu einer gesunden Existenz zu schaffen, daß von dem Enteignungsgesetz, wo immer es sich nötig erweist, im öffentlichen Interesse vom Staate aus in umfassendster Weise Gebrauch gemacht wird. Denn welch öffentlicher Zweck könnte wichtiger und dringender sein, als der, unserm Volk nach Möglichkeit die Gelegenheit zur höchsten Regenerierung nach diesem furchtbaren Kriege und zur höchsten Machtentfaltung im Hinblick auf kommende Kämpfe zu verschaffen!

3. Kapitel:

Der Nutzen einer systematisch durchgeführten Dezentralisation unserer Städte für unsere Nation.

Leitsätze:

1. Für die Arbeiter selbst, die körperlich, geistig, sittlich und wirtschaftlich besser gedeihen würden,
2. für den Staat, der dadurch brauchbarere und ihr Vaterland um so mehr liebende Bürger gewinnen würde,
3. für die Gemeinden, die wesentliche Ersparnisse an Armenlasten, Wasserversorgung (gebohrte Brunnen!), Kanalisation (Befruchtung der Gärten durch die Brauchwässer, Fäkalienverwertung), Krankenhauskosten, Justizwesen usw. machen würden,
4. für die Industrie, die ständig mit einer gesunden, intelligenten, wesentlich zufriedeneren Arbeiterschaft rechnen dürfte,
5. für die Landwirtschaft, da das Wohnen der Industriearbeiter auf dem Lande erfahrungsgemäß am besten der sogenannten Landflucht der Arbeiter entgegenwirkt,
6. für die Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose, der venerischen Krankheiten, sowie der übrigen Volksseuchen,
7. für die Reinhaltung der deutschen Gewässer infolge der Dezentralisation der Abfuhr,
8. für die Landesverteidigung, da auf diese Weise die Gesundheit einer ländlichen Bevölkerung mit der Intelligenz einer industriellen gepart würde, und mit Sicherheit auf eine erhöhte Zunahme der Geburten gerechnet werden dürfte.
9. Die Verwaltung dieser Gemeinden gut bezahlter Industriearbeiter dürfte kaum so großen Schwierigkeiten begegnen, wie diejenige von ländlichen Gemeinden mit kleinen bäuerlichen Besitzungen auf magerem oder mittlerem Boden, auf jeden Fall aber bei weitem weniger Kosten verursachen, als die Verwaltung unserer modernen Städte, insbesondere unserer ständig wachsenden Großstädte.
10. Die zu schaffenden Verkehrsmittel und -wege würden sich durch den lebhaften Verkehr gut rentieren. Anderseits wird erfahrungsgemäß der Arbeiter das Fahrgeld gern zahlen wegen der übrigen Erleichterungen und Verbesserungen seiner wirtschaftlichen Lage.
11. Die Richtigkeit dieser Sätze ist bereits an so vielen Orten in Deutschland, England, Amerika, Belgien, Holland usw. seit Jahrzehnten er-

probt, daß es wahrhaftig Zeit wird, daß sie zum Allgemeingut unserer Staatsbehörden, Städteverwaltungen und unserer Industriellen wie ihrer Arbeiterschaften werden, zum Segen aller Beteiligten, wie des gesamten Vaterlandes.

12. Nur auf diese Weise würde es möglich sein, unseren Kriegern, die aus dem Felde heimkehren und sich nach einem wirklich deutschen Heim sehnen, diese Sehnsucht zu erfüllen und ihnen so den Dank des Vaterlandes abzustatten.

* * *

Der Nutzen, den eine Wohnungsreform nach diesen Vorschlägen, die seit Jahrzehnten in steigendem Maße die besten Kreise unseres Volkes erfüllen, schaffen würde, ist so übergroß, daß er sich nur sehr schwer in Worte fassen läßt. Alle die Gefahren, die das zusammengepferchte Leben der Menschen in den Mietskasernen, den Gängevierteln, in den engen Straßen und Höfen der Großstädte mit sich bringt, habe ich ausführlich im ersten Kapitel meiner Arbeit geschildert. *Sie fallen von selbst fort, wenn wir unser Volk erst wieder in lebendigen Zusammenhang mit der Natur, mit dem Erdboden bringen, aus dem es ursprünglich entsprossen ist.*

Man nehme eine degenerierte und proletarisierte Familie und setze sie, wie ich es nicht einmal, sondern mehrfach getan habe, aufs Land; mache den Familienvater nüchtern, gebe ihm ein Haus mit Schweinestall und Garten, und der nämliche Mann wird bei der gleichen Fabrikarbeit, bei dem gleichen Lohn, bei den gleichen Ausgaben für Miete in wenigen Jahren ein vollständig anderer Mensch sein. Besaßen die Leute, als sie aus der Stadt herauszogen aufs Land, nur ein bis zwei blasse, skrofulöse Kinder — drei, vier andere sind ihnen vielleicht in der Stadt gestorben —, so mag man sicher sein, daß in den meisten Fällen, nach fünf bis sechs Jahren in der nämlichen Familie drei, vier bis fünf dicke rotwangige Kinder zu finden sind. Hier liegt der Schlüssel zu der Frage über die erschreckende Abnahme der Geburten auch in unserem Volke, *der wir nur auf die einzig wirksame Weise begegnen können: durch eine durchgreifende Verbesserung des Wohnungswesens.* Hier liegt gleichzeitig aber auch neben einer systematischen Aufklärung in den Schulen über die Gefahr der Trinksitten, neben einer zeitig festgesetzten Polizeistunde, eine den Branntweinausschank langsam aber sicher erdrosselnden Branntweinsteuer und einer Erhöhung der Malzsteuer, das wirksamste Mittel, um dem Alkoholismus in unserer Nation zu begegnen. Hier liegt neben der

Schaffung von genügend zahlreichen Lungen- und Lupusheilstätten, um die Ansteckungsherde in unserem Volke zu isolieren, das glänzendste Mittel, um die Tuberkulose zu bekämpfen. Nach dem Urteil unserer besten Hygieniker, ich nenne vor allen Dingen unseren großen Robert Koch, wie schon oben erwähnt, ist die Tuberkulose vorzugsweise eine Wohnungskrankheit, deren Pilz vor allem diejenigen befällt, die entweder durch eigenen Alkoholmißbrauch oder durch den ihrer Erzeuger in ihrer Konstitution bereits geschwächt waren. Diese Lösung der Wohnungsfrage durch die Dezentralisation unserer Städte und Schaffung möglichst vieler Heimstätten in Einzelhäusern mit eigenem Garten, würde aber gleichzeitig das großartigste Mittel gegen die Prostitution und gegen das Heer der Geschlechtskrankheiten sein, weil unsere jungen Männer sehr bald die Freude am behaglichen Heim höher schätzen würden, als das Herumbummeln in den großen städtischen Vergnügungslokalen, Animierkneipen und Bordellen, weil sie durch ihre kleine Landwirtschaft sehr ausgiebig schon eine derartige Ergänzung ihres Arbeitslohnes finden würden, daß sie schon frühzeitig in den Stand gesetzt würden mit der Erkorenen ihres Herzens die Ehe einzugehen, um ohne Angst und Sorge vor kinderfeindlichen Hausbesitzern, einer zahlreichen Nachkommenschaft das Leben zu schenken. Auf diese Weise würde der Staat, das Vaterland im Laufe einer Generation in ungeahnter Weise erstarken durch den Zuwachs an starken, gesunden, in jeder Beziehung brauchbaren und ihr Vaterland und ihre Heimat liebenden Bürgern. Die Gemeinden würden eine Ersparnis an Armenlasten, Krankenhaus- und Gefängnisunkosten erleben, von der sie sich heute kaum etwas träumen lassen. Ich entnehme dem hochbedeutsamen Vortrage des Grafen Posadowsky über die Wohnungsfrage als Kulturproblem (München) 1910, Verlag von Ernst Reinhardt) folgende Worte:

„Der verdiente Generalsekretär des deutschen Vereins für Wohnungsreform Dr. R. v. Mangoldt führt in seinem wertvollen Buche über die städtische Bodenfrage folgende Stelle aus einer in Glasgow gehaltenen Rede des verstorbenen englischen Premierministers Sir Campbell-Bannermann an: . . . Nach und nach sind wir zur Anerkennung der Tatsache gekommen, daß die Zusammendrängung menschlicher Wesen in dichten Massen einen Zustand der Dinge bedeutet, der wider die Natur ist, und daß, wenn nicht eine machtvolle, in entgegengesetzter Richtung wirkende Tätigkeit herbeigeführt wird, das Ende die leidvolle und allmähliche Vernichtung der Massen der Bevölkerung sein muß. Und warum? Wir befinden uns auf dem harten Boden physischer Tatsachen. Die Antwort ist, daß, wenn die

Macht der Luft und des Bodens der Aufgabe nicht entsprechend ist, die auf sie gewälzt wird, die Luft und der Boden sich selber rächen werden. Hier und anderwärts haben Sie heute das Schauspiel von unzähligen Tausenden unserer Landsleute und in noch viel größerer Zahl von Kindern, welche vor Hunger nach Luft und Raum und Sonnenschein, also nach denjenigen Elementen, welche so recht eigentlich ein gesundes und glückliches Leben möglich machen, umkommen. Das ist eine Betrachtung des städtischen Lebens, die allmählich in Herz, Verstand und Gewissen unseres Volkes heimisch wird. Diese Betrachtung ist so schrecklich, daß sie nicht abgewiesen werden kann. Was sind unser Reichtum, unsere Gelehrsamkeit und die feinste Blüte unserer Zivilisation, unsere Verfassung und unsere politischen Theorien — was sind sie anders als Staub und Asche, wenn die Männer und Frauen, durch deren Arbeit die ganze gesellschaftliche Unternehmung aufrecht erhalten wird, dazu verurteilt sind, zu leben und zu sterben in Dunkelheit und Elend auf dem Boden unserer größten Städte?"

Welcher aufrichtige Volksfreund würde diesen Ausführungen nicht von ganzem Herzen zustimmen? Wir sollten uns auch in Deutschland hüten technischen Fortschritt an sich schon für Kulturfortschritt zu halten: *technischer Fortschritt kann immer nur ein Mittel, einen Pfadfinder auch für sittlichen Fortschritt bedeuten.*

Als mich der Vorsitzende Ihres geschäftsführenden Ausschusses, Herr Professor Dr. v. Gruber, aufforderte nach München zu kommen, um über die Wohnungsfrage zu sprechen, begründete er diesen Wunsch mit dem Gedanken, daß es gut sei, wenn Männer aus dem Norden hierher kämen, um den Beweis zu führen, daß auch ein konservativer Staatsmann Verständnis und Herz für das Volkswohl haben kann.

Ich meine, soziale Fürsorge für die minderbemittelten Volksklassen ist eine Pflicht aller Parteien, und soll und darf nicht das Monopol einer einzelnen Gruppe sein. Konservativ sein heißt auch, nicht die Interessen und die Überlieferungen einer einzelnen Gesellschaftsklasse dauernd festlegen; konservativ sein im staatsmännischen Sinne heißt vielmehr den Staat und die Gesellschaft entsprechend den Anforderungen und Bedürfnissen der Zeit organisch fortentwickeln, damit allen Klassen der Bevölkerung die Überzeugung erhalten bleibt, daß der geschichtlich gewordene Staat nicht nur eine innere Notwendigkeit, sondern auch die höchste Wohltat für alle Gesellschaftsklassen ist. Eine Politik, die dahin strebt, allen Gesellschaftsklassen den bestehenden Staat als das höchste Besitztum des Volkes wert zu machen, die wird auch die Liebe zum Vaterlande und zur Heimat stärken, die schließlich doch die tiefste Wurzel jeder Großstadt in der Geschichte der Völker ist."

Dr. Ing. Unglaub, Regierungsbaumeister, sagte in Heft 8, Band 4 der „Mitteilungen des Landesvereins sächsischer Heimatschutz", Dresden, in einer Arbeit „Industrie und Arbeiterwohnung" mit Recht: „Was lehren uns diese Berechnungen?

Sie führen zu der Erkenntnis, daß bei dem mehrgeschossigen Miethaus für 1 qm Nutzfläche mehr kubische Massen bei höheren Einheitssätzen aufgewendet werden müssen, als bei der niedrigen Kleinhaus-Bauweise. Und ganz allgemein kann man sagen, daß die Mietaufwendungen für Kleinwohnungen um so höher ausfallen, je mehr die Gebäude städtischen Charakter annehmen und von städtischen Anschauungen, besonders hinsichtlich der Höhe, beeinflußt werden. Aber sie zeigen auch, was in den Arbeiten der Bauberatungsstelle des Landesvereins in Wort und Schrift betont wird: daß nämlich die Schlichtheit und Natürlichkeit im Grundriß und Aufbau, die zweifellos den Einfamilienhäusern in besonderem Maße eigen und die ein Kennzeichen unserer alten Bauten sind, auch heute noch einen wesentlichen Einfluß auf die aufzuwendenden Baukosten ausüben. Wir können deshalb auch in rein wirtschaftlicher Hinsicht gar nichts Besseres tun, als die überlieferte ländliche Bau- und Siedelungsweise zu pflegen, das heißt, wahren Heimatschutz zu treiben. Nicht nur im Interesse einzelner, sondern zur Wohlfahrt der Gesamtheit, an der alle, Reich und Staat, Gemeinde und jeder einzelne, und in besonderem Maße die Industrie bei den Siedelungen für ihre Arbeiter mitwirken müssen. Nur durch die Mitarbeit aller kann das Wohnungsproblem gelöst werden, über das Se. Exzellenz der Herr Staatsminister Graf Vitztum von Eckstädt gelegentlich der letzten Landtagsverhandlungen die bedeutungsvollen Worte sprach: Selbst wenn nachgewiesen wäre, daß das Massenmiethaus — allgemein genommen — wirtschaftlicher wäre als der Kleinhausbau, so müßte aus wohlerwogenen Gründen der Volkswohlfahrt das letztere doch, wo auch immer angängig, bevorzugt werden. Was bedeutet die Bevorzugung des Kleinhausbaues, die Verminderung der Wohndichtigkeit, denn anderes als eine Gesundung und Kräftigung unseres Nachwuchses, die Erhaltung einer an Geist und Körper gesunden werktätigen Bevölkerung, was anderes als die Erhaltung der Volkskraft überhaupt? Was noch vor kaum einem Jahrzehnt nur wenigen überzeugund klar war, ist heute in seiner Wucht und Größe Gemeingut aller um das Wohl der Nation Besorgten. Die Lösung der Wohnungsfrage ist mehr als je eine Frage der Stärkung, der Erhaltung unseres Geschlechts! Von diesem Standpunkte aus wird die erstrebenswerteste Wohnungsweise immer diejenige bleiben, die ein ungesundes, friedenstörendes Zusammenhäufen von Menschen auf kleine Baustellen vermeidet und die das Fa-

milienleben wieder in Fühlung mit der Natur zu bringen sucht!"

Die Frage: ob Erwerbshaus oder Miethaus, möchte ich, nachdem ich jetzt über 15 Jahre den Bauverein der Elbgemeinden geleitet habe, dahin beantworten, daß beide Formen für den genossenschaftlichen Zweck nicht die Höhe der Lösung bedeuten; das Erwerbshaus deswegen nicht, weil im Falle des Wegzuges oder des Ablebens des Eigentümers oder bei veränderter Vermögenslage die Frage auftauchen könnte oder, wie die Erfahrungen in anderen Baugenossenschaften gelehrt haben, sehr bald aktuell wird für den Eigentümer oder dessen Erben: Welches Geschäft läßt sich beim Verkauf unseres Hauses erzielen? Damit wird sofort der gemeinnützige Zweck für dieses Haus in Frage gestellt, und alle selbstlose und mühevolle Arbeit derjenigen, die das genossenschaftliche Unternehmen als ein gemeinnütziges in das Leben gerufen haben, würde dann nur dazu dienen, dem einzelnen auf dem Wege der Spekulation einen Vorteil zu verschaffen. Hiergegen kann sich freilich die Genossenschaft in gewisser Weise schützen, wenn sie sich, wie unsere Genossenschaft es getan hat, satzungsgemäß bei der Übergabe eines Grundstückes an einen Käufer aus dem Kreise der Genossenschafter das Vorkaufsrecht eintragen läßt. Indessen ist auch dieser Schutz kein absoluter gegen Spekulation beim Verkauf, da den abschließenden Parteien immer noch die Hintertür der heimlichen, freilich rechtswidrigen Abmachung offen steht.

Aber auch das reine Mietsverhältnis entspricht nicht dem Ideal unserer gemeinnützigen Unternehmungen, weil damit dem Wunsch und dem Bedürfnis des Deutschen, tunlichst eine eigene Scholle zu besitzen, nicht genügend Rechnung getragen wird. Die Bodenständigkeit wird durch das reine Mietsverhältnis nicht genügend gefördert. Wir haben in unserer Genossenschaft, wie es auch wohl in den meisten Genossenschaften der Fall sein wird, dieses reine Mietsverhältnis dadurch dem Empfinden des Volkes näher gebracht, daß der Mieter nicht gekündigt werden kann, wenn er seinen Verpflichtungen nachkommt, und daß, wenn seine Erben den Besitz weiterzuführen wünschen, sie durch die einfache Erklärung hierüber in die vollen Rechte des Verstorbenen eintreten: Ein Verhältnis, wie es wohl am besten durch den Begriff der Erbpacht zu bezeichnen ist.

Würde ich noch einmal eine gemeinnützige Genossenschaft gründen, so würde ich weder von Verkaufshäusern noch Miethäusern in den Statuten die Rede sein lassen, sondern lediglich von dem System der „Erbpacht".

Das Erwerbshaus hat für unsere heutigen Zeiten die Schwierigkeit, daß es nicht so leicht aufzugeben ist. Hierin müssen wir den Zeitläufen Rechnung

tragen, so sehr auch eine größere Bodenständigkeit bei unserer Bevölkerung wünschenswert erscheinen dürfte. Allein es ist unvermeidlich, daß bei Streiks und Aussperrungen, bei dem Wechsel der Konjunkturen, bei Eröffnung neuer Industrien und sonstiger Erwerbsmöglichkeiten Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte tunlichst schnell ihren Wohnsitz wechseln müssen. Bei der Vergebung der Wohnungen als Erwerbshaus entstehen hierbei größere Kosten und Schwierigkeiten. Die Erbpacht dagegen würde fast völlig dem entsprechen, was sich in unserer Baugenossenschaft als unkündbares Mietsverhältnis mit Übertragbarkeit auf die Erben als höchst zweckmäßig erwiesen hat, — unkündbar, natürlich unter der Voraussetzung, daß der Mieter oder Erbpächter seinen Verpflichtungen nachkommt.

Wer sich weiter über die Frage Kleinhaus oder Miethaus unterrichten will, den verweise ich auf das Referat über diesen Gegenstand von Professor Dr. Fuchs, Tübingen.

Neuerdings wird der Kampf gegen die Wohnkaserne nicht nur mit Vorträgen, sondern vor allen durch die Tat geführt, durch Schaffung von Gartenstadtanlagen, die in hygienischer und sozialer Beziehung berufen sind, dem Heimatsgefühl unseres deutschen Volkes einen neuen, starken Wurzelboden zu bieten. Ich weise nur auf folgende Neugründungen von deutschen Gartenstädten hin: Hellerau, Rüppurr, Hüttenau, Stockfeld, Wandsbek, Gronauerwald, und auf die neuerdings bei Bahrenfeld-Altona entstandene Gartenstadtkolonie, wo jeder, der Interesse für die Frage hat, Mustergültiges zu schauen Gelegenheit hat. Mit Recht sagt Obermedizinalrat Professor Dr. M. v. Gruber: „Unser heutiges Wohnkasernensystem bedeutet die Verengerung des äußeren Lebensraumes noch hinzu zur Verengerung des Wohrraumes in einem Maße, das zur Verkümmerung unserer leiblichen und geistigen Kräfte führen muß." Wenn man diese Gartenstädte sieht, so wird einem ohne weiteres klar werden, daß hier tatsächlich, ebenso wie in unseren ländlichen Baugenossenschaften ein neues deutsches Volkstum heranwächst. Von welcher sozialen und hygienischen Bedeutung unsere Arbeiter-Baugenossenschaften sind, das möge nachstehender Bericht über die Erfolge in unserem Bauverein der Elbgemeinden dartun.

Auf Anregung des Vorsitzenden des Verbandes Schleswig-Holsteiner Baugenossenschaften, Herrn Landesrat Hansen in Kiel, der bei den Baugenossenschaften eine Umfrage herumschickte über die Haltung von Kleinvieh, Anpflanzung von Obstbäumen und die Verwertung der etwaigen landwirtschaftlichen Produkte, haben wir von dem Vorstand des Bauvereins der Elbgemeinden E. G. m. b. H. aus folgende Anfrage bei den 125 Einwohnern unserer Häuser im Mai d. J. herumgesandt:

„Um die Ziele der Arbeiterbauvereine zu fördern, bitten wir unsere Genossen um tunlichst umgehende Beantwortung der umstehenden Fragen. Es handelt sich darum, gerade kinderreichen Familien Heimstätten mit Stallung für Kleinviehhaltung und Gärten zu verschaffen. Wir bitten daher freundlichst um Ihre gefl. Mitarbeit und hoffen aus der schnellen Beantwortung unserer Anfrage auch Förderung unseres Bauvereins und eventuell Erleichterungen für unsere Genossen. Wir bitten hinter unsere Fragen kurz die betreffenden Antworten zu schreiben und uns die Karte schleunigst wieder zuzusenden."

Die Fragen, um die es sich handelte, waren folgende:

Seit wann wohnen Sie in der Baugenossenschaftswohnung?

Wieviel Kinder haben Sie?

Sind die Kinder gesund?

Wieviel Kinder sind gestorben?

a) in Ihrer früheren Wohnung?

b) in der jetzigen Wohnung?

Wie viele Schweine haben Sie?	Verkaufen Sie Schweine?
Schafe	Gemüse?
Enten	Hühner?
Obstbäume	Früchte?
Ziegen	Früchte?
Hühner	Halten Sie Bienen?

Die Antworten, die darauf eingingen, ergaben folgendes Resultat:

Ort	Familie	Kinder	Schweine	Ziegen	Hühner	Gänse Enten	Obstbäume	Verkaufte Schweine	Zahl der Familien, die Früchte, Gemüse u. Eier verkaufen
Gr. Flottbek	63	252	123	12	714	8	360	6	5
Nienstedten	12	32	11	—	108	2	109	2	3
Sülldorf	6	29	12	—	77	—	62	3	4/3
Rissen	1	7	3	—	18	—	—	1	1
Osdorf	2	10	3	—	—	—	—	—	—
Dockenhuden	41	172	83	3	383	22	347	5	2/1
Sa.	125	502	235	15	1300	32	878	17	19

An Grund- und Gebäudesteuern für die im Besitze des Bauvereins verbliebenen Häuser werden gezahlt:

in Gr. Flottbek	M. 1660.—	für	Hof-	und	Gartenland:	20 428 qm
„ Nienstedten	„ 165.—	„	„	„	„	2 746 „
„ Sülldorf	„ 30.—	„	„	„	„	1 253 „
„ Rissen	„ 6.—	„	„	„	„	647 „
„ Osdorf	„ 30.—	„	„	„	„	653 „
„ Dockenhuden	„ 644.—	„	„	„	„	17 906 „
	M. 2535.—					43 713 qm

Im Durchschnitt der Miete und Eigentümer ergibt unsere kleine Statistik auf die Familie:

Ort	Kinder	Schweine	Hühner	Obstbäume	Grund- u. Gebäudesteuern	qm
					ℳ	
Gr. Flottbek . .	4	2	11	6	27.—	330
Nienstedten . .	3	1	9	9	13.—	228
Sülldorf . . .	4	2	12	10	15.—	761
Osdorf* . . .	5	1	—	—	15.—	326
Dockenhuden . .	4	2	9	8—9	22.—	484
Rissen	7	3	18	—	6.—	647

* Land zugepachtet.

Hierbei ist lehrreich und interessant, wie sich zum Teil schon aus diesen geringen Ziffern ergibt, daß, je größer der Garten, desto mehr Schweine und Hühner usw. gehalten werden, und desto mehr Kinder vorhanden sind, eine Erfahrung, die sich mit meinen jetzt fast 30jährigen Beobachtungen, auch in den nicht zum Bauverein gehörenden Familien, als Arzt in hiesiger Gegend deckt. Wenn unsere deutsche Bevölkerung nur so viel Land besitzt, daß sie über die gröbsten Nahrungssorgen heraus ist, und die Leute im Winter 1—2 Schweine im Stalle und genügend Kartoffeln und Rüben im Keller haben, um selbst einer Arbeitslosigkeit von mehreren Wochen oder Monaten im Winter entgegensehen zu können, so meldet sich sofort nicht nur der gesunde Drang, Kindern das Leben zu schenken bei Frau und Mann, sondern gleichzeitig ist auch das Gedeihen dieser Kinder absolut sicher gestellt.

Von dem ausgezeichneten Gesundheitszustand der Bewohner in unseren Baugenossenschaftswohnungen kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß innerhalb der 13 Jahre, die die Baugenossenschaft jetzt besteht, unter den 125 Familien mit 502 noch lebenden Kindern im ganzen nur 23 Todesfälle unter den Kindern vorgekommen sind, während unter den sämtlichen Familien in den früheren Wohnungen 90 Kinder starben.

Dieser gute Gesundheitszustand ist sowohl die Folge des reichlichen Aufenthaltes, besonders der Kinder, in der frischen Luft, als auch die Folge der gesteigerten Ernährung durch die selbstgezüchteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und, was wohl zu beachten ist, auch als Folge des verringerten Alkoholkonsums der Väter anzusehen.

Diese 125 Familien haben wir mit unserem kleinen Bauverein angesiedelt innerhalb der teuersten Villengegend von ganz Hamburg-Altona; sie kosten dem Staate nicht mehr Geld, als jeder andere Einwohner Deutschlands auch; eher weniger, da in diesen 13 Jahren keiner unserer 125 Genossen dem Staate weder durch Freiheitsstrafen, noch durch Armenunterstützung Unkosten verursacht hat. Wir verzinsen unsere 463 000 Mark, die wir durch das Entgegenkommen der Landesversicherungsanstalt erhalten haben, prompt auf den Termin; wir haben von diesen 463 000 Mark bereits in 12 Jahren 46 000 Mark zurückgezahlt. Wir verzinsen unsere 77 000 Mark Privathypotheken mit 4—4½ Prozent. So empfangen wir keine Wohltaten, sondern es ist ein sicheres, reines und gutes Geschäft. Desgleichen werden die übrigen Anleihen und unsere zum Teil recht erheblichen Bankschulden prompt verzinst, da unsere Verwaltung sparsam und die Miete darnach berechnet ist. Es ist also der Beweis geliefert, daß sich selbst innerhalb der teuersten Villengegend ein sozial, hygienisch und volkswirtschaftlich so hoch nützliches Unternehmen wie ein Arbeiter-Bauverein gut rentiert, und ich glaube, wir haben mit dieser Statistik den Beweis geliefert, von welcher ganz außerordentlich hygienischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung es sein würde, wenn die Regierung sich entschließen könnte, mit Hilfe unserer modernen Verkehrsmittel und mit Hilfe strenger Bauordnungen nach ländlichem System unsere Arbeiterschaft in den Großstädten im Laufe der nächsten Jahre nach Möglichkeit zu dezentralisieren, um unser Volk und unsere Nation gesund und kräftig zu erhalten.

Zu den gleichen günstigen Erfahrungen über die in ländlichen Baugenossenschaften Angesiedelten Industriearbeiter in sozialer, hygienischer und nationalökonomischer Hinsicht kommt Landrat Berthold-Blumenthal. Derselbe äußerte sich am 11. April 1915 auf dem Verbandstag der deutschen Baugenossenschaften in Altona folgendermaßen:

„Ich will offen bekennen, daß ich früher mir schwere Gedanken gemacht habe darüber, wie unsere Baugenossenschaften bestehen würden, wenn die große Prüfung einer Weltkatastrophe über sie käme. Jetzt dürfen wir frohen Herzens sagen, daß alles in allem gerechnet das Gefüge der Baugenossenschaften dem Stoß standgehalten hat, daß in der Erschütterung des Weltkrieges ihre Liquidität im wesentlichen gewahrt geblieben ist und daß

die große Masse der Genossen in hocherfreulicher Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit gegen die Genossenschaft getan hat. Ich lege namentlich Wert darauf, auszusprechen, daß die Befürchtungen, welche ich in bezug auf die Liquidität der mit großen Spareinlagen arbeitenden Baugenossenschaften gehegt hatte, durch die Vorgänge des vergangenen Jahres nicht bestätigt worden sind."

Er sagt dann weiter:

„Wir haben durch eine Anzahl von Ermittlungen festgestellt, daß der wirtschaftliche Vorteil dieser Land- und Viehwirtschaft, mag sie noch so klein sein, doch ein verhältnismäßig beträchtlicher ist. Die Bestellung des Landes und die Wartung des Viehes in der Freizeit, welche für die Leute nicht so sehr eine Arbeit als eine Erholung und ein gesundes Gegengewicht gegen die Tätigkeit in der Fabrik bildet, und die Verwertung aller Reste und Abfälle, die der Haushalt abwirft, sowie allen im Hause erzeugten Düngers, ergeben volkswirtschaftliche Werte, die sonst überhaupt nicht in die Erscheinung treten würden. Vergleicht man die Selbstkosten, die der kleine Land- und Viehwirtschaftsbetrieb erfordert, mit den Preisen, welche der Arbeiter für Kartoffeln, Gemüse, Milch und die vom Schwein gewonnene Ware sonst an den Händler und Schlächter zahlen muß, so ergibt sich ein Vorteil, der nach der Größe des Landes, sowie nach dem Fleiß und der Geschicklichkeit der Familie und nach den Verhältnissen der betreffenden Ortschaft sich zwischen 100 und 250 Mark hält; ein reiner Gewinn, der die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie nicht unwesentlich verbessert und in vielen Fällen das Sparen möglich macht."

Sehr richtig ist, was Landrat Berthold in bezug auf die Kinderzahl in diesen ländlichen Heimstätten sagt:

„Für den Arbeiter auf dem platten Lande sind die Kinder ein werbendes Kapital. Sie können von ganz klein auf in der Landwirtschaft mit helfen und nützlich sein. Für den städtischen und gewerblichen Arbeiter sind die Kinder ein zehrendes Kapital. Bei der halbländlichen Ansiedlung der gewerblichen Arbeiter ist nach so vielen Richtungen hin die Möglichkeit gegeben, daß das Kind selbst in der Zwerglandwirtschaft und Zwergviehwirtschaft Hilfe leistet und sich nützlich macht, daß solche Arbeiterfamilien sich den Luxus des Kinderreichtums schon eher erlauben können. Tatsächlich haben die Erhebungen, die bei uns in der Frage des Geburtenrückganges angestellt wurden, einwandfrei den Nachweis erbracht, daß in unseren Industrieorten die Geburtenziffer nicht wie in den Städten im Rückgange begriffen war, sondern sich gehalten hatte, stellenweise sogar — da, wo die gewerblichen Arbeiter auf größerem Besitz hatten angesiedelt werden können

— eher gewachsen war. Wenn unser Volk nach Beendigung dieses Weltkrieges die Lücken, welche die furchtbaren Verluste reißen, durch jungen Nachwuchs füllen soll, werden dabei die Teile unseres Volkes, denen die Kinder werbendes Kapital sind, besser mithelfen als die Teile, denen sie zehrendes Kapital sind.

Ich möchte hierin die tiefste und segensreichste Wirkung der ländlichen oder halbländlichen Ansiedlung unserer gewerblichen Arbeiter erblicken."

Es ist klar, daß eine derartige körperlich, geistig, sittlich und wirtschaftlich gesunde Arbeiterschaft *ganz besonders unserer Industrie* nicht nur eine körperlich gesunde, nicht nur eine intelligente, sondern auch *zufriedene* Arbeiterschaft bieten wird. Warum eine Arbeiterschaft, die in den Mietskasernen der Großstädte zusammengepfercht ist, trotz der steigenden Erhöhung der Löhne dauernd unzufrieden bleiben muß, habe ich im ersten Kapitel gezeigt. Wenn die Arbeiterschaft in unseren ländlichen Bauvereinen zu einem großen Teil doch noch zur sozialdemokratischen Partei, d. h. der Partei, der mit den bestehenden Verhältnissen Unzufriedenen gehört, trotzdem die Bewohner unserer Baugenossenschaftshäuser oft genug ausdrücklich erklärten, mit ihrem Lose völlig zufrieden zu sein, so erklärten sie anderseits auf die Frage, warum sie dennoch der Partei der Unzufriedenen angehörten, übereinstimmend: „*Nicht für uns, sondern für die Hunderttausende, die in den Mietkasernen und Massenquartieren der Großstädte ein freudloses Dasein führen*, und auch diesen zu helfen zu einem menschenwürdigen Dasein". Es erübrigt sich, diesem Standpunkt, der von einem beachtenswerten Adel der Gesinnung zeugt, ein Wort hinzuzufügen.

Aber auch die Landwirtschaft wird durch die hier skizzierte Dezentralisation unserer Städte nur gewinnen. Denn aus dem Kreise dieser mit ihrer eigenen kleinen Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter werden ihr zahlreiche Hände für ihre landwirtschaftlichen Arbeiten zuwachsen, die eben keine Neigung und Lust verspüren, in der Industrie oder in sonstigen städtischen Gewerben zu schaffen. Der Landflucht der Arbeiter wird auf diese Weise besser und gründlicher entgegengewirkt werden, wie es je möglich wäre durch eine reaktionäre Beschränkung der Freizügigkeit, wenn eine solche überhaupt noch möglich wäre. Dabei wächst die Bedeutung der Landarbeiterfrage von Jahr zu Jahr. Die Leutenot ist längst nicht mehr eine Plage der Großgrundbesitzer, sondern bereits eine drückende Not geworden auch für den mittleren und kleinen Bauernstand. *So ist jedes Unternehmen, das den Arbeiter aufs neue dem Landleben erhält, eine wesentliche Förderung zur Erhaltung unseres deutschen Bauern-*

standes und ein Mittel gegen die Überschwemmung unseres Landes mit fremdrassigen Wanderarbeitern.

Aber noch eine weitere größere Bedeutung würde dieser Dezentralisation unserer Städte durch die Gartenstadt und Baugenossenschaftsbewegung zukommen.

Eine der wichtigsten, kulturell bedeutungsvollsten Bewegungen der Gegenwart, die nicht nur die Lösung der Wohnungsfrage, sondern gleichzeitig in des Wortes tiefster Bedeutung den mit Recht heutzutage so eifrig gehegten „Heimatschutz" in sich schließt, ist ohne Zweifel die heutige Gartenstadtbewegung. Wirken doch die rapide anwachsenden Großstädte mit ihren polypenartig in ihrem Umkreise sich ausdehnenden Vororten durch ihre Mietkasernen und Hinterhausbauten geradezu vernichtend nicht nur auf das Bild der Heimat, sondern auch gerade durch die Zerstörung des Heimatbildes auf den Heimatsinn ihrer Bewohner und damit auf die Vaterlandsliebe.

Während in alter Zeit jede einzelne Stadt ihr ureigenstes Gepräge hatte, ist es in den letzten ein bis zwei Menschenaltern dahin gekommen, daß die deutschen Städte durch die schauderhafte Bauart ihrer neu hinzukommenden Vororte eine der anderen fast völlig gleichen, charakterlos in ihrem Äußern, tödlich für das Innenleben der Menschen, gleichzeitig aber auch durch die Anhäufung der Schornsteine die Luft verpestend und durch die Mengen der Abwässer, zumeist mit den Fäkaljauchen ihrer zusammengedrängten Bewohner verunreinigt, die Flüsse verseuchend.

In diese Verhältnisse unserer wachsenden Städte griffen zu Ende des vorigen Jahrhunderts die eben erwähnte Gartenstadtbewegung sowohl, wie die ländlichen Baugenossenschaften befreiend ein, befreiend für das Gemüt und den Geist der Menschen, die in diesen Gartenstädten wohnen, das Bild der Heimat nach Möglichkeit erhaltend, sich einfügend in Tal und Hügel, dort, wo früher Feld oder Wald war, das Land neu schmückend mit freundlichen Heimstätten und schmucken Gärten, und wie eine Erlösung wirkend für zahlreiche Aufgaben von Hygiene und für soziale Probleme, die die heutigen Großstädte durch die Anhäufung der Menschenmassen mit sich bringen.

So birgt die Gartenstadt- und Baugenossenschaftsbewegung, darin besteht kein Zweifel, in sich eine Fülle von kulturellen, volkswirtschaftlichen und hygienischen Werten. Insbesondere trifft dieses zu in einer Frage, in welcher ihr gerade von Seiten der Behörden außerordentlich oft die größten Schwierigkeiten entgegengestellt werden, eine Frage, zu deren Lösung beizutragen aber gerade die Gartenstadtbewegung infolge der durch sie bedingten Dezen-

tralisierung der Bevölkerung berufen ist, wie kaum irgendeine andere der modernen sozialen und hygienischen Bestrebungen, das ist: die Reinhaltung unserer Gewässer.

Daß die Behörden den Gartenstadt-Gesellschaften und Baugenossenschaften häufig so viele Schwierigkeiten in bezug auf diesen Punkt entgegenbringen, beruht erstens auf dem zurzeit noch herrschenden Dogma, daß die größte Hygiene darin bestände, die Fäkalien der Menschen nicht nur auf das schnellste aus den Wohnungen, sondern auch aus dem Weichbild der Ansiedlungen herauszuschaffen. Dieser Satz ist, insbesondere für unsere heutigen Großstädte, an sich theoretisch ja gewiß richtig, wenn ihm nicht die in Deutschland bis in die Neuzeit so außerordentlich oft vernachlässigte Frage entgegenstände: Was wird aus diesen Fäkalien, die auf diese sogenannte „schnellste Weise", mit der man sich gewöhnt hat die Schwemmkanalisation zu begründen, aus dem Weichbild der Ansiedlungen herausgeschafft werden?

Wenn man die Flußgebiete Deutschlands auf diese Frage hin prüft, so wird man in der Tat entsetzt sein, die Antwort zu erhalten, die lautet: Beinahe die sämtlichen größeren und kleineren Flüsse Deutschlands sind heutzutage bereits derartig verseucht und verpestet, daß sie zu menschlichem und wirtschaftlichem Gebrauch fast nicht mehr zu verwerten sind.

Ein zweites Dogma der modernen Hygiene, das dazu beitrug, die deutschen Flüsse größtenteils — man kann es nicht anders nennen — in Kloaken umzuwandeln, war der Lehrsatz, der an die Pettenkofersche Entdeckung von der — den natürlichen Verunreinigungen gegenüber sicher bestehenden — biologischen Selbstreinigung der Flüsse zum Teil mit, zum Teil ohne seine Schuld geknüpft war; daß die Flüsse durch eben diese Selbstreinigungskraft imstande seien, noch bei 15facher Verdünnung die Kloakenabwässer der Städte zu verdauen.

Ein drittes Dogma, welches desgleichen dazu beitrug, diese unglaublichen Zustände herbeizuführen, war der Lehrsatz, der sich mit einer gewissen Scheinlogik aus den beiden ersten ergab, daß die Städte, da die Flüsse nun doch einmal verpestet seien, notwendigerweise zur Grundwasserversorgung übergehen müßten.

Zwei gewaltige Mächte waren es und sind es noch heute, denen wie ich schon eingangs erwähnte, diese drei Dogmen nicht nur ihre Entstehung, sondern auch ihre scheinbare Berechtigung verdanken: das rapide Anwachsen der Städte, die wie mit einem unsichtbaren Magneten die Menschenmassen aus dem Lande zu sich heranziehen und in sich aufhäufen, sodann die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands.

Ich habe zu Beginn vorigen Jahres in meinem Buche über „Die Klagen der deutschen Binnenfischer über die zunehmende Verunreinigung unserer Gewässer" auf Grund zweier Rundfragen bei sämtlichen deutschen Fischerei-Vereinen und auf Grund einer zehnjährigen Sammlung der Berichte über Fischsterben in der Tages- und Fachpresse die Klagen der deutschen Binnenfischer über die Vernichtung der Fischerei auf den deutschen Strömen und Binnenseen zusammengestellt. Von 119 Fischerei-Vereinen meldeten im Jahre 1904 65 Vereine mehr oder minder große Schädigungen, zum Teil völlige Vernichtung der Fischbestände meiner Anfrage zufolge an, im Jahre 1910 von 85 Vereinen 29. In den Jahren 1910/11 habe ich aus der Presse 144 Fälle von mehr oder weniger großen Fischsterben in deutschen Seen und Flüssen infolge von Flußverunreinigungen gesammelt.

Man hat die Theorie aufgestellt, daß aus den in die Flüsse hineingleitenden Fäkalien der Städte durch ihre Umwandlung in mikroskopische Algen und Infusorien den Fischen willkommene Nahrung entstände. Ich glaube, man darf diese Theorie, die für verhältnismäßig geringfügige Verunreinigungen mit Fäkalien gewiß Geltung hat, den Riesenmengen der städtischen Kloaken gegenüber in dem Umfange, in dem von ihr seitens der städtischen Verwaltungen gern Gebrauch gemacht wird, als abgetan ansehen angesichts der soeben erwähnten zahlreichen Klagen der Fischer aus dem ganzen Reiche, daß ihre gesamten Fischbestände oft auf viele Kilometer vernichtet würden gerade durch die Kloakenabwässer der an ihren Flüssen liegenden Städte, daß die Laichplätze verschlammten und den Wanderfischen das Aufsteigen in den Flüssen zu ihren Laichrevieren durch die Verschmutzung der Flüsse auf viele Kilometer unmöglich gemacht würde.

Es ist erst kürzlich wieder von einer unserer Autoritäten auf fischereibiologischem Gebiete die Ansicht ausgesprochen, man brauche nicht so ängstlich zu sein mit der Hineinleitung der Fäkalienjauchen in die Flüsse; nur die dauernde Überdüngung mache einen Fluß krank. Wenn man für gewöhnlich durch geeignete Fischteichanlagen diese Abwässer reinige und nur ab und zu, um die Fischteiche vor Überdüngung zu schützen und zu entlasten, die Kloakenabwässer ungereinigt in die Flüsse entlasse, so schade das nichts. Diese Behauptung wird — abgesehen von den schweren hygienischen Bedenken, die ihr entgegenstehen — widerlegt durch die Erfahrung der Fischer, daß gerade nach solch plötzlichen Verschmutzungen der Gewässer aus städtischen Kloaken und Klärbassins, z. B. bei Gelegenheit der Reinigung der letzteren, die Fische erst recht leicht absterben, weil sie keine Zeit hatten, sich diesen unerwarteten Schädigungen der Verunreinigung anzupassen.

Da aber die Gartenstadt-Ansiedlungen zumeist abseits von den größeren Flußläufen, vielmehr, schon aus Gründen der billigeren Bodenpreise, in der Nachbarschaft der kleinen Flüsse und Bäche gelegen sind, so sind naturgemäß die Bedingungen für die Siedlungen verhältnismäßig weniger Menschen an kleinen Wasserläufen mit Bezug auf die Verunreinigung der Gewässer die gleichen wie für volkreiche Städte an großen Flußläufen.

Diese Klagen über die zunehmende Verunreinigung und Verseuchung der Flüsse sind einmal ohne Frage eine sehr wichtige nationalökonomische Angelegenheit angesichts des Umstandes, daß wir alljährlich zirka 50 000 Zentner Süßwasserfische für gutes deutsches Geld aus dem Auslande beziehen, zumeist Karpfen aus Rußland, das uns in so frevelhafter Weise angegriffen hat. Es ist aber gleichzeitig eine Frage von größter hygienischer Bedeutung, einmal deswegen, weil durch die Zerstörung dieser großen Mengen von Fischen den minderbegüterten Schichten unseres Volkes ein wichtiges Nahrungsmittel entzogen wird, welches in keiner Weise ersetzt wird durch die heutzutage mit so vieler Reklame angepriesenen „billigen Seefische". Zu zweit besagen diese Klagen der Fischer über das Absterben der Fischbestände durch die Flußverunreinigungen, daß die Flüsse sich bereits in einem derartigen Zustande befinden, daß das Wasser zum Genuß und jeden anderen Gebrauch für Mensch und Vieh absolut untauglich geworden ist.

Welche militärischen und strategischen Gefahren diese allgemeine Verseuchung unserer deutschen Flüsse für uns als Nation in sich birgt, muß ich unseren Kriegsministerien zur Entscheidung überlassen.

Ein weiterer nationalökonomischer und gleichzeitig hygienischer Schaden dieser Flußverpestung liegt darin, daß durch das heutige System der städtischen Fäkalienableitung in die Flüsse der Landwirtschaft ungezählte Millionen — man hat einen Verlust von 150—200 Millionen jährlich berechnet — an Dungwert entzogen werden. Gleichzeitig kommen aus dem ganzen Reiche die Klagen der Landwirte über die Verschlammung und Verseuchung ihrer Viehweiden durch die gelegentlich über ihre Ufer tretenden und dann die Weideländereien überschwemmenden verunreinigenden Gewässer, die mit ihrem Schlamm gleichzeitig oft die gefährlichsten Bazillen auf den Gräsern hinterlassen. Fürwahr eine gefahrvolle Zwickmühle, in die wir geraten sind; haben wir trockene, heiße Sommer, sterben in den Flüssen infolge ihrer Verpestung die Fische. Haben wir dagegen nasse Sommer mit vielen Niederschlägen, so treten die verseuchten Gewässer über ihre Ufer und verpesten die Viehweiden und die Brunnen der Landbevölkerung!

Ich will hier nur kurz an die Milzbrand-Epidemien erinnern, die das soeben Gesagte in der erschütterndsten Weise illustrieren, die bis in die

jüngste Zeit in ständig steigendem Maße die Rindvieh- und Pferdezucht in den Schleswig-Holsteinischen Elbmarschen dezimieren, sobald die kleinen Nebenflüsse der Unterelbe: Stör, Pinnau, Krückau, die durch die Fäkalien der an ihnen liegenden kleinen Landstädte und die Abwässer der an ihnen liegenden Gerbereien verseucht sind, aus ihren Ufern treten und die fruchtbaren Marschweiden, sowie deren Heu mit den gefährlichen Milzbrandbazillen infizieren.

Man hat nun angesichts dieser Verpestung der deutschen Flüsse, wie ich eingangs schon kurz bemerkt habe, an den hygienischen Zentralstellen die Parole ausgegeben, die Städte, und wo es irgendwie nötig wäre, auch die Landgemeinden mit Grundwasser zu versorgen, eine Forderung, die theoretisch sehr schön klingt, deren Ausführung aber doch in sehr vielen Gegenden Deutschlands auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt, abgesehen davon, daß dieses Vorgehen gegen die Verseuchung der Viehweiden naturgemäß keinen Schutz gewähren würde.

Man kann freilich in fast sämtlichen Gegenden Deutschlands bei einer Bebauung, wie sie z. B. in einer Gartenstadt sich vorfindet, leicht jedem einzelnen Hausgrundstück mit Hilfe eines Brunnens das für den Gebrauch seiner Bewohner nötige Wasser verschaffen und bei der hygienisch nötigen Reinhaltung des Bodens auch von einwandfreier Beschaffenheit. Es ist aber, wie die Erfahrungen der Städte fast auf der ganzen Erde gezeigt haben, ein sehr fragwürdiges Beginnen, unsere schnellwachsenden Stadtgemeinden auf die Dauer mit einwandfreiem Tiefgrundwasser versorgen zu wollen, da die modernen Riesenpumpen, die hierzu gehören, mit Hilfe des im Erdinnern erzeugten Vakuums eine derartige Ansaugekraft auf die Wasservorräte des Bodens weithin ausüben, daß meist in einer Reihe von absehbaren Jahren nicht nur die Oberfläche der Erde in ihrer Umgebung in bedenklicher Weise austrocknet, sondern auch das Wasser aus Entfernungen angesogen wird, die vorher aus dem Bereich jeder Möglichkeit und Berechnung zu liegen schienen, — ein Beweis, daß die Bodenschätze an Wasser keineswegs so unerschöpflich groß sind, wie die Geologen und Hydrologen gemeinschaftlich bis in die jüngste Zeit anzunehmen geneigt waren.

Ich will hier nur kurz zur Illustrierung des eben Gesagten einige Beispiele anführen, zunächst für die Austrocknung des Bodens. In Holland hat sich seit Jahren die Landwirtschaft zu Schutzverbänden gegen die Städte zusammengetan, damit die Regierung die Weiterentnahme der Wasservorräte des Bodens durch die städtischen Wasserwerke verhindert, da meilenweit um die Städte herum trotz der ursprünglichen Feuchtigkeit des Bodens sich in-

folge der Austrocknung der Ackerkrume die Landwirtschaft nicht mehr rentabel erweist.

Ein zweites Beispiel bietet Frankfurt a. M., welches jahrelang durch seine Stadtbrunnen reichlich genügendes Wasser lieferte, bald aber in jedem heißen Sommer seine Bewohner zur Sparsamkeit im Wasserverbrauch ermahnen und gleichzeitig infolge der Absenkung des Grundwasserspiegels für den Bestand des Stadtwaldes fürchten mußte, dessen Terrain die Brunnen speiste, so daß man bereits dazu übergeht, die trüben Fluten des arg verunreinigten Mains zur Versickerung in den Stadtwald zu leiten, um auf diese Weise das verschwundene Grundwasser wieder zu vermehren.

Die gleichen Erfahrungen macht zurzeit Berlin, wo infolge der Wasserentnahme aus dem Boden durch die großen städtischen Wasserwerke die Grunewaldseen anfangen auszutrocknen, zum Teil bereits ausgetrocknet sind, und gleichzeitig bereits ernste Gefahren für den Bestand der dortigen Kiefernwaldungen zutage treten.

Aus welchen Entfernungen und mit welchen Folgen das Wasser durch die großen städtischen Wasserwerke aus dem Boden herausgesogen werden kann, zeigte das Beispiel Chicagos, wo vor Jahren eine schwere Typhus- und Ruhr-Epidemie entstand, die nach vielen Erwägungen schließlich nachgewiesenermaßen auf die Verseuchung des Michigansees durch die städtischen Kloaken zurückgeführt werden mußte, trotzdem der Mischigansee 11 km von den städtischen Trinkwasser-Pumpwerken entfernt lag.

Bei einer Enquete, welche ich im Jahre 1908 zwecks Abfassung einer Denkschrift über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verunreinigung der Gewässer im Auftrage der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein bearbeitete, ergab sich, daß in einer Reihe von Fällen durch die Tiefbrunnen einzelner industrieller Unternehmungen, Brauereien und dergleichen, die sämtlichen Brunnen der Umgegend, die seit undenklichen Zeiten die Bewohner mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt hatten, im Umkreise von 1—2 km nach kurzer Zeit versiegten!

Ich will ferner nur kurz an die Erfahrungen der Stadt Breslau erinnern, die eines Tages infolge der veränderten Grundwasserverhältnisse in den Tiefen der Erde — eine Folge der Wasserentnahme durch die städtischen Grundwasserwerke — plötzlich derartige Mengen Mangan in ihrem Leitungswasser hatte, daß sie zunächst zur Versorgung mit dem filtrierten Wasser der arg verschmutzten Oder zurückkehren mußte; will ferner nur kurz die Erfahrungen einer großen Fabrik in meiner Nachbarschaft erwähnen, die rund 15 Jahre durch ihre Tiefbrunnen qualitativ und quantitativ ausgezeichnetes Wasser zutage förderte, welches zurzeit aber infolge

des Ansaugens von Wasser aus anderen Bodenschichten ein derart rapides Steigen an Gips aufweist, daß es bald nicht mehr zur technischen Verwendung geeignet sein dürfte.

Aus allem diesem geht hervor, daß wir für größere Gemeinwesen uns nicht mehr wie bisher auf die Wasserschätze der Tiefen der Erde verlassen dürfen, um so weniger, da, wie die neueren Forschungen übereinstimmend zeigen, die Austrocknung unserer Erdrinde ständige Fortschritte macht. Vielmehr müssen wir notgedrungen zur Versorgung der Bewohner der Städte wieder zu dem Wasser zurückkehren, welches die natürlichen Adern des Landes, die Flüsse bieten, sei es, daß wir dasselbe direkt dem Flusse entnehmen und vor dem Gebrauch sorgfältig filtrieren, sei es, daß wir es behufs gleichmäßiger Verwertung in Talsperren aufspeichern.

Es soll nun ohne weiteres zugegeben werden, daß die Massenquartiere unserer modernen Großstädte mit ihren Kasernenbauten schwerlich ihre Fäkalien anders aus dem Weichbild der Stadt herausschaffen können, als mit dem Schwemmsystem. Selbst das an sich vortreffliche Liernursystem, wie es in verschiedenen holländischen Städten, solange es gewissenhaft gehandhabt wurde, lange Zeit sich bewährt hat, ein System, bei welchem die Fäkalien durch Luftverdünnung in ein zentrales Reservoir abgesogen und dann zu Poudrette verarbeitet werden, sowie das Posener System, nach welchem die Fäkalien mit geringer Verdünnung auf die Felder benachbarter Güter mit Hilfe von Schlauch- und Rohrleitungen versprengt werden, sind höchstens für Großstädte mittleren Umfanges, aber kaum für unsere modernen Riesenstädte, wie Berlin, Hamburg, London, Paris mehr anwendbar.

Berlin und Paris zeigen aber, daß es möglich ist, selbst die kolossalen Mengen Kloakenwässer moderner Riesenstädte auf Rieselfelder heutzutage landwirtschaftlich, und wie Berlin es neuerdings durch Anlagen großartiger Fischteiche an den Anschlußkanälen der Rieselfelder erfolgreich gezeigt hat, auch fischereilich nutzbringend zu verwerten und damit für die Flüsse mehr oder minder unschädlich zu machen, wenn auch die Berliner Rieselfelder in Bezug auf räumliche Ausdehnung und Absenkung des Grundwasserspiegels noch mancherlei zu wünschen übrig lassen.

Wenn man aber bedenkt, daß eine Stadt wie Stockholm, die sich eines ausgezeichneten Gesundheitszustandes erfreut, trotz ihrer 350 000 Einwohner mit Hilfe eines verhältnismäßig primitiven Trockenabfuhr-Systems ihre Fäkalien aus der Stadt herausschafft und gleichzeitig ihre gesamte Umgebung mit einem ausgezeichneten Dünger versorgt, und wenn man weiß, daß Städte wie Heidelberg, Weimar und über 60 andere deutsche Städte bei

einem sehr guten Gesundheitszustand ihrer Bewohner mit der Abfuhr ihrer Fäkalien nach dem sogenannten Heidelberger Tonnensystem nicht nur den Steuersäckel ihrer Bürger nicht belasten, sondern gleichzeitig ihrer sie umgebenden Landwirtschaft viel begehrten Dünger liefern, so ist nicht zu verstehen, wie die Regierungen und Behörden mittleren und kleineren Städten immer noch wieder erlauben, ja sogar sie zwangsweise veranlassen, ihre Fäkalien, die Flüsse verpesten, abzuschwemmen oder durch teuere Kläranlagen den Steuersäckel ihrer Einwohner auf das schwerste zu belasten, gleichzeitig der sie umgebenden Landwirtschaft kostbaren und notwendigen Dünger entziehend.

Richtiger würde es sein, das Abfuhrsystem dieser Städte dem Standpunkte moderner Technik und Wissenschaft entsprechend auszubauen. Sehen wir doch, wie in Schweden die Stadt Gotenburg mit 170 000 Einwohnern zurzeit berät, ihr Trockenabfuhrsystem nach einer Methode zu vervollkommnen, die sich in dem 25 000 Einwohner zählenden Sundsval seit Jahren ausgezeichnet bewährt hat. Bei dieser Methode werden die Fäkalien nach Art des Heidelberger Tonnensystems abgeführt und mit Hilfe von Kalk und Schwefelsäure auf Kalkstickstoff und Ammoniumsulfat verarbeitet, — ein Verfahren, das sich vielleicht modifiziert auch zur Unschädlichmachung und Verwertung der Gerbereiabwässer verwenden lassen würde, falls man nicht vorzieht, diese durch Bodenberieselung unschädlich zu machen.

Noch weniger aber ist es zu verstehen, aus welchen Gründen Gartenstadt-Ansiedlungen behördlicherseits veranlaßt werden sollten, ihre Fäkalien abzuschwemmen. Für jedes einzelne Gebäude, für jedes von einer Familie bewohnte Haus ist es eine Kleinigkeit, entweder durch das Heidelberger Tonnensystem mit seinen modernen, eleganten, freistehenden Fayenzeklosetts mit oder ohne beschränkte Wasserspülung oder durch Torfmull- oder Erdklosetts seine Fäkalien absolut geruchlos und hygienisch einwandfrei aus dem Bereich seiner Bewohner abzuführen, um so gleichzeitig entweder für den eigenen Garten oder für die Ländereien der Umgegend einen landwirtschaftlich außerordentlich wertvollen Dünger zu erhalten, wenn wünschenswert unter gleichzeitiger Kompostierung mit Hilfe des Hausmülls.

Es würde sich dann nur noch um die einwandfreie Beseitigung der Küchen- und Hausabwässer handeln. Es ist hier nicht der Ort, auf die selbstverständlich notwendigen Kanalisationen in städtischen Gemeinwesen zwecks getrennter oder gemeinsamer Abführung der Regenmengen und Hausabwässer des Näheren einzugehen. Wenn man diese Abwässer einer größeren Gartenstadt-Ansiedlung sammelt, soweit sie nicht zur Begießung oder Berieselung der einzelnen Privatgärten Verwendung finden können, sie nach

der Methode von Kremer entfettet und von den Schwimmstoffen befreit, nach biologischer Methode vorklärt, und falls irgend Platz dazu vorhanden ist, zur Anlage von Fischteichen verwendet — jedoch ohne Fäkalien! —, so wird man in dem Ertrage dieser letzteren eine mehr oder minder große Verzinsung dieser Reinigungsanlage finden, um sodann die auf diese Weise geklärten, gereinigten und gleichzeitig ausgenutzten Gewässer skrupellos unter Wahrung der strengsten hygienischen Anforderungen jedem Bachlaufe zuführen zu können. Man würde auf diese Weise den Bewohnern in dem Ertrag an Fischen willkommene Nahrung und eine gewisse Verzinsung ihrer Kläranlagen bieten und gleichzeitig, wenn man die Kläranlagen und Fischteiche mit Erlengebüsch und Tannenpflanzungen einsäumen würde, die die Ausdünstungen, die wir aus den Sielöffnungen aller Städte mit Schwemmkanalisation zur Genüge kennen, den Anwohnern fernhalten, durch diese Fischteiche landschaftlich ein liebliches Bild schaffen und in erheblicher Weise den Vogelschutz fördern.

Daß ohne diese Reinigung der selbst fäkalfreien Hausabwässer in Fischteichen bei noch so sorgfältiger mechanischer und selbst biologischer Vorklärung der Vorfluter oft noch sehr üble Zustände aufweisen können, zeigt z. B. die Ilm unterhalb Weimar. Anderseits ist es Professor Hofer in München gelungen, in einer, freilich auf das kunstvollste und gewissenhafteste geleiteten, Versuchsanlage durch Fischteiche von 2 ha Größe die Abgänge von 4000 Menschen derart zu reinigen, daß in dem Abwasser der Teiche noch die so sehr empfindlichen Regenbogenforellen gedeihen.

In fast idealer, infolge der Fäkalbeimengung freilich aber auch kostspieliger Weise, wie es sich wohl nur eine so reiche Stadt wie Hamburg leisten kann aus so wichtigem Grunde, den Strom, aus dem es sein Trinkwasser entnimmt, nach Möglichkeit vor Verunreinigungen von oben her zu bewahren, werden zurzeit die fäkalhaltigen Abwässer von Bergedorf auf das sorgfältigste biologisch geklärt und danach in Fischteichen verwertet. Wunderlich hierbei ist nur die peinliche Sorge Hamburgs, daß die ländlichen Nachbarn sein Wasserreservoir, die Elbe nicht verschmutzen, während es selbst diesen Strom mit den Abwässern seiner Millionenbevölkerung verpestet! Bergedorf, ein altes Landstädtchen, zum Hamburgischen Gebiete gehörig, ist mit seinen zahlreichen Villenvororten als eine Art geschichtlich entstandener Gartenstadt aufzufassen. Als Vorfluter dient die kleine Bille, die nicht weit oberhalb der Hamburger Wasserwerke in die Elbe mündet. Die Verseuchung dieses Flüßchens war daher nicht nur verhängnisvoll für den Fischreichtum desselben, der vor der Verschmutzung reiche Erträge bot, sondern die Verseuchung war vor allen Dingen im höchsten Grade bedenk-

lich für die Wasserentnahme der Hamburger Wasserwerke aus der Elbe. So mußte man hier notgedrungen gründliche Arbeit machen. Das ist dadurch geschehen, daß die Abwässer zunächst durch die Hauptsiele in dem vor einem Maschinenhaus in Vierländer-Bauernhaus-Stil errichteten Pumpbrunnen und von hier aus nach dem großen Klärbassin mit Emscherbrunnen geleitet werden, aus dem Emscherbrunnen auf die Tropfkörper und von dort in die Fischteiche.

Bemerkenswert ist, daß die Anlage jetzt schon doppelt so groß gebaut ist, wie der augenblickliche Bedarf es erfordert, weil man von vornherein mit dem Wachstum der Stadt rechnet.

Dieses Klären der organisch verunreinigten Abwässer in Fischteichen, wie ich es seit über 10 Jahren in meinen zahlreichen Schriften über die Notwendigkeit der Reinhaltung unserer Gewässer immer wieder vorgeschlagen habe, ist in den letzten Jahren, wie schon erwähnt, nicht nur von Professor Hofer, sondern auch in ausgedehntem Maße von W. Cronheim von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Charlottenburg auf das sorgfältigste wissenschaftlich erforscht worden. Es besteht die Hoffnung, daß diese Verarbeitung der organischen Verunreinigungen der Abwässer in Fischteichen die leidigen Fragen der Flußverunreinigungen nicht nur in hygienischem, sondern auch in volkswirtschaftlichem Sinne in vielen Fällen gut wird lösen können.

Es sei aber gerade an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jede dieser Anlagen, wie das Werk eines Künstlers, von Fall zu Fall streng individualisierend angelegt und auf das gewissenhafteste überwacht werden muß.

Man wird, wenn zufällig ein Gebiet für außerordentlich große Fischteichanlagen vorhanden ist, selbst bei einem geringen Vorfluter nicht so ängstlich auf organische Verunreinigungen des Abwassers zu sehen brauchen, da die Teiche, je größer sie sind, um so mehr organische Verunreinigungen verdauen können. Umgekehrt ist aber der Vorfluter klein und das für Fischteiche geeignete Gelände nur gering und das die Abwässer liefernde Gemeinwesen sehr groß (ich denke an das Beispiel der beiden Städte Stuttgart und Heidelberg, die drauf und dran sind, zur Schwemmkanalisation überzugehen und ihre Fäkalienjauchen dem kleinen Neckar überweisen), so muß man, um sowohl die Fischteiche nicht zu überlasten und den Vorfluter nicht der sekundären Verpestung zu übergeben, die Fäkalien unbedingt aus dem Abwasser durch irgendeine der bewährten Abfuhrsysteme, am besten des Heidelberger Tonnensystems, nach Möglichkeit fernhalten.

Diesen Erwägungen folgend hat erst kürzlich ein großer Landesverein

von Staatsbeamten für Wohlfahrtspflege von Schwemmkanalisation abgesehen und Tonnenabfuhr für seine Erholungsheime gewählt.

Ganz besonders hat das System der Sickergruben die Trockenabfuhr der Fäkalien in Mißkredit gebracht, weil bei diesem System der Boden mit der Fäkaljauche durchdüngt wird und auf diese Weise die Brunnen verseucht werden. Würde man alle diese Ortschaften, die jetzt gezwungen werden sollen, an diesen Kanal anzuschließen, um so unermeßliche Dungwerte zu vergeuden und gleichzeitig den Rhein noch weiter zu verpesten, veranlassen, Trockenabfuhr-Systeme herzustellen und die Hausabwässer in Fischteichen zu sammeln oder zur Acker- und Wiesen-Berieselung zu verwerten, so würde die Landwirtschaft höheren Gewinn davontragen, die Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln versorgt, der sanitäre Zustand der gesamten Gegend in der idealsten Weise gehoben und gleichzeitig und vor allen Dingen der Steuersäckel der Bürger auf das Außerordentlichste geschont werden. Die Herren von der Regierung haben es oft leicht, Anordnungen zu treffen, die einer augenblicklich herrschenden Mode in unserer Wissenschaft entsprechen, die aber sehr oft weder dem Lande zum Nutzen gereichen, noch Rücksicht nehmen auf die Vermögensverhältnisse der Bewohner.

In dem von mir geleiteten Bauverein der Elbgemeinden dienen die in Kübeln mit Erdstreuung aufgefangenen Fäkalien im Verein mit dem Hausmüll zur Düngung und die in wasserdichten Gruben aufgefangenen Hausabwässer zur Bewässerung der 200—400 qm großen Hausgärten. Bei diesem System hat sich in 13 Jahren, trotz Wasserversorgung mit Einzelbrunnen, noch keinerlei hygienische Schwierigkeit, dagegen ein ausgezeichnetes gesundheitliches und vortreffliches wirtschaftliches Gedeihen der Bewohner unserer Kolonien ergeben, die auf diese Weise aus den einstigen Sandgefilden überaus fruchtbare Gärten geschaffen haben.

Von den zahlreichen Männern, die als Mitglieder des internationalen Vereins zur Reinhaltung der Flüsse, des Bodens und der Luft in hervorragender Stellung praktisch tätig sind, die Aufgaben dieses Vereins zu erfüllen, will ich nur zwei Beispiele nennen: Ich verweise vor allem auf die glänzende, seit Jahrzehnten sich bewährenden Sanierungen Heidelbergs und Weimars durch das von Mittermaier eingeführte Tonnensystem, sowie auf die Sanierung ausgedehnter Gebiete Bayerns durch den Königlichen Kulturingenieur Classen.

Ein Beispiel der Flußverunreinigung von vielen! In Dresden haben sich schon in der kurzen Zeit, die die Schwemmkanalisation besteht, eine Reihe von wenig angenehmen Folgen ergeben. Die Klagen über die Verunreinigung der Elbe seitens der unterhalb Kaditz liegenden Ortschaften

nehmen kein Ende, und allgemein wird behauptet, daß die Zustände seit dem Bestehen der Kaditzer Anlage sich ganz wesentlich verschlechtert haben.

Es wird schwer halten, eine Stadt, die einmal zur Schwemmkanalisation übergegangen ist, hiervon zurückzubringen, aber es läßt sich auch dann noch zur Beseitigung der Schlammplage eine Menge tun. In Dresden besteht z. B. die Deutsche Fäkal-Guano-Gesellschaft, deren Verfahren anscheinend in vortrefflicher Weise geeignet ist, die Schlammfrage durch Trocknung und Verwertung zu Kunstdünger zu lösen. Vor allem aber erscheint es mir wert, in Erwägung gezogen zu werden, die mechanisch geklärten Abwässer der Dresdener Anlage nach dem Muster von Professor Hofer in Fischteichen zu sammeln, zur Fischzucht im Großen zu verwerten und das so gereinigte Wasser dann der Elbe zu überantworten.

Aber wo die Mittel zu all diesen Anlagen nicht vorhanden sind, lassen sich in Gartenstädten die fäkalfreien Hausabwässer selbst in kleineren Grundstücken mit Sandboden durch Ausgießen oder Aussprengen auf täglich wechselnde Beete leicht beseitigen, wie ich es oben bereits bei Erwähnung des von mir geleiteten Bauvereins der Elbgemeinden gezeigt habe. Nur bei tonigen Böden würde in diesem Falle wohl eine Durchlüftungsdrainage notwendig werden, falls nicht gemeinsame Ableitung, Klärung und Verwertung der fäkalfreien Abwässer in Fischteichen notwendig wird.

Bei einer derartigen Verwertung der Fäkalien, des Mülls und der Hausabwässer, und bei einer systematischen Dezentralisation unserer heutigen Großstädte mit Hilfe sozial und hygienisch weitsichtiger Bebauungsgesetze würden wir bald dahin kommen, nicht mehr 120 Millionen Mark für Obst an das Ausland zahlen zu müssen, wie wir es heute alljährlich noch tun, oder 50 000 Zentner Süßwasserfische vom Auslande zu beziehen oder weitere ungezählte Millionen für Guano und Chilisalpeter auszugeben, während wir unsere eigenen Gewässer mit dem von der Natur für unsere Obstgärten und Felder bestimmten Dünger verseuchen und verpesten!

Dieses System der Trockenabfuhr in Tonnen oder Torfmullklosetts, hier wohl am besten mit gemeinschaftlicher Kompostierung und Verwertung, wäre m. E., auch in der Gartenstadt Hellerau bei Dresden, die im übrigen wahrhaft musterhaft angelegt ist, das Gegebene gewesen, besonders unter Berücksichtigung des sandigen und meist abfallenden Terrains. Würde bei der Kompostierung mehr Dünger erzielt als die Hellerauer Gärten erfordern, wäre derselbe leicht verkäuflich gewesen.

Man hätte die fäkalfreien Haus- und Küchenabwässer, soweit sie zur Bewässerung der kleinen Gärten keine Verwendung fanden, in den vorhandenen Kläranlagen, die zurzeit schon den fäkalhaltigen Jauchen gegenüber

versagen, so daß sehr bald schon unhaltbare Zustände eintraten, vom Fett befreien, mechanisch und vielleicht noch biologisch vorklären, sodann in Fischteichen nachklären und zur Karpfenzucht vorwerfen können, um sie sodann ohne Skrupel als gutes Speisewasser in den fiskalischen Forellenbach zu entlassen, dessen Verwaltung sich jetzt mit Fug und Recht sträubt, die Kloaken aufzunehmen. Statt dessen hat Hellerau Schwemmkanalisation genommen, dadurch in kurzer Zeit höchst bedenkliche Zustände geschaffen, aus denen es sich nur dadurch erlösen kann, daß es entweder kurzerhand seine Wasserklosetts wieder entfernt, nach meiner obigen Skizzierung zur gemeinschaftlichen Trockenabfuhr (wie in Heidelberg, Weimar und zahlreichen Städten Deutschlands und Skandinaviens) und Verwertung der Fäkalien und zur ferneren gemeinsamen Klärung und Verwertung der fäkalfreien Brauchwässer übergeht, oder daß es unter großen Kosten Anschluß an die Dresdener Kanalisation nimmt, Kosten, die noch steigen werden, wenn erst einmal Dresden weitere große teure Kläranlagen wird bauen müssen, an deren Verzinsung die kleine Kolonie dann naturgemäß ebenfalls wird tragen helfen müssen!

Der griechische Geschichtsschreiber Herodot berichtet von den alten Persern: „Sie harnen aber weder in einen Fluß, noch speien sie hinein, sie waschen sich nicht die Hände darin, sie dulden es auch von keinem anderen, sondern haben vor den Flüssen ganz besondere Ehrfurcht". Auf welch hoher Kulturstufe muß dieses Volk, das doch auch schon große Städte besaß, gestanden haben! Und zu welchem Zustande der Barbarei sind wir unter dem Einflusse grauer Theorien unserer Autoritäten und unter der wohlwollenden Agide unserer Behörden herabgesunken.

Der große Geschichtsforscher Mommsen sagt sehr treffend in einer seiner Schriften, daß eine der wichtigsten Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang Italiens darin zu suchen sei, daß Rom seit undenklichen Zeiten die Fäkalien seiner Riesenbevölkerung durch den Tiber in das Meer entließ. So kam es, daß es an künstlichem Dünger fehlte, daß die Ländereien, die einst die Kornkammern der Welt hießen, verhungerten und verarmten! Noch reichen die Salpeter- und Guanoschätze Amerikas für ein paar Generationen. Wie viele aber unserer Landsleute können schon heute diese teueren ausländischen Düngemittel nicht erschwingen. Und was soll aus unseren Feldern werden, wenn diese Stickstoffquellen einmal erschöpft sind. Der Luftstickstoff und die Gründüngung allein können uns niemals den Stallmist und den Fäkaldünger ersetzen.

Ich habe vorhin gezeigt, von welcher Bedeutung unsere Flüsse, angesichts der verhältnismäßig engen Begrenzung der Wasserschätze des Bodens,

für die Wasserversorgung der Städte bleiben — oder bereits wieder werden. Meldet sich doch schon vielerorten in Deutschland die Industrie, die ihrerseits selbst die Flüsse verunreinigt, daß sie selbst unter dieser allgemeinen Verunreinigung der Gewässer bereits leidet in ihrer Produktionsfähigkeit.

Wir sollten wahrlich endlich lernen, sei es auch an dem Beispiele anderer Völker, mißverstandene und dadurch in verkehrter Weise verbreitete, allein in ihrem letzten Kerne richtige wissenschaftliche Lehren klarzulegen und dann mit Hilfe moderner Technik den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und hygienischen Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden; unserem Boden als Dünger diejenigen Stoffe zurückzugeben, die ihm zukommen, und deren er bedarf, um neue Ernten hervorzubringen und gleichzeitig auf diese Weise unsere Gewässer reinhalten, auf das sorgfältigste filtriert zur Tränkung von Mensch und Vieh, des weiteren zur Befruchtung unserer Wiesen und Weiden, zum Gebrauch für unsere zahlreichen Industrien, die bei ihrer Ausdehnung heute mehr als je eines reinen Wassers bedürfen, aber gleichzeitig auch aus höheren kulturellen Gesichtspunkten, die wir heute zusammenfassen unter dem Gesichtspunkte des Heimatschutzes: denn die Reinheit und der Reichtum unserer Heimat, unserer Felder und Flüsse bedeutet in letzter Linie den Reichtum und die Reinheit, das Glück, das Leben unseres Volkes!

Es wird viele befremden, daß ich in einer Schrift über die Heimstätten für unser Volk bei der Frage der Entwässerung und der Abfuhr so eingehend verweilt habe. Derjenige aber, der sich eingehender und praktisch mit dieser Frage beschäftigt hat, wird mit mir die ungeheure Wichtigkeit dieser Frage für Neuansiedlungen zu beurteilen wissen.

So sehen wir, wie die idealen Forderungen des Heimatschutzes in dem gleichzeitigen Drängen der Bevölkerung nach weitschichtigerem Wohnen, das ihr erlaubt wieder Fühlung zu gewinnen mit der Natur, sich völlig decken mit den vielen Forderungen einer gesunden Volkswirtschaft, Hygiene und gleichzeitig mit der weitgehendsten sozialen Fürsorge für die breitesten Schichten unseres Volkes, unseres gesamten Vaterlandes.

Möge diese Erkenntnis bald zur Tat reifen in allen Gebieten unseres geliebten Vaterlandes!

Der Landesverteidigung aber würde, wie schon aus der kleinen Statistik des von mir geleiteten Bauvereins zu ersehen ist, eine Fülle kriegstüchtiger Mannschaften erwachsen, während uns jetzt ein großer Teil des Nachwuchses unserer Nation in den Polypenarmen unserer Großstädte verloren geht.

Die Verwaltung dieser neuentstehenden Landgemeinden mit ihren gutbezahlten Industriearbeitern dürfte kaum so großen Schwierigkeiten begegnen,

wie diejenige von ländlichen Kommunen mit kleinen bäuerlichen Besitzungen oft bieten, noch dazu, wenn solche auf mittlerem oder leichtem Boden belegen sind.

Auf jeden Fall aber würde die Verwaltung dieser neuzuschaffenden Gemeinden, besonders wenn der genossenschaftliche Charakter derselben bewahrt würde, bei weitem weniger Kosten verursachen, als die Verwaltung unserer modernen Städte, insbesondere unserer ständig wachsenden Großstädte.

Von welcher inneren wirtschaftlichen Gesundheit unsere deutschen Baugenossenschaften sich selbst in diesen schweren Kriegszeiten erwiesen haben, ergab die Kriegstagung der Vorstände der deutschen Baugenossenschaftsverbände am 26. Januar zu Berlin unter dem Vorsitz von Professor Dr. A. Albrecht im Beisein von Vertretern der Zentralbehörden des Reiches, Preußens, Bayerns und Badens sowie der Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die „Vossische Zeitung" berichtet darüber:

„Man erörterte zunächst die Frage der Einwirkung des Krieges auf die wirtschaftliche Lage der Baugenossenschaften, über die Direktor Radtke (Berlin) berichtete. Auf Grund eingehender Erhebungen in den einzelnen Verbänden konnte festgestellt werden, daß die Baugenossenschaften die wirtschaftlichen Folgen des Krieges bislang ohne wesentliche Schädigungen überstanden haben. Bei einer Reihe von Baugenossenschaften sind allerdings Mietverluste entstanden. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die Gläubiger in den Fällen, in denen infolge dieser Verluste Zahlungsschwierigkeiten entstehen, Stundung oder zeitweilige Aussetzung der Tilgung zugestehen möchten. Es wurde alsdann im Anschluß an einen Vortrag von Dr. Altenrath (Charlottenburg) der Wunsch ausgesprochen, daß Reich, Staat und Landesversicherungsgesellschaften mindestens in dem Umfange, in dem das bisher geschehen ist, Mittel für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung stellen möchten. Man war der Ansicht, daß infolge der fast gänzlichen Einstellung der Bautätigkeit vielfach Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkte entstehen müßten, zu deren Beseitigung die Baugenossenschaften mitwirken könnten: allerdings müsse man in Anbetracht der Verhältnisse die allergrößte Vorsicht bei der Inangriffnahme neuer Pläne empfehlen. Schließlich kam noch der Plan eines Zusammenwirkens der Verbände mit dem Kaiserlichen Statistischen Amte wegen Schaffung einer einheitlichen Baugenossenschaftsstatistik zur Erörterung."

So werden unsere gesetzgebenden Körperschaften mit gutem Gewissen an die denkbarste Förderung dieser Dezentralisation unserer Städte herangehen können, um unseren aus dem Felde heimkehrenden Helden ein wirklich deutsches Heim im größten Umfange schaffen zu helfen.

4. Kapitel:

Heimstätten für unsere Helden!

Es ist eine der erhebendsten Erscheinungen dieser großen Zeit, in der wir leben, die uns die Schreckn isse und die grauenvollen Zerstörungen dieses Weltkrieges ein wenig im milderen Lichte erscheinen läßt, daß kaum ein großer Gedanke in dieser seltsamen Zeit von einem einzelnen allein gedacht wird, sondern daß fast alle Ideen, die dem Ganzen irgend nur förderlich sein könnten, gleichzeitig von einer großen Zahl von Männern im ganzen Reiche empfunden und gedacht werden, — ein herrliches Zeichen für die Einheitlichkeit des ganzen Volkes in seinem gesamten Denken und Empfinden.

Die vorstehende Arbeit war zum Teil in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts, zum Teil, wie schon oben erwähnt, im Frühjahr 1914 durch eine Anregung des Herrn Landesrat Hansen in Kiel entstanden.

Kurz vor dem Kriege war ich von Herrn Geheimrat Bielefeld, dem Vorsitzenden der Hanseatischen Landesversicherungsanstalt, gebeten worden, die kleine Arbeit als Unterlage für einen Vortrag auf dem internationalen Kongreß über Arbeiter- und Schrebergärten zu benutzen, der 1914 im August in Berlin stattfinden sollte. Der Krieg kam dazwischen und zerstörte mit rauher Hand viele feine und stille Kulturarbeit, die nicht nur in unserem deutschen Volke geleistet wurde, sondern, die auch versprach, starke geistige Fäden von Volk zu Volk, von Nation zu Nation zu spinnen. Der Neid und der Haß der kriegssüchtigen Regierungen unserer Feinde hat all diese Ansätze von Verbrüderungen der Völker auf Menschenalter hinaus zerstört. Uns aber liegt es schon jetzt ob, während noch die Kriegsfurie wütet, die Kulturarbeit im eigenen Lande mit doppelter Kraft wieder aufzunehmen. Es wird eines Tages Friede werden, und dann werden unsere Helden heimkehren, die draußen jetzt für unser Vaterland gekämpft und geblutet haben, und diese Helden werden zu Tausenden und Hunderttausenden, nachdem sie monatelang in den Erdhöhlen der Schützengräben gelegen haben, fragen: „Wir haben dort draußen gesungen und geträumt von unserem schönen Vaterlande, von einer Heimat. Aber laßt uns nicht wieder von Quartal zu Quartal Treppen auf Treppen ab wandern in die Mietskasernen der Städte mit ihren dunklen finsteren Höfen, ihren feuchten und lichtlosen Zimmern und ihren oft unerschwinglichen Mieten. Schafft uns Heimstätten für unsere Familien. Wir wollen keine Wohltaten und Geschenke von euch, aber was wir wollen

und verlangen, das ist ein Fleckchen Erde von dem Land, für das wir gekämpft, gelitten und geblutet haben, ein Fleckchen Erde, in dem wir wurzeln können, ein Fleckchen Erde, von dem uns kein unbilliger Hauswirt verjagen kann, auf dem wir säen und pflanzen, auf dem wir unsere Kinder großziehen können, über uns ein Stückchen Himmel, das uns gehört!"

Ich habe als Chefarzt eines Lazarettes rund 800 Verwundete unter meinen Händen gehabt, die Hälfte davon junge Bauern, die andere Hälfte Bergleute und Fabrikarbeiter aus den Städten, und alle die vielen, mit denen ich auf diese Frage zu sprechen kam, hatten den einen großen Wunsch, genau wie die Männer daheim bei uns in Schleswig-Holstein: „Eine Heimstätte haben, die uns gehört." Und diesen Leuten, die nun monatelang für uns gestritten und gelitten haben, und die diesen Wunsch haben, diesen Wunsch zu gewähren, ihnen die Erfüllung zu verschaffen dieses bei Gott berechtigten Wunsches, das muß unser aller Bestreben sein!

Es wird die Frage aufgeworfen werden: Ja, ist es denn möglich? In meiner vorstehenden Arbeit und in dem von mir seit einem halben Menschenalter geleiteten Bauverein — in gleicher Weise die Hunderte von Baugenossenschaften und Siedlungsgesellschaften im ganzen Reiche — ist durch die Tat gezeigt, daß es möglich ist, lediglich durch die Darreichung der ersten zwei Drittel Hypothek seitens der Landesversicherungsanstalten und fußend auf den bestehenden baupolizeilichen Vorschriften und Gesetzen derartige Heimstätten zu schaffen. Unser Bauverein der Elbgemeinden hat die oben geschilderten Heimstätten in der teuersten Villengegend Hamburgs zwischen die Villenkolonien unserer Reichen und Wohlhabenden derartig eingefügt, daß sie in keiner Weise störend auf das Landschaftsbild wirken oder zu irgendwelchen sozialen Mißständen Anlaß geben. Im Gegenteil, aus den Häusern unserer Arbeiter-Baugenossenschaft sehen die Familien der Wohlhabenden — die ursprünglich gegen ihren Willen errichtet wurden — denn Schwierigkeiten sind mir genug bereitet — Gärtnerburschen und junge Dienstmädchen, Maurergesellen und Zimmerleute sich erstehen, und umgekehrt haben unsere Wohlhabenden längst gelernt, von ihrem Überfluß gelegentlich in diese Häuser hineinzutragen und einsehen gelernt, daß Mohammed recht hatte, wenn er sagte: Gutes tun trägt 15 Prozent. Die ganze Gegend sollte ursprünglich nach ihren Ideen nur Gartenstadt für reiche Leute, für Villenbewohner sein. Arbeiter sollten dort nicht wohnen, Schweineställe sollten dort nicht gebaut werden, — sie könnten üblen Duft

verbreiten. Freilich, die alteingesessenen Bürger hielten sich zum größten Teil Vieh und sechs bis acht Schweine; deren Ställe dufteten nicht, ebensowenig wie die Pferdeställe unserer wohlhabenden Mitbürger! Aber rund 125 Arbeiter haben doch Schweineställe bekommen, weil die Gesetze auf meiner Seite waren. Und heute, in dieser harten Kriegszeit, sind diese 125 Schweineställe ein Gegenstand von großer wirtschaftlicher Bedeutung, und es wäre gut, wenn wir 125 000 Schweineställe mehr im Lande hätten. Die 125 Familien, die haben längst gelernt nicht nur mit ihren Küchenabfällen auf das sorgsamste hauszuhalten, sondern auch die Küchenabfälle wohlhabender Nachbarn, die keine Viehhaltung haben, zu sammeln und für ihre Schweinehaltung zu verwerten, und ihren Fäkaldung nebst der Asche und dem Mist aus ihrer Stallung zur Düngung ihres kleinen Ackers zu verwenden, der auf diese Weise aus einer Sandwüste zu einem fruchtbaren kleinen Paradiese geworden ist. Diese 125 Familien mit ihren über 500 Kindern sind der beste Beweis dafür, welche Quelle der Volkskraft in gesunden Heimstädten verborgen liegt!

Nun, was mir möglich war in dieser teuersten Villengegend unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen, das muß sich vor den Toren jeder Stadt spielend leicht wieder schaffen lassen können. Und in der Tat sehen wir, wie bereits eine große Reihe von Städten Ähnliches geschaffen haben, — ich weise auf Stuttgart, Ulm, Düsseldorf, auf die Kolonien von Krupp in Essen und viele andere hin. Es geht also! Aber nicht nur für unsere Arbeiter muß gesorgt werden, daß sie in Einzel- oder Doppelhäusern mit Stall und Garten wieder bodenständig werden, sondern auch für unseren Mittelstand. Die überall aufkeimenden Baugenossenschaften und Gartenstadt-Gesellschaften für Lehrer und Beamte zeigen, wie stark das Bedürfnis für Bodenständigkeit und gesundheitsgemäßes Leben auch in diesen Kreisen ist. Bei dieser Gelegenheit darf ich nicht unterlassen auf einen Stand hinzuweisen, der nach seiner ganzen Lebensarbeit praktisch wenig für sich und diese Ziele tun kann, und der es doch vielleicht dringend nötig hat, daß gerade in bezug auf Wohnungsfürsorge auf das weitgehendste auch für ihn gesorgt wird: der Offizierstand. Ich habe in einzelnen Garnisonen Wohnungszustände gefunden, die für die Familien derjenigen, die an der Spitze unserer Heldenscharen ihr Leben für uns in die Schanze schlagen, einfach unwürdig sind. Hier werden Offiziers-Baugenossenschaften, an denen mitzuwirken unsere Reserveoffiziere aus den praktischen Berufen, Architekten, Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, als Ehrenpflicht ansehen müßten, großes für unsere Nation leisten können, gleichzeitig das kameradschaftliche

Band zwischen den aktiven Offizieren und denen des Beurlaubtenstandes noch fester knüpfend.

Das Gelände für diese Offiziers-Baugenossenschaften ist in den Festungen, in denen jetzt die bei der heutigen Kriegsführung unmodernen Befestigungsanlagen geschleift werden, in dem auf diese Weise neu geschaffenen Terrain gegeben, *das daher vom Militärfiskus unter keinen Umstand der privaten Spekulation überlassen werden dürfte!*

Sandiges, für den Ackerbau wenig wertvolles Gelände gibt es ferner in nächster Nachbarschaft wohl vor jeder Stadt. Mag die Stadt sich mit einer Anzahl Bürger zusammentun und hier Arbeiter- und Mittelstands-Baugenossenschaften ins Leben rufen, wo sie noch nicht vorhanden sind. Hat die Stadt eigenes Gelände, mag sie es in Erbpacht zu dem Zwecke hergeben, während die Landesversicherungsanstalt die nötigen Baugelder hergibt. Haltestellen an den vorhandenen Eisenbahnen und neu zu legende elektrische Vorortsbahnen werden leicht weiteres Gelände erschließen und so zu einer natürlichen, systematischen und dringend notwendigen Dezentralisation unserer Städte beitragen. Hat die Gemeinde selbst kein Land, mag sie solches erwerben, *wenn nötig durch Enteignung* oder durch die bereits empfohlene reichsgesetzliche Verstaatlichung des Grundstückhandels.

Wenn wir Land brauchen, um im großen Maßstabe heimkehrende Krieger, die nicht wieder in die Stadt wollen, um dort die industrielle Reservearmee zu vermehren, anzusiedeln, so kaufe das Reich oder der Staat diejenigen unserer Güter auf, deren Besitzer behaupten, wegen der schlechten Beschaffenheit des Bodens nicht ohne Branntweinbrennereien existieren zu können. Man wird sehen, was diese als Kleinbauern angesiedelten Krieger-Kolonisten aus dem leichten Sandboden bei intensiver Bewirtschaftung herausarbeiten. Wir haben in unserer kleinen Baugenossenschaft mit ihren 125 Familien durch die Tat gezeigt, was aus solchem, selbst durch jahrelangen Tannen- und Kiefernbestand ausgemergelten Sandboden durch intensive Bewirtschaftung wieder herausgeholt werden kann. Mag man auf diesen aufgeteilten Gütern dann die stehengebliebenen Brennerei-Betriebe zu Kartoffeltrocknungs-Anstalten und Kornspeichern, Schweine-Mästereien, Genossenschafts-Molkereien und desgleichen umwandeln. Sie werden auf diese Weise Betriebe genug geben, die im Frieden, und mehr in einem neuen Kriege dazu dienen können, unser Volk mit Nahrung zu versorgen, anstatt mit Gift! Mit Nahrung, die vaterländischem und sozialem Interesse dringender und notwendiger wäre als dieses! Von den Landesversicherungsanstalten aber dürfte kein Geld sicherer und nutzbringender angelegt sein als in derartigen Bau-

genossenschaften, weil in der Anlage dieser Gelder gleichzeitig die Prophylaxe gegen Tuberkulose, gegen Alkoholismus und gegen eine Reihe anderer, die Arbeitskraft und die Gesundheit des Arbeiters untergrabende Krankheiten verborgen liegt. *Die Schaffung von Heimstätten mit Ställen und Kleingärten ist die wichtigste hygienische Maßnahme*, die wir für unsere städtische und ländliche Arbeiterschaft in nächster Zeit zu treffen haben, und gleichzeitig die wichtigste soziale Maßnahme, um nach dem Abschluß dieses furchtbaren Weltkrieges den Frieden im Innern zu fördern, von der sich die Regierung durch kein Gezeter der Grund- und Hausbesitzervereine abbringen lassen darf mit dem Vorwurf, daß die Darreichung der Staatsgelder zu niedrigerem Zinsfuß an die Baugenossenschaften ungerecht sei. Dieser Vorwurf, der so oft schon gemacht wurde, ist haltlos angesichts des Umstandes, daß in dieser Schaffung von möglichst vielen Einzelhäusern mit Stall und Garten eine Hauptquelle für die Kraftentwicklung unserer Nation durch Vermehrung des Menschenmaterials liegt! Somit handelt es sich hier nicht um eine Frage der Menschlichkeit und der Nützlichkeit, sondern *es ist vor allem eine Frage der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit gegen unsere Helden* und eine Forderung der Selbsterhaltung unserer Rasse, unserer Nation!

Wer aber sind unsere Krieger? Wer ist unser Heer? Das ist unser ganzes Volk, das sind all unsere Männer, unsere starken, gesunden, besten Männer! Nach diesem Kriege, in dem unser Volk in Waffen unser Vaterland gegen eine Welt von Feinden geschützt hat, ist es nicht mehr angängig, daß das Elend in breiten Massen unseres Volkes weiterhin geduldet werden darf, daß es unter der Agide der Stadtbehörden, die nur zu oft unter dem Einflusse von Haus- und Grundbesitzern stehen, geradezu gewaltsam großgezüchtet wird, lediglich zum Vorteile dieser Schar von Haus- und Grundbesitzern mit ihrem Anhang von Baulöwen, Branntweinbrennern, Inhabern von Bierpalästen und Weinstuben, Tingeltangel- und Kinobesitzern, oft genug übelster Sorte, Schnaps- und Bordellwirten. *Die Gesunderhaltung und Vermehrung unseres herrlichen Volkes ist bei Gott wertvoller als die Erhaltung dieser zum größten Teil geradezu gemeingefährlichen Berufe von fast englischer Skrupellosigkeit und Gewissenlosigkeit ihren Mitmenschen gegenüber.*

Schon in den ersten Kriegswochen begann ich mit der Abfassung der vorliegenden Schrift. Zu meiner großen Freude sah ich von Woche zu Woche, besonders aus den von Damaschke herausgegebenen Blättern für Bodenreform, der „Deutschen Warte", aus der „Zeitschrift für Wohnungs-

wesen", aus dem „Hamburger Correspondenten", in der „Neuen Badischen Zeitung", aus den „Mitteilungen der deutschen Gartenstadtgesellschaft", wie immer mehr Männer sich der Lösung dieser großen Frage widmeten: unser Vaterland wirklich zu einer großen Heimstätte für unsere heimkehrenden Helden zu gestalten.

Wir müssen hier verschiedene Bestrebungen, die im Grunde genommen alle das gleiche wollen — aber doch von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen — sehr wohl auseinanderhalten.

Zunächst handelt es sich darum, Tausenden von diesen Männern, die früher in engen Höfen und Gassen der Großstädte gehaust haben, eingepfercht in engen, dunklen Zimmern, und die nun monatelang ein Leben in freier Natur geführt haben, die oft wochenlang kein Dach über sich gesehen haben, denen ein Grauen angehen wird, wenn sie nach Friedensschluß nach getaner Arbeit in Fabrik und Werkstatt in ihre licht- und luftarmen Behausungen zurückkehren sollen, Heimstätten zu bieten, in denen sie in frischer reiner Luft aufatmen und die Brust wieder dehnen können, wie sie es gewohnt worden waren, in der schweren, aber großen Zeit des Weltkrieges draußen im Felde.

Für alle diese Hunderttausende, ja Millionen, müssen wir mit der Forderung herantreten an unsere gesetzgebenden Körperschaften im Reich, im Staat und in der Gemeinde, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unsere Städte systematisch, wie ich es im obigen ausführlich gezeigt habe, zu dezentralisieren und auf diese Weise unseren aus dem Felde heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit zu bieten, nach ihren Vermögens- und Einkommenverhältnissen sich Heimstätten zu erwerben, in denen sie nach getaner Tagesarbeit im Freien ihre Gärtchen oder ihren Acker bestellen und die Frucht ihrer Arbeit selbst ernten können. Für alle diese Männer, die in solch schlechten Wohnungsverhältnissen hausen werden, werden die schon bestehenden Baugenossenschaften und Gartenstadtgesellschaften Ersprießliches tun können. In den Städten, in denen sie noch nicht bestehen, werden sie eben gegründet werden müssen. Sache aber der bestehenden Baugenossenschaften und Gartenstadtgesellschaften wird es sein, anregend und in jeder Weise mit Rat und Tat befruchtend den neu zu gründenden Vereinigungen beizustehen.

Wie tief die Sehnsucht nach derartigen Heimstätten in unserem Volke, welches draußen jetzt für die Sicherheit unseres Vaterlandes kämpft, wurzelt, dafür mag das schlichte aber erschütternde Gedicht eines sächsischen Webers Zeugnis ablegen, der als Landsturmmann jetzt dem Vaterlande dient. Die Verse standen in der „Deutschen Warte" vom 10. Dezember 1914:

In Ost und Westen tobt der Kampf,
Der Kampf ums heil'ge Vaterland!
Dort stehen Männer dicht gedrängt,
Dort stehen Helden Hand in Hand
Fürs heil'ge deutsche Vaterland!

Viel deutsche Krieger sterben dort
Und offenbaren aller Welt
Die Riesenkraft des deutschen Volks,
Die Kraft, die doch den Sieg erhält,
Wenn gleich die Welt uns überfällt!

Du todesmutig tapfres Volk,
Aus deiner teuren Heimaterde,
Saugst du die Kraft für solchen Kampf.
Daß Deutschland nicht entehret werde,
Sterbt, Helden ihr, mit jubelnder Gebärde.

O Deutschland, heil'ges Vaterland,
Gib diesen Männern Heimatrecht!
Ihr Wälder und ihr Fluren weit,
Oh, daß ihr tragt ein frei Geschlecht,
Voll Stolz auf gutes Heimatrecht!

Ja, freies Volk auf freiem Lande,
Das jedem bietet eine Statt!
O Vaterland, mach jeden Helden,
Wie er dich heiß geliebet hat,
Durch Gaben deiner Liebe satt!

In Nr. 8 der „Bodenreform" vom 20. April 1915 schreibt Damaschke: „Zum Kampf um die Kriegerheimstätten."

„Von den mancherlei Zuschriften, die hier eingehen, seien nur zwei wiedergegeben. Eine Soldatenfrau schreibt: Eben lese ich einen Aufsatz über Kriegerheimstätten. Mein Mann ist 36 Jahre; seit dem 5. Mobilmachungstage ist er im Felde. Unser einziger Wunsch ist, ein eigenes Heim zu haben. Da mein Mann nach dem Kriege auch wohl nicht mehr das leisten kann, wie vorher, hätten wir wohl unserem einzigen Wunsch entsagen müssen. Sollte sich aber doch eine Möglichkeit bieten, so wären mein Mann und ich sehr dankbar. Arbeiten würde ich sehr gern. Wieviel

Freude könnte man daran haben! Die Gegend wäre ganz gleich, wenn wir nur für uns allein sein könnten. Eine größere Freude könnte ich mir für meinen Mann gar nicht denken!"

Und dazu der Brief eines unserer hervorragendsten Heerführer, eines Generaloberſten:

„Wenn es gelingen sollte, den oft angeregten Gedanken des Heimstättengesetzes ins Leben zu rufen, so würde ich dieses als eine der schönsten Errungenschaften des Krieges begrüßen."

Eine Frage besonderer Art im Rahmen dieser großen Frage der Schaffung von Heimstätten für unser gesamtes deutsches Volk, insbesondere für diejenigen, die für uns gekämpft haben, ist die Schaffung von Heimstätten für unsere Kriegsinvaliden. Mir scheint aus verschiedenen Veröffentlichungen hervorzugehen, daß hier und da Neigung besteht, für diese gewissermaßen besondere Kolonien zu schaffen, vor allem in Ländereien in Deutschland, die gewissermaßen erst für diesen Zweck urbar gemacht werden sollen. Ich halte diese Pläne im allgemeinen für bedenklich. Vor allem, weil es mir grausam erscheint, unsere Kriegsinvaliden in einer größeren Zahl zusammen anzusiedeln, wodurch gewissermaßen ein gut Teil Menschenelend zusammengehäuft werden würde. Man werfe nicht ein, daß diese Leute, wenn sie unter sich sind, den Verlust ihrer Gliedmaßen weniger fühlen würden. Im Gegenteil!

Es mag dem Grafen Zichy auf seinem Gute, bei dem Versuche vorzugsweise Einarmige einzustellen, durch seine Liebenswürdigkeit und Menschenfreundlichkeit gelungen sein, in diesem engen Kreise diese Gefahr auszuschließen. Für gewöhnlich aber müssen wir die Tatsache gelten lassen, daß der Leidende gesundet und erstarkt in der Umgebung von Gesunden und Starken und im Zusammenleben mit diesen. Wohl aber sollen wir mit allen Kräften dafür sorgen, daß unseren Kriegsinvaliden ein Heim mit Stallung für Kleinviehzucht und Garten geschaffen wird, in denen sie unabhängig von der Konjunktur des Arbeitsmarktes mit dem Rest der ihnen gebliebenen Arbeitskraft und mit den Arbeitskräften ihrer Familie, ein wenn auch bescheidenes, so doch mit Hilfe ihrer Invalidenrente gesichertes Dasein führen können. Auf diese Weise werden Hunderttausende von denen, die draußen für uns und unser Vaterland ihre gesunden Gliedmaßen gelassen haben, dem Vaterland als brauchbare Bürger erhalten bleiben. Im anderen Falle laufen sie Gefahr, dem Elend, durch dieses der Verzweiflung und infolge dieser dem Trunk und der Verkommenheit anheim zu fallen, wie wir es mit so manchen Kriegsinvaliden von 1870 — zu unserer Beschämung haben erleben müssen. Gott wolle verhüten,

daß solche Dinge sich nach diesem großen heiligen Kriege wiederum ereignen können!

Pohlmann, Hohenaspe, sagt in Nr. 4 der „Bodenreform" vom 20. Februar 1915 in einem Artikel „Kriegerheimstätten" sehr richtig folgendes:

„Als unsere tapferen Krieger im Jahre 1871 aus Frankreich zurückkehrten, fand der junge Landmann, der sich ein eigenes Heim zu gründen hoffte, daß er plötzlich für ein Stück seiner vaterländischen Erde, die er mit seinem Blute verteidigt hatte, einen viel höheren Preis bezahlen mußte, als vor dem Kriege, und wer sich den Städten zuwandte, oder in sie zurückkehrte, wurde zum Dank dafür, daß er sie vor der Zerstörung durch den Feind bewahrt hatte, mit einer Mietserhöhung beglückt; ja viele Landwehrleute mit kinderreichen Familien fanden sich auf die Straße gesetzt und mußten in Baracken untergebracht werden, weil man die vorhandenen Wohnungen ‚besser' vermieten konnte als an sie.

Es ist bekannt, daß diese Zustände damals eine große Erbitterung hervorriefen, deren Wirkungen unser öffentliches Leben lange in unheilvoller Weise beeinflußten.

Wenn etwas Ähnliches vermieden werden soll bei der hoffentlich nicht minder siegreichen Heimkehr unserer tapferen Krieger aus dem gegenwärtigen Ringen, so ist es unbedingt nötig, daß ohne langes Zögern gesetzliche Grundlagen geschaffen werden nach der Richtung, daß

> allen, die sich der Landwirtschaft und der Gärtnerei zuwenden wollen, die Möglichkeit gewährleistet wird, auf billigem, nicht durch spekulative Vorwegnahme verteuerten Boden eine gesicherte Heimstätte zu erwerben und allen Familien, die genötigt sind, ihren Broterwerb in der Stadt zu suchen, die Möglichkeit geboten wird, gegen billige Abzahlung in erreichbarer Nähe ihrer Arbeitsstätte ein Eigenheim mit kleinem Garten zu erwerben.

Nur auf diese Weise läßt sich eine Wiederholung jener Verhältnisse vermeiden und bei planmäßigem Zusammenarbeiten von Reich, Staat und Gemeinden sollte das gewünschte Ziel ohne allzu große Schwierigkeiten erreicht werden können; denn die Vorbedingung dazu, der nötige Boden ist vorhanden. Es handelt sich nur um seine zweckmäßigste Hergabe.

Wenn es sich nur um das Problem der Kleinsiedlung selbst handeln würde, wären auch hierfür schon die nötigen Grundlagen vorhanden; aber bei den Kriegerheimstätten soll es sich um etwas Weitgehenderes handeln; in ihrer Hergabe soll gewissermaßen der Dank des Vaterlandes für seine

erfolgreiche Verteidigung zum Ausdruck kommen, einmal durch billige Hergabe von Land an Kriegsteilnehmer und zweitens durch weitgehendes Entgegenkommen in der Finanzierung solcher Heimstätten.

Während die Grundlage der Kleinsiedlung im allgemeinen nur die sein kann, daß die Rente sich nach dem Marktwerte des Bodens richtet, und vom Bewerber ein gewisses Kapital nachgewiesen werden muß, um wenigstens 10 bis 20 Prozent des Baugeldes aufbringen zu können, geht unser Vorschlag dahin, daß Staat oder Gemeinden gehalten sein sollen, etwaigen Kriegsteilnehmern, die sich darum bewerben, in gewissem Umfange Land zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen, und daß eine Kriegsheimstättenbank geschaffen werde, die das Baugeld in voller Höhe gegen eine ratenmäßige Abzahlung vorstreckt, indem das Reich die Garantie für die dazu nötige Pfandbriefausgabe übernimmt. Von den Bewerbern um gärtnerisch und landwirtschaftlich zu nutzende Heimstätten müßte allerdings der Nachweis der Befähigung zum Beruf sowie eines entsprechenden Betriebskapitals verlangt werden.

Um nun zu vermeiden, daß die Fürsorge, die der Staat auf diese Weise den Familien seiner Krieger angedeihen läßt, zu spekulativen Zwecken ausgenutzt wird, indem ein Heimatstättenbewerber die billig erworbene Stelle allein des verdienten Wertzuwachses wegen weiter veräußert, geschieht die grundbuchamtliche Übertragung des Bodens nicht gegen bar, sondern gegen eine ewige Rente, die aber bei jedem Besitzwechsel durch Neueinschätzung in Übereinstimmung mit dem Marktwert gebracht wird.

Auf diese Weise werden zwei wichtige Gesichtspunkte beachtet: Der Heimstättenbewerber hat, solange er lebt, den Vorteil einer billigen Rente; Gemeinde oder Staat aber haben keinen dauernden Nachteil von der Hergabe billigen Landes, da ihnen beim ersten Besitzwechsel die erhöhte Grundrente zufällt. Das Opfer wäre nur ein zeitweiliges, und es fragt sich sehr, ob es nicht durch die schnellere Besiedelungsmöglichkeit und den dadurch entstehenden allgemeinen Aufschwung des Ortes mehr als aufgewogen würde.

Zur Durchführung dieses Planes aber ist ein Sondergesetz nötig, um analog der preußischen Rentengutsgesetzgebung und der Bestimmungen für das Erbbaurecht für Staat oder Gemeinde die Berechtigung zur Erhebung einer ewigen Rente zu erlangen, da das Bürgerliche Gesetzbuch nur eine Dauer von 30 Jahren vorsieht. Auch bedürfte die Finanzierung in obigem Sinne einer Sonderbestimmung.

Es erscheint daher dringend erwünscht, daß eine lebhafte Agitation einsetzt zur Erreichung dieses Zieles, und daß sich alle jene Kreise daran beteiligen, die der Ansicht sind, daß das Vaterland nicht nur eine Dankes-

schuld abzutragen hat an alle, die als Invaliden zurückkehren, sondern schlechterdings an alle, die unsere heimatliche Scholle mit ihrem Leben verteidigt haben."

Am Schlusse des ganz vortrefflichen Vortrages über staatsbürgerliche Bildung von seiner Exzellenz Wirklichen Geheimen Rat Adolf Wagner sagt Damaschke in einem Anhang über die staatsbürgerliche Aufgabe nach dem Siege sehr richtig:

„Was soll nun geschehen, um nach dem Siege eine krankhafte Erhöhung aller Bodenpreise in Stadt und Land, damit zunehmende Verschuldung und Verteuerung aller Lebensbedürfnisse auszuschließen?

Was wollen die deutschen Bodenreformer dagegen tun? Sie kämpfen für ein

Krieger-Heimstätten-Recht,

das heißt, sie fordern ein Reichsgesetz, durch das den heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit geboten wird, mit öffentlicher Hilfe eine Heimstätte zu erwerben, sei es zum Zweck ländlicher oder gärtnerischer Siedlung, sei es zum Erwerb eines Wohnheimes, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Anspruch jeden Kriegers auf Hergabe billigen Bodens, bei dessen Preis nicht der Marktwert, sondern allein die Rücksicht auf den gesicherten Bestand der Heimstätten maßgebend ist;

2. Übernahme des Grundstücks ohne Kapitalanzahlung gegen eine mäßige unkündbare Rente, die nicht erhöht werden darf, solange der Kriegsteilnehmer lebt oder sich nicht der Heimstätte entäußert;

3. Bereitstellung von Baudarlehn gegen mäßige Zins- und Tilgungssätze, wobei nur für gärtnerische oder landwirtschaftliche Betriebe die berufliche Eignung und angemessenes Betriebskapital vorauszusetzen sind. Diese Tilgungsdarlehen dürfen die volle Höhe der Baukosten erreichen, damit auch Unbemittelten die Errichtung eines Eigenheimes ermöglicht wird.

Es bedarf keiner Ausführung, was ein solches Gesetz bedeuten würde für den sozialen Frieden unseres Volkes, für die gesundheitliche und sittliche Stärkung des ganzen Volkslebens, für die Erhöhung der Wehrkraft unseres neuen deutschen Reiches.

Gewiß wäre es das richtigste, ein allgemeines deutsches Heimstättenrecht zu fordern, und der Bund Deutscher Bodenreformer hat seit Jahren diese Frage als eine der wichtigsten Fragen unserer Volkszukunft eingehend behandelt.

Es sei daran erinnert, daß schon einmal auch im Reichstag sich eine Mehrheit für ein Gesetz fand, dessen erster Paragraph lautete:

„Jeder Angehörige des Deutschen Reiches hat nach vollendetem 24. Lebensjahr das Recht zur Errichtung einer Heimstätte."

Welche Bedeutung gerade nach dem Kriege eine derartige Ansiedlung unserer Krieger haben würde, darüber sagt sehr treffend der bekannte Lehrer Schöll in Stuttgart in der Alkoholfrage in einem kleinen Artikel „Grundsätze und Krieg":

„Gewaltige seelische Wirkungen hat der Krieg im Gefolge gehabt, und für die dem Deutschen trotz aller weltbürgerlichen Anwandlungen tief eingewurzelten Liebe zum Vaterland und zur Heimat hat er den überwältigenden Beweis geliefert. Damit aber hat Deutschland gezeigt, daß es den Keim zur Größe und die Fähigkeit zur Weltherrschaft, nicht im englischen Sinne, sondern zu einer in geistiger Bedeutung, sittlichen Stärke und einer mit völkischem Bewußtsein und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit gepaarten Siedlungskraft bestehenden Weltherrschaft in sich trägt. Will aber unser deutsches Volk seine Siedlungskraft sich in vollem Maße erhalten, so muß es wissen, welche Umstände sie störend beeinflussen; und es muß dann dieses Wissen sich zum heiligen Gesetz, zum Grundsatz, zum kategorischen Imperativ machen und keine Rücksicht auf irgendwelche schwierige Lebenslage, etwa auf die Strapazen des Feldzuges, darf die Befolgung eines im Interesse der deutschen Weltmission aufgestellten Grundsatzes hindern oder abschwächen. Die Siedlungskraft der Deutschen ist vor allem eine physische Eigenschaft, die durch eine Reihe von Umständen gestört werden kann. Als einen der bedeutsamsten Gründe, welche die Geburtenzahl — den äußeren Ausdruck der Siedlungskraft — hemmend beeinflußt, hat man mit Recht die Anhäufung von Menschen in den Großstädten und die in den Großstädten herrschende Wohnungsenge bezeichnet. Diese Sachlage hängt aber von Umständen ab, die der einzelne nicht beeinflussen kann, die also nicht zum Grundsatz werden können. Ein zweiter Grund ist die bewußte Beschränkung der Kinderzahl. Das greift schon ins persönliche Wollen und Handeln ein, wenn es auch noch stark von gesellschaftlichen Ursachen, wirtschaftlicher Lage u. a. abhängt. Ein dritter Punkt jedoch liegt ganz und gar auf dem Gebiet des persönlichen Wollens: es ist die Beeinflussung der Volksgesundheit und der Volkszahl durch den Alkoholismus. Unmittelbar beschränkend wirkt diese zwar sehr alte, aber erst durch moderne Reklame und Verkehrsmöglichkeiten gesteigerte Volkssitte vor allem durch die im Gefolge des Alkoholismus so unheilvoll wirkenden Geschlechtskrankheiten. Es ist nachgewiesen worden, daß unter 211 Fällen von Geschlechtskrankheiten die Ansteckung nur in einem Viertel der Fälle in nüchternem Zustande, in drei Viertel aber unter dem Einfluß des Alkohols stattfand und zwar bei

47 v. H. in leicht angeheitertem Zustand. Nur 8 v. H. der Angesteckten waren Gewohnheitstrinker. Wenn von den 600 000 jährlich neu erfolgenden Ansteckungen auch nur die Hälfte (statt drei Viertel) auf Rechnung der üblichen Trinksitte gesetzt wird und in Betracht gezogen wird, wie viele Kinder dadurch dem Volke entzogen werden oder geschädigt zur Welt kommen, so erscheint es schon reichlich berechtigt, dem Jüngling Enthaltsamkeit vom Alkohol als völkische Pflicht hinzustellen. Weiter unmittelbar beschränkend wirkt der Alkoholismus durch die Schädigung auf die Keimkraft. Schon Darwin hat behauptet, daß Trinkerfamilien in der vierten Folge erlöschen. Neuerdings ist aber durch mikroskopische Untersuchung nachgewiesen, daß Alkoholismus sowohl bei männlichen als bei weiblichen Keimdrüsen völligen Schwund an Samen- und Eizellen erzeugen, also völlige Unfruchtbarkeit zur Folge haben kann. Würden diese Tatsachen dem Volke im weiteren Kreise bekannt sein, so würde mit mehr Energie an die Bekämpfung eines so gefährlichen Giftes herangegangen werden. Rechnet man nun aber noch hinzu, wieviel an Menschenmaterial durch regelmäßigen Alkoholgenuß entweder unmittelbar oder durch Erzeugung weniger kräftiger oder gar stark geschädigter Nachkommen verloren geht, und wie sehr ein Volk durch Alkoholismus an seiner Fähigkeit zur Weltbeherrschung durch Siedlung einbüßt, so wird man verstehen, daß hier Rücksichten nicht am Platz sind, sondern daß jeder einzelne die vermeintliche persönliche Freiheit der völkischen Pflicht und Weltaufgabe zum Opfer bringen muß, indem er es sich zum strengen Grundsatz macht, den Schädiger unserer deutschen Kulturmission zu meiden. Aber nicht allein das. Unsere Soldaten im Felde stellen die Blüte der deutschen Volkskraft dar, unser Höchstes und Heiligstes. *Hier darf nicht die Rücksicht auf Wünsche und Freiheiten und Gewohnheiten walten, sondern ein von dem Glauben an die Kulturaufgabe des deutschen Volkes, an seine Siedlungskraft diktierter Grundsatz.* Wir haben viele Opfer für das Vaterland gebracht. Der Grundsatz der Alkoholfreiheit ist unter allen das weitschauendste Opfer und dasjenige, das wir zugunsten der kommenden Geschlechter und der zukünftigen Größe Deutschlands am leichtesten bringen können. Unsere Heeresverwaltung ist durch eine Reihe von Verordnungen mit dem besten Willen und Beispiel vorangegangen. Es fehlt nur an uns. Zeigen wir uns würdig der großen Zeit und verstehen wir den Ruf des Schicksals recht, der an uns ergangen ist, so müssen wir die berauschenden Getränke meiden. Wir sparen dadurch ein Erhebliches an Nahrungsmitteln (Gerste, Kartoffeln, Obst), arbeiten also für Gegenwart und Zukunft zugleich."

Höchst beachtenswert sind die Worte, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Albert Südekum am 10. Dezember in einer großen Volksversammlung in der Philharmonie sprach. „Seit dem Ausbruch des Krieges", sagte er, „sei Gewaltiges geschehen. Die zu Hause Gebliebenen können unseren Brüdern im Felde gar nicht genug danken für die Taten des Heldenmutes. Noch aber ist die Kraft des Feindes nicht gebrochen, noch werden schwere Opfer zu bringen sein, ehe wir zum Frieden kommen. Wir werden jedoch einen Frieden erringen, der den deutschen Interessen vollauf entspricht. Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie hat den Diplomaten der feindlichen Mächte nicht geringe Überraschung bereitet. Man hatte dort etwas anderes erwartet. Vielleicht wurde auch im eigenen Lande mancher, der das Wesen der Arbeiterschaft nicht kannte, durch die Stellungnahme der Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch und in der Reichstagssitzung vom 4. August überrascht, und doch steht die Demokratie aller Schattierungen auf nationalem Boden, was von der Sozialdemokratie der Führer August Bebel zu wiederholten Malen hervorgehoben hat. Die deutsche Arbeiterschaft ist der festen Überzeugung, daß in diesem Kriege ihr Vaterland Angriffen ausgesetzt ist, die abgewehrt werden müssen. Demgemäß ist die Haltung der Arbeiterschaft, wofür sie besondere Anerkennung nicht fordert und auch nicht fordern kann. Die Arbeiterschaft weiß, daß Rußlands Machtgelüste und Englands Einkreisungspolitik sich Frankreich dienstbar gemacht haben, und daß ein Sieg dieser Koalition das Ende deutscher Kultur und auch der deutschen Industrie bedeuten würde. Das Wort des Kaisers: ‚Ich kenne jetzt keine Parteien mehr' ist auch von der Sozialdemokratie freudig begrüßt worden, um so mehr, weil einst ihr Führer Vollmar ein ähnliches Wort für den Fall der Not ausgesprochen hat. Die Sozialdemokratie ist auch bemüht, den Burgfrieden während der Kriegszeit zu wahren." Unter Hinweis auf die Rede des Reichskanzlers vom 2. Dezember betont auch Dr. Südekum, daß in Zukunft ein besseres Verstehen im Volke notwendig sein wird. „Wir müssen uns besser kennen lernen. Früher gemachte Fehler müssen vermieden werden, auch dort, wo Gegensätze nicht zu beseitigen sind. Die zunehmende Industrialisierung hat nun einmal die Scheidung der Volksgenossen in Kapitalbesitzende und Kapitallose beschleunigt und gewaltige Völkerwanderungen innerhalb des Vaterlandes hervorgerufen. Die Arbeiterschaft wird nach dem Kriege durchführbare Forderungen erheben. Sie wird sich berufen auf die Worte des Reichskanzlers vom 2. Dezember. Um diese Forderungen nachdrücklich stützen zu können, sind starke Organisationen erforderlich. Von Vaterlandslosigkeit wird nicht mehr gesprochen werden können, wohl aber

wird das Wort gelten: Auf freiem Boden ein freies Volk."

Diese Worte des sozialdemokratischen Parteiführers mögen ein Fingerzeig für diejenigen Männer sein, die in unseren gesetzgebenden Körperschaften und somit am Steuerrade der Regierung sitzen: Hier ist der Punkt, um nach dem Frieden mit unseren äußeren Feinden dem inneren Frieden die einzig naturgemäß sichere Grundlage zu geben!

In der „Concordia", Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, beschäftigt sich Stabsarzt a. D. Dr. Christian mit der Ansiedlung eines Teiles unserer Kriegsinvaliden. Als Ansiedlungsland stehen nach ihm zur Verfügung:

„1. Teile der aus politischen Gründen zur Ansiedlung bestimmten Gebiete;

2. mehrere Millionen Hektar Heide- und Hochmoorländereien, die schleunigst durch die Kriegsgefangenen urbar gemacht werden müßten;

3. die bei der Grenzregulierung nach dem Kriege gewonnenen Landstrecken, in denen möglichst zahlreiche deutsche Ansiedler seßhaft zu machen sind."

So dankenswert diese Anregung ist, so muß ich doch auf das oben Gesagte hinweisen, daß man eine gewisse Vorsicht obwalten lassen müsse, nicht zu viele Invaliden zu einer Kolonie zusammenzufassen.

Gelingt es diesen Ansiedlungen aus hygienischen, sozialen und politischen Gründen genügend zahlreiche gesunde Elemente einzufügen, so dürfte damit ein großer Schritt vorwärts getan sein zur Verwirklichung unserer Wünsche. Nur möchte ich mit Bezug auf die Kultivierung unserer Hochmoorländereien noch bemerken, daß wir mit dieser Kultivierung ebenfalls vorsichtig zu Werke gehen müssen, damit wir nicht die für unser Land und für unsere deutschen Flüsse so notwendigen Wasserreservoire, die uns in unseren Mooren gegeben worden sind, vernichten. Hier ist eine sehr sorgfältige Auswahl der zu kultivierenden Moore zu treffen, damit wir unserem Vaterland angesichts des jetzt schon dauernd schnell sinkenden Grundwasserstandes für seine Fruchtbarkeit keinen dauernden Schaden zufügen.

Ich habe in meiner vom Dürerbund herausgegebenen Schrift über die Verunreinigung der deutschen Gewässer, ihre Bedeutung und ihre Verhütung, sowie in einer Reihe früherer Schriften ausdrücklich auf diese Verhältnisse bereits hingewiesen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal auf das Wort vom Stabsarzt Christian „von der Benutzung der bei der Grenzregulierung nach dem

Kriege gewonnenen Landstrecken zur Seßhaftmachung von möglichst zahlreichen deutschen Ansiedlern" zurückgreifen. Wie groß dieses bei der „Grenzregulierung" zu gewinnende Land sein wird, ist zu erörtern jetzt noch nicht die Zeit. Aber allen denen, die aus irgendwelchen prinzipiellen oder politischen Gründen zurzeit noch gegen eine Kriegsentschädigung seitens unserer besiegten Feinde an uns in Gestalt von Land sind, möchte ich im Anschluß an die Rede unseres Reichskanzlers, in welcher derselbe die Notwendigkeit einer Regulierung unserer Grenzen in dem Maße betont, daß uns kein Feind in so verbrecherischer Weise wieder anzugreifen wagen dürfte, folgendes entgegenhalten: Wir hatten sicher den Krieg nicht gewollt, sondern nur Frieden mit allen Völkern. Vor allem hat kein Mensch in Deutschland an einen Eroberungskrieg gedacht. Nun aber hat uns der so freventlich aufgezwungene Krieg die Augen geöffnet und uns eins als eiserne Notwendigkeit gezeigt: Wir brauchen Land, viel Land! — Nicht nur für unsere heimkehrenden Sieger, von denen ein großer Teil nicht wieder in die Fabriken zurückkehren wollen wird, um dort vielleicht für den Export in uns halb oder ganz feindselig gesinnte Länder zu arbeiten, Krieger, die draußen im Kriegsfeld wieder zu Bauern geworden sind und nun im Frieden weiter schaffen wollen in Gottes freier Natur als freie Bauern, die nicht wollen, daß ihre Kinder wieder als Proletarier in den Fabriken und Gängevierteln der Städte verkommen, sondern die ihre Kinder, dieses herrliche Geschlecht von Blondköpfen mit blauen Augen, wiederum als freie Bauern auf freier Scholle sehen möchten! Wir brauchen Land! Nicht nur für unsere Kriegsinvaliden, die nichts weiter mehr können, als ein Stück Gartenland bestellen, — sondern auch für die Söhne aller dieser unserer Krieger und unserer Bauern, damit sie weder in die Industrien und in die Städte, noch vor allem in das Ausland abzuwandern brauchen. Wir brauchen endlich Land für die Hunderttausende von Kolonisten, die bis zum Kriege in den uns jetzt feindlichen Ländern sich eine neue Heimat begründet hatten, in Rußland, England, Frankreich, Kanada, Italien, denen der Haß der Feinde jetzt aber ihre dortigen Heimstätten zerstört und geraubt hat, und die sich selbst nach dem Frieden inmitten von diesen von uns besiegten Völkerschaften nicht mehr heimisch fühlen werden. Allen diesen Stammesgenossen, die vor Zeiten aus Deutschland ausgewandert waren, weil Deutschland ihnen zu eng geworden war, müssen wir in dem neuen, größeren, mit besseren, sicheren Grenzen versehenen Deutschland nach dem Kriege eine neue Heimat bieten. Auch sie sind Krieger und Kriegsinvaliden, die für ihr Deutschtum gelitten und geblutet haben. Ich erinnere an die Schmach und das Elend der englischen, französischen und russischen Kon-

zentrationslager, in denen unsere Feinde, zum Teil unter der Aufsicht von Wilden unsere Volksgenossen zusammengepfercht haben! Allen diesen Stammesgenossen müssen wir eine neue Heimat bieten, da die Feinde ihnen durch ihren verblendeten Haß ihre früheren Heimstätten geraubt haben! Gleichzeitig aber werden uns alle diese, fast für uns schon verlorenen Stammes- und Volksgenossen ein wertvoller Macht- und Wertzuwachs sein, — wichtig und wertvoll auch durch ihre Zahl an Kriegern im Hinblick auf einen etwaigen Rachekrieg der unterlegenen Völker oder einen neuen Weltkrieg, ausgehend von irgendwelchen eroberungslustigen Nationen. So brauchen wir Land und nochmals Land! Und was wir auch immer als Entschädigung für diesen blutigsten und opferreichsten, uns aufgezwungenen Krieg erwerben werden: es wird nur altes deutsches Kulturland sein, mit deutschem Blut gedüngt, mit deutschem Schweiß und Geiste kultiviert!

Auch die deutsche Gartenstadtgesellschaft hat in ihrem Februarheft von 1915 in warmen Worten auf die Ansiedlung unserer Krieger und Kriegsinvaliden in gartenstädtischen Heimstätten hingewiesen, nachdem Marie Ebhardt bereits im Vortrupp 1914 auf die Schaffung von Kriegerheimstätten hingewiesen hatte.

Die „Zeitschrift für Wohnungswesen" veröffentlicht in Nr. 12 vom 25. März dieses Jahres eine Besprechung, die die Freunde dieses Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands über die Besprechung der Frage der Ansiedlungen von Kriegsinvaliden hatten.

Der Vizepräsident des Reichstags, Herr Geheimrat Professor Dr. Paasche, hielt die einleitende Rede. „Wir hätten mit viel mehr Kriegsinvaliden zu rechnen, als wir erwartet haben und müssen, wenn wir unsere gesetzlichen Pflichten erfüllen wollen, riesige Summen in einem zu schaffenden Invalidenfonds festlegen. Selbstverständlich muß ausreichend für die Opfer des Krieges gesorgt werden. Das Richtigste wäre, nicht die Rente zu erhöhen, sondern selbständige Existenzen zu schaffen. Die ärztliche Kunst macht zwar fast alle wieder ganz gesund und erwerbsfähig, aber der Staat müßte den Invaliden Plätze offen halten, wo sie voll leistungsfähig sich betätigen können. Von denen, die zu Krüppeln geschossen sind, brauchen allerdings nur 5 v. H. dauernd ihren Beruf zu wechseln. Wir hätten aber nicht nur Krüppel, sondern auch sehr viele Kranke. Diese ließen sich nicht alle in Fabriken unterbringen, sie könnten besser draußen in frischer Luft sich betätigen. So sollten wir sie in jeder Form siedeln. Entweder als Bauern oder Landarbeiter oder auch als Handwerker und Industriearbeiter bei kleinen Orten. Alle, die vom platten Lande stammen, müßten wir

auch wieder dahin zurückführen und sie nicht etwa der schädigenden Heimindustrie überlassen. Platz ist genug für alle vorhanden. Wir haben noch genug kulturfähiges Ödland. Wir haben gesehen, daß wir zur Sicherung unseres Bedarfes an Nahrung unsere gesamten Ländereien so intensiv wie möglich ausnutzen müssen. Durch eine umfangreiche Kleinsiedlung werden wir die Ernährung unseres Volkes bessern und sicher stellen. Die gesiedelte Familie kann in ihrem Garten Kartoffeln und alles Gemüse, alles Obst, das sie braucht, selbst erzeugen. Sie kann sich Hühner halten und dadurch stets frische Eier haben. Wenn sie Ziegen in ihren Ställen füttert, kann sie genügend Milch für die Kinder selbst erzeugen. Durch Fütterung von Schweinen kann sie fast ihren ganzen Fleischbedarf selber decken und schließlich noch manches verkaufen und auf den Markt bringen. Solche Kleinsiedlungen können auch bei verminderter Arbeitskraft bestellt werden. Die Mittel zu großzügigen Siedlungen müßten zum Teil im Rentengutsverfahren aufgebracht werden, zum Teil müßte die geringe Anzahlung von Freunden der Ansiedlung geschenkweise hergegeben werden und größere Mittel vom Staat oder Reich bereitgestellt werden. Dr. Keup von der Gesellschaft für innere Kolonisation trat für teilweise Kapitalisierung der Invalidenrente ein. In der folgenden Diskussion, an der sich u. a. beteiligten: Präsident Metz, Ministerialdirektor Dr. Freund, Dr. Oppenheimer und Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, wurden Bedenken gegen eine solche Kapitalisierung geäußert."

Alle Redner aber und die gesamte stark besuchte Versammlung nahmen mit Begeisterung den Plan auf, den Invaliden und ihren Familien ein Heim auf dem Boden ihres Vaterlandes zu sichern, das sie mit Aufopferung ihrer Gesundheit verteidigt haben.

Inzwischen hat sich in Berlin bereits ein Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gebildet, dessen erster Paragraph lautet:

§ 1.

Der Hauptausschuß erstrebt ein Reichsgesetz, durch das den heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit geboten wird, mit öffentlicher Hilfe im Reiche oder seinen Kolonien eine Heimstätte zu erwerben, sei es zum Zwecke ländlicher oder gärtnerischer Siedlung, sei es zum Erwerb eines Wohnheimes, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Anspruch eines jeden Kriegers auf Hergabe billigen Bodens, bei dessen Preis nicht der Marktwert, sondern allein die Rücksicht auf den gesicherten Bestand der Heimstätten ausschlaggebend ist.

2. Übernahme des Grundstücks ohne Kapitalanzahlung gegen eine mäßige unkündbare Rente, die nicht erhöht werden darf, solange der Kriegsteilnehmer lebt oder sich nicht der Heimstätte entäußert.

3. Bereitstellung von Baudarlehen gegen mäßige Zins- und Tilgungssätze, wobei für gärtnerische oder landwirtschaftliche Betriebe die berufliche Eignung und ein angemessenes Betriebskapital vorauszusetzen sind. Diese Tilgungsdarlehen dürfen die volle Höhe der Baukosten erreichen, damit auch Unbemittelten die Errichtung einer Heimstätte ermöglicht wird.

In den Mitteilungen des deutschen Vereins für Wohnungsreform vom Kriegsausgang heißt es:

„So erwarten im Anschluß an den Krieg neue große Aufgaben die Wohnungsreform und nicht Stillstand, sondern neue Arbeit und Mühe wird die Losung sein. Aber es ist eine schöne Arbeit! Gilt es doch, auch an unserem Teile die Grundlagen zu legen für das neue, vergrößerte und verstärkte, verbesserte und verschönte Deutschland, das wir alle nach dem Kriege erwarten!"

Am 18. April 1915 berichtet die „Deutsche Warte" in Nr. 105 ein Referat über die allgemeine deutsche Tagung über soziale Fürsorge für Kriegerwitwen und Kriegerwaisen. Die Unterhaltung, die im Sitzungssaal des Reichstages stattfand, „zeigte", wie die ‚Deutsche Warte' schreibt, „wieder einmal, daß der uns aufgezwungene Krieg uns auch reiche Güter, die dauernd zum Segen unseres Volkes dienen, geschenkt hat. Die glänzende Versammlung, die von hohen Regierungsbeamten und von einfachen Arbeitern, von Reichstagsabgeordneten der verschiedensten Parteien, von den ersten Führern unserer großen Berufs- und sozialen Vereinen besucht war, zeigte, daß durch den Krieg unser Volk zu einer einzigen Familie zusammengeschmolzen worden ist, worin jedes Glied für die Zukunft des anderen mit Liebe bedacht ist. Schützen unsere braven Krieger mit ihrem Leben die Grenzen unseres Vaterlandes, so wollen die Daheimgebliebenen, die nicht unmittelbar mit dem Kriege zu tun haben, alle Sorgen und Nöte ihrer Brüder im Felde abnehmen und für deren Glück und Wohlfahrt arbeiten.

Eine vornehme Pflicht unseres Volkes ist, in erster Linie für die Witwen und Waisen der Helden, die auf dem Felde gefallen sind, zu sorgen. Hier zeigte die Tagung viele Wege zur Hilfe. Aus der Fülle der Referate sei nochmals besonders auf den Vortrag des Hauptgeschäftsführers der Landwirtschaftskammer, Dr. Hoffmeister, hingewiesen. Er betonte, daß die Abwanderungsbewegung vom Lande und der Zustrom nach den Großstädten erfahrungsgemäß nach dem Kriege stark zunehmen wird, und daß besonders die Hinterbliebenen der einfacheren handarbeitenden Schichten der Land-

bevölkerung, die durch den Tod ihres Ernährers in den Besitz einer Rente kommen, in große Versuchung gebracht werden, das platte Land zu verlassen. Dadurch wird aber das Großstadtelend vergrößert. Hier müßten Schutzwehren errichtet werden.

In der Aussprache wiesen Geheimer Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Regierungs- und Landesökonomierat Otto und die Leiterin des Heimarbeiterinnenvereins Fräulein Behm auf die Bestrebungen des Bundes Deutscher Bodenreformer und des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten hin. Die Versammlung zeigte durch lebhaften Zuspruch sich damit einverstanden, daß die beste Form, die Landbewohner auf dem Lande zu fesseln, die sei, ihnen die Möglichkeit der Errichtung einer Heimstätte zu geben. Der Hauptausschuß für Kriegerheimstätten fordert nicht nur die Errichtung von Kriegerheimstätten in der Stadt, sondern auch auf dem Lande. Damit auch den Unbemittelten die Möglichkeit der Ansiedlung gegeben wird, soll der Boden nicht gegen Bargeld, sondern gegen eine mäßige unkündbare Rente abgegeben werden. Gemeinde oder Staat können den Boden auch billig hergeben, da ihnen, sobald der Krieger oder seine Witwe stirbt, die erhöhte Grundrente wieder zufällt.

Durch Übergabe des Bodens gegen eine mäßige Rente verhindern wir, daß der Krieger seine Heimstätte nur zum Zwecke eines augenblicklichen Gewinnes wieder verkauft. Er hat also ein lebhaftes Interesse, möglichst bis zu seinem Lebensende auf dem billigen Rentengute zu bleiben. Das Rentengut wird ihm dann dauernd Heim und Heimat geben. Unser Volk wird dann wieder wurzelfest und bodenständig.

Es ist klar, daß durch Hergabe von Land in dieser Form am besten der Abwanderungsbewegung vom Lande Einhalt getan wird.

Die Forderung des Hauptausschusses, Kriegerheimstätten in Stadt und Land zu schaffen, ist deshalb eine Forderung nicht nur für Glück und Wohlfahrt unserer Krieger, sondern vor allem eine Forderung, die wir unbedingt um der Zukunft unseres deutschen Vaterlandes willen stellen müssen.

Wenn die soziale Tagung hierin Verständnis geweckt hat, so hat sie schon Großes erreicht."

Im „Hamburger Fremdenblatt" vom 19. April schrieb J. P. v. Ardeschah über die Zukunft der Niederelbe als Gemüseland nach dem Kriege. Auch er betont die Notwendigkeit der Schaffung von Rentengütern für Kriegsinvaliden. Mit Recht sagt v. Ardeschah:

„Der Landhunger in den Großstädten und eine gewisse Großstadtmüdigkeit sind ein sich steigerndes Symptom unseres Großstadtlebens schon vor dem Kriege gewesen. Es würde eine wertvolle und in ihren Folgen segens-

reiche Innenkolonisation sein, wenn man diese Elemente, die wieder bodenständig werden wollen, ans Land binden könnte. Eine solche Besiedelung der fruchtbaren Elbmarschen mit allerbestem Menschenmaterial unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, mit dem eine völlig ausreichende Einnahme sichernden intensiven genossenschaftlich organisierten Gemüsebau, müßte außerdem von unmittelbarem Einfluß auf den Bodenwert und die Ertragsfähigkeit der gesamten niederelbischen Marschen werden. Das ergibt sich klar aus einem einfachen Vergleich. Eine Marschwirtschaft von zehn bis zwölf Hektar, die ausschließlich Ackerbau und Viehzucht betreibt, gewährt ein hinreichendes, wenn auch unter den heutigen Verhältnissen kein reichliches Auskommen für eine Familie, während schon ein Hektar Gemüseland* wenigstens 1000 Mark Jahresrente abwirft."

Auch der Gedanke, daß es sich bei der Schaffung von Kriegerheimstätten keineswegs nur um die Schaffung von Heimstätten für die unteren Chargen handeln darf, sondern wie ich bereits auf Seite 88 (s. auch meinen Aufsatz in der sozialen Praxis, Nr. 31, S. 731, vom 29. April 1915) des Näheren ausgeführt habe, *auch um die Schaffung von Heimstätten für unsere Offiziere*, liegt wie man zu sagen pflegt bereits in der Luft. So geht das Bestreben des Bundes Deutscher Offiziersfrauen dahin, den Offizierswitwen und invaliden Offizieren Heimstätten zu schaffen. Dem Bunde sind in den verschiedensten Gegenden eine Anzahl Grundstücke und Eigenheime für Offizierswitwen, für invalide Offiziere und für seine Mitglieder kostenlos oder wesentlich unter dem Einkaufspreis und zu äußerst günstigen Zahlungsbedingungen angeboten worden.

Er bittet nun allerorts Terrain-, Bau-, Bankfachleute und sonstige Förderer der Eigenheimbewegung, deren Namen für strengste Unparteilichkeit bürgt, und die in der Lage sind, die einzelnen Objekte zu prüfen und den Bewerbern mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, sich ihnen zur Verfügung zu stellen. Zuschriften sind an den Bund Deutscher Offiziersfrauen, e. V., Berlin SW 11, zu richten.

So sehen wir, wie in allen Gegenden unseres deutschen Vaterlandes sich die Geister rühren, um unser Vaterland, das so Gott will nach dem Kriege größer sein wird als je zuvor, nach innen herrlicher auszubauen, als es je gewesen ist, und so zu einem kleinen Teil die Dankesschuld einzulösen, die wir unserem herrlichen Heere in allen seinen Gliedern schulden! Aber alle diese Bestrebungen können nur von Nutzen sein für unser Volk, wenn es uns gelingt *durch eine energische, durchgreifende*

* Entsprechend den Angaben von J. Kindshoven in seinem im Jahre 1913 in der deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrag über neuzeitigen Gemüsebau.

Bodenreform der Verteuerung des deutschen Bodens durch den Krieg vorzubeugen. Mit vollem Herzen unterschreibe ich die herrlichen Worte meines Kollegen, des Stabsarztes Dr. Ebeling, die derselbe im Märzheft der „Deutschen Bodenreform" 1915 in einem kleinen Aufsatz „Wir im Schützengraben und das deutsche Heimstättenrecht" ausgesprochen hat:

„Es gibt wohl kaum eine Pflicht, die für ein Volk, das sich das Recht auf Leben und Entwicklung nicht verkümmern lassen will, selbstverständlicher wäre als die, seinen heimkehrenden Kämpfern eine Heimat zu bieten, die den durch Opfermut und Liebe unter Leiden und Schauern des Todes geheiligten Namen verdient. Es darf nicht geschehen, daß die alte wehmütige Frage: ‚Dies tat ich für dich, was tust du für mich?', die einst keine Antwort fand, auch jetzt ohne Antwort bliebe, da sie uns aus den hager und ernst gewordenen Zügen der heimkehrenden wunden Kämpfer ansieht. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit darf nicht vergessen, was es ihnen schuldig wurde. Wie dürften vom vaterländischen Boden ausgeschlossen bleiben, die ihn verteidigt haben?

Ein Heimstättengesetz, das baldmöglichst geschaffen werden muß, soll den Familienvätern, die für den Heimatboden gekämpft haben, ein Anrecht an der Väter Land sichern. Unter ihnen werden viele sein, die gern ein Stück Boden vom Staat in Erbpacht nehmen und bebauen. Wir haben in Deutschland (nach Professor Wolltmann) 3 600 000 ha Ödland und Moor. Davon sind für Acker und Vieh brauchbar 2 600 000 ha. Warum soll es nicht bebauungsfähig gemacht werden? Dort könnten 400 000 tapfere Vaterlandsverteidiger, wenn sie heimgekehrt, für sich und ihre Familie und außerdem für Millionen Volksgenossen Getreide bauen und Vieh züchten. Land den Landesverteidigern! So hat es schon mehr als ein Hohenzoller gehalten zum Segen des Volkes!"

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf eine Art von Kriegerheimstätten hinweisen, an die noch zu wenig gedacht ist: das sind Versammlungsorte für unsere Kriegervereine nach dem Kriege. Nach dem herrlichen Worte unseres Kaisers zu Beginn des Krieges: „Ich kenne keine Parteien mehr!" steht selbstverständlich auch den Sozialdemokraten unter unseren heimkehrenden Kriegern der Zutritt zu unseren Kriegervereinen offen. Haben sie doch, wie sie schon vor dem Kriege stets ausgesprochen, was leider vielfach nicht geglaubt, besonders auch von unseren Feinden nicht geglaubt wurde, durch die Tat bewiesen, daß, wenn das Vaterland in Gefahr sei, alle politischen und sozialen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund treten würden. Durch alle diese Hunderttausende von

treuen Kameraden der Kriegszeit werden unsere Kriegervereine voraussichtlich derart anschwellen, daß es ihnen zu wünschen wäre, daß sie zur dauernden Pflege der Kameradschaft und der Liebe zum Vaterlande ihre Versammlungen in würdigen Räumen abhalten können, unabhängig von dem Trinkzwang und der Trinkverführung der Wirtschaften, eingedenk des Spruchs aus dem uralten, germanischen Heldenliede der „Edda", der schon die alten germanischen Helden vor der berauschenden Wirkung des Mets warnte: „Minder gut, als mancher behauptet, ist dem sterblichen Stamme das Bier, denn minder ist, je mehr er trinkt, seines Geistes Herr der Gast!" und eingedenk ferner der Mahnworte unseres obersten Kriegsherrn, unseres großen Kaisers, der immer und immer wieder darauf hinweist, daß nur das nüchternste Volk im Völkerringen dauernd Sieger bleiben werde! Hier ist ein Feld für wohlhabende, vaterländisch gesinnte Bürger, sich zu betätigen in der Schaffung von Kriegerheimen, d. h. schlichten, aber in deutscher Bauart gehaltenen Versammlungshäusern für unsere Kriegervereine.

Während diese Arbeit sich im Druck befindet, erscheint im Verlag für Kunst und Wissenschaft ein Heftchen von Johannes Lubahn: „Kriegerheimstätten", das sich wegen seines geringen Preises (10 Pfennig) vortrefflich zur Massenverbreitung unter unseren Soldaten in der Front und unter den Verwundeten in den Lazaretten eignet.

Gleichzeitig erschien die künstlerisch ausgestattete, von Ihrer Kgl. Hoheit Kronprinzessin Cecilie mit einem Geleitwort versehene und von Geheimen Medizinalrat Professor Salomon ausgearbeitete Denkschrift der Deutschen Gartenstadtgesellschaft: „Unseren Kriegsinvaliden Heim und Werkstatt in Gartensiedlungen", Preis 1,50 Mark, Renaissance-Verlag, Federn, Leipzig, Ostern 1915.

Während Geheimrat Salomon in der Frage der notwendigen sozialen Reformen auf dem gleichen Standpunkte steht, den ich in den vorstehenden Kapiteln festgelegt habe, sind seine Ausführungen über die Beschäftigung der Kriegsinvaliden in genossenschaftlich organisierter Heimarbeit zur Erzeugung von Qualitätsarbeit als höchst beachtenswert zu begrüßen. Die künstlerisch vollendete Ausstattung des Buches macht es zu einem wertvollen Werbemittel unserer Wünsche und Ideen in allen Kreisen der Bevölkerung.

Der derzeitige Leiter des Hamburger Volksheims, Walther Classen, gibt in einem Flugblatt „Wehrkraft und Erziehung" zum Schluß den gleichen Gedanken, wie ich sie hier ausgesprochen habe, Ausdruck:

„Diese Beengung des weiblichen Lebens bedroht die Volks- und Wehrkraft industriell arbeitender Nationen. Nur eines hilft: Verbreite-

rung für das Leben der Familie. Zu eng ist die städtische Etagenwohnung, wenn auch hygienisch und künstlerisch-freundlich gestaltet, für eine gesunde Lebensgemeinschaft. Diese braucht mehr Raum und mehr einander dienende und tragende Persönlichkeiten. Darum muß ein Teil der städtischen und industriellen Bevölkerung mit Garten und Gemüseland angesiedelt werden, und die Zahl der selbständigen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Stellen muß vermehrt werden. Nur aus diesem Arbeitsgrunde können Mütter und Töchter in rechter Kraft der Nation erwachsen und alsdann auch wirklich wertvollen neuen weiblichen Berufen seelisch und leiblich tüchtig und selbständig sich zuwenden. Und erst dann wird ein großer Segen über der weiblichen Fortbildungsschule sein."

So regt es sich an allen Ecken und Enden unseres Vaterlandes.

Ich will nicht verfehlen, anzuführen, daß diejenigen, die durch Gründung derartiger Siedlungsgesellschaften oder Baugenossenschaften durch die Tat mithelfen wollen, unseren heimkehrenden Kriegern wohnliche Heimstätten zu schaffen, die Normalstatuten zu solchen Vereinen mit genossenschaftlichen Gewerten beziehen können durch den Vorstand des Verbandes Deutscher Baugenossenschaften in Charlottenburg, was dringend zu empfehlen ist, um von vornherein Verstöße gegen das Genossenschaftsgesetz zu vermeiden.

Während der Drucklegung der vorliegenden Arbeit melden sich fast täglich die Stimmen derer, die die Bedeutung der Heimstättenfrage für unsere Krieger und Helden erkannt haben. Zwei der schönsten und ergreifendsten Auslassungen kann ich mir nicht versagen, dem Schluß meines Buches im Auszuge noch anzufügen.

So schreibt Walther Classen in der „Deutschen Warte" vom 3. Mai 1915:

„Dieser Krieg stellt uns in unserem inneren Leben für kommende Jahrtausende vor die wichtigste Entscheidung, ähnlich, wie es dem römischen Volke im zweiten Punischen Kriege geschah. Damals neigte sich für Rom die Wage des Weltenschicksals. Die Weltherrschaft fiel ihm zu. Aber Roms Bauernkraft war im siebzehnjährigen Kampfe verbraucht. Hier liegt die letzte Erklärung für das Rätsel, dem der heutige Romreisende mit modernen Augen unruhvoll nachforscht. Warum sinkt in der friedvollen, glänzenden römischen Kaiserzeit trotzdem die geistige, künstlerische und handwerkerliche Leistung? Erschöpft, verdorben war die Rassenkraft. Hinausgezogen war in die Provinzen die gesunde Römerkraft; aus den Latifundien der Großgrundbesitzer und Großhändler, die fremde Sklavenhand beackerte, wuchs die Begabung und Wehrkraft der lateinischen Nation nicht wieder nach. In die Städte aber fluteten die Reste der Bauern, die Händler und Zu-

wanderer aller Nationen zusammen; betriebsames Leben war da zwar, aber nicht lebendige Kraft, die sich aus sich selber neu erzeugt. Wo der Nachwuchs aus dem Mutterboden Erde fehlt, da gibt's wohl bewegliche, nervössensitive, suggestive (lauter undeutsche Worte!) Menschen, die nie mehr wirklich etwas schaffen, die überhaupt nicht anhaltend arbeiten, geschweige denn gründlich denken können. Es ist dasselbe Bild, — in den Großstädten des Altertums und im heutigen Neapel, London, Liverpool und für unsere Kriegshilfsarbeiter in Hamburg und Berlin. Ganzen Menschen haben wir sehr wenig zu helfen brauchen; es waren meist dreiviertel und halbe Menschen.

Aber unsere Lage ist umgekehrt wie die Roms im zweiten Punischen Kriege. Rom lernte leben vom eingeführten Korn und vernachlässigte seine Bauern, des reichlich gewonnenen Goldes froh. Sein Bauern- und Bürgerheer hatte sich in ein technisch und taktisch vorzügliches Berufsheer gewandelt. Wir im Gegenteil verwandeln unser ganzes Volk in ein technisch vollkommenes Kriegslager und lernen vom heimischen Acker zu leben.

Hier steigt die leuchtende Hoffnung der deutschen Zukunft auf. Unser Volk lernt wieder, daß das Paradies nicht ist, am Sonntag für Tingeltangel und hundert Betäubungen 20 Mark ausgeben können, sondern das Paradies ist Gartenland und Hühner, und Futter für die Schweine und der Geruch der umgegrabenen Ackerscholle! Jetzt muß in den Regierenden und im Volke, in Hunderttausenden der Wille wachsen und anschwellen: Wir wollen nicht sterben, wir wollen leben; darum wollen wir Arbeiter mit Frauen und Töchtern in Häusern mit Gartenland wohnen, und wir Beamten, wir Lehrer, wir wollen nicht um uns einen Kranz von Luxusland und Wüste, aus der die Spekulanten Diamanten lesen wollen. Wir wollen das deutsche Land selber haben.

Wir wollen um unserer militärischen Sicherheit willen mehr Gemüsebauern, mehr mittlere Bauernstellen, wo jeder Hufe die Intelligenz, die Liebe, die nachwachsende Kraft einer freien, deutschen Familie zugute kommt. Welch unheimlicher Zustand, daß wir unserm Acker fremde Arme borgen, womöglich erst Kriegsgefangene als Ackersklaven einfangen müssen. Ist das deine Sicherheit, Germania!

Aber unter dem breiteren Dache des eigenen Heims, in Garten und Hof, da ist wieder Raum und Lebensinhalt für Frauen und Töchter. Dort zu wirklichen Charakteren und starken Menschen erwachsen, mögen sie sich auch den neuen weiblichen Berufen zuwenden. Aber hier ist die häusliche Grundlage, hier ist Heimat. Unsere Etagenwohnung ist keine Heimat. Und ohne Heimat wachsen keine Jungfrauen und keine Mütter, und ohne Mütter keine Söhne und Krieger.

Griechenland und Rom konzentrierten zu schnell ihre Volkskraft in den Städten und verbrauchten sich schnell in unerhörtem leidenschaftlichen Schaffen. Deutsches Volk, auf der Feldflur erwachsen, braucht den Boden des Feldes unter sich, — dann kann es auch schmieden und sinnen, mischen und schmelzen und erfinden für Jahrtausende; aber die Urzelle unseres Volkes ist die Familie. Und die Familie bedarf des Bodens!"

In welch praktischer und gesunder Weise bereits von allen Seiten die Aufgabe angefaßt wird, unseren heimkehrenden Kriegern, besonders unseren Kriegsinvaliden Heimstätten zu schaffen, mag aus der Eingabe des Vorstandes des „Gartenheim", e. G. m. b. H., Schwarzenbek, hervorgehen, die derselbe an das Ministerium des Innern gerichtet hat, die sich vollständig deckt mit den Ausführungen, die ich oben in dem Bericht über die Erfolge in unserem Bauverein der Elbgemeinden niedergelegt habe:

„Zur Fürsorge für die heimkehrenden kranken Krieger und Invaliden werden besonders umfassende Maßregeln erwogen, zu deren praktischer Durchführung wir bitten, das Nachfolgende in Erwägung zu ziehen:

Es wird nötig werden, für unsere wackeren Krieger, welche im Dienst des Vaterlandes krank, invalide und existenzlos geworden sind, rechtzeitig dauernde Asyle zu schaffen, welche Genesung und Existenzmöglichkeit bieten können, ohne dem Staat mehr Lasten aufzulegen, als wie die ersten Anlagen erfordern. Dazu scheint uns das Rentengütergesetz die praktischste Grundlage zu geben und zwar durch Bildung von in Kolonien vereinigten sogenannten Arbeiterrentengütern für Obst- und Gemüsekultur und Kleintierzucht, welche von noch einigermaßen arbeitsfähigen Familien rationell bewirtschaftet werden können, dabei dem Staat die Rentendarlehen sicher verzinsen, den Boden ertragreicher machen und den notleidenden Familien eine Existenz bieten, welche nie versagt.

Es ist bekannt, daß noch für viele Millionen Mark Obst, Gemüse, Eier und Geflügel vom Ausland bezogen werden muß, welches im Inland erzeugt werden und uns vom Ausland unabhängig machen könnte, da noch Tausende von Quadratkilometern Landes unrationell benutzt zur Verfügung stehen. Kleintierzucht, Gemüse- und Obstkultur hat noch allen darin tätigen Personen eine gute Existenz geboten, und es bedarf nur der wohltätigen Beihilfe des Staates zur Innenkolonisation, die Grundlage zur Existenz vieler notleidender Familien zu schaffen.

Die erste Anwartschaft dazu besitzen unsere braven Krieger; jedoch dürfte es sich in geistig hygienischer Hinsicht empfehlen, nicht Gartenheime für Krieger allein zu bilden, sondern durchsetzt von der nach Landluft dürsten-

den Großstadtbevölkerung, um die den Soldaten unter sich so naheliegenden, fürchterlichen Erinnerungen eine wohltätige Ablenkung, Beruhigung und Erheiterung zu bieten. Dazu Kinderheime, Jugendfürsorge in ländlichen Erziehungsanstalten werden viel Segen stiften und das eine auf die anderen guten Einfluß ausüben. Es wird praktisch sein, jeder Kolonie einen gärtnerischen Fachmann beizugeben, der die nötigen Anleitungen gibt und endlich diese Kolonien für den rationellen Betrieb, namentlich des Absatzes, genossenschaftlich zu organisieren. Es wird ferner praktisch sein, diese Rentengutskolonien möglichst sofort in Angriff zu nehmen, um den vielen, jetzt Arbeitslosen und den Kriegsgefangenen nützliche Arbeit zuzuweisen, welche in Zukunft hohe Zinsen tragen wird. Diese Beschleunigung ist auch deswegen zu empfehlen, weil mit Sicherheit zu erwarten steht, daß mit dem Friedensschluß eine bedeutende Lohnerhöhung eintreten wird, da die Verwüstungen des unheilvollen Krieges möglichst schnell beseitigt werden müssen."

Im ersten Maiheft des „Kunstwart" schreibt Hermann Ullmann in einem Aufsatz „Der pflügende Soldat" folgende bemerkenswerte Worte:

„Unser Heer ist als eine wehrhafte Vertretung des ganzen Volkes, aller Berufe, Fähigkeiten und Anlagen, vermöge der Organisation seiner Arbeit im Frieden, nicht nur äußerlich für jene friedliche Kriegsarbeit besonders gut vorbereitet: es bringt auch dem Wesentlichen dieser Aufgaben, jenem ländlichen Zug an ihnen, unverkennbar eine besondere Neigung entgegen.

Die äußert sich bei den Einfachsten, namentlich bei den Landbewohnern, unmittelbar. Sie vertieft und verfeinert sich bei den aus den Städten, aus den geistigen Berufen, aus der Industrie Kommenden durch den Gegensatz zu ihrem bisherigen Leben. Man wird unzählige Male an unsere Wandervögel erinnert: alle Deutschen im Felde, namentlich die jungen Leute, scheinen etwas von dem Geist dieser ‚neuen Jugend', wie sie schon im Frieden aus den Städten ins Freie drängte, in sich zu tragen: ein Zeichen dafür, wie sehr dieser Geist entschlossen-unbekümmerter Ausdruck eines im ganzen Volke lebendigen Verlangens gewesen ist. Man würde ihn spüren, auch wenn nicht alle Lieder von ihm kündeten, diese echten Volkslieder, die mit einem Schlage allen Gassenhauerblödsinn und Operettenunrat verdrängt haben und zu den ‚Vöglein im Walde', zum ‚grünen Klee', zum ‚Morgenrot' immer wieder zurückkehren. Alle jene überquellende Romantik, die letzten Endes Überschuß an inneren Kräften ist, die man sich so gar nicht beim englischen Kaufsoldaten und Sportsmenschen denken kann, und die jeder tiefere Kenner unseres Volkslebens unter vieler verdorbener Sentimentalität und entmutigter Dumpfheit überall schon im

Frieden lebendig fühlte, blüht nun im Felde überreich auf, nicht nur durch den Schicksalswechsel, das Abenteuer, das Wunder eines in jeder Stunde neugeschenkten Lebens genährt, vor allem, und oft ganz bewußt, in der innigen Berührung mit der Natur veredelt und vertieft.

Jetzt noch kann man, wenn man von den Kolonisationsaufgaben des Deutschtums namentlich im Osten spricht, den Einwand hören: Woher bei unserer Verstädterung die Menschen nehmen? Da wir doch ‚Saisonarbeiter' bereits einführen müssen? Abgesehen von der oberflächlichen Folgerung, die hier gezogen wird, ohne Rücksicht auf rein wirtschaftlich-technische Fragen: Wer gerade jetzt sich umsieht, kann jenen Kleingläubigen nicht recht geben. Schon durch die großen volkswirtschaftlichen Fragen, die jetzt bis zu jeder Hausfrau dringen, wird die Wertung des nährenden Heimatbodens und der Arbeit an ihm auch bei den Daheimgebliebenen völlig geändert: der ‚Kartoffelbrotgeist', den Lloyd George so sehr fürchtet, bedeutet nicht nur wegen des entschlossenen Staatssozialismus und der festen Volkseinheit, die sich darin aussprechen, er bedeutet auch wegen des Verständnisses für die Urfragen der Volksernährung, das er voraussetzt und neu erweckt, in der Tat eine geistige Umwälzung. Noch mehr aber, das kann jeder draußen und im Verkehr mit unseren ‚Lanzern' beobachten, wirkt auf die Neuwertung von Grund und Boden jenes Erlebens der Leute im Felde hin. Wenn unser Zug die Verwundeten durch die polnischen Ebenen heimwärts führte, dann begannen sie oft Zukunftspläne zu besprechen. Erstaunlich häufig kehrte die Hoffnung auf ein Stückchen eigenen Bodens wieder; vielfach dachten sie sich ein kleines Grundstück geradezu als Invalidenversorgung oder Militäranwärterentschädigung. Daß dieser gesunde Wille der vielen verstanden und gewürdigt würde!

Wenn irgend das Schicksal uns Sieg und günstigen Frieden gewährt: *schafft Bauernland!* Aus allen Lebensäußerungen unseres Volkes seit der Mobilmachung spricht dieses Verlangen, diese Mahnung. Schon in der Opferfreude der ersten Wochen war etwas davon. Und es kann unmöglich der Sinn dieses allergrößten Volksopferns sein, daß die Kämpfer für unsere Freiheit zurückkehren in die gleichen wirtschaftlich-sozialen Bedrückungen, die unser inneres politisches Leben so vergifteten, die nach 1870 so schwer verstimmten und verhetzten. *Laßt uns soviel Freie wie möglich anstreben!* England, dieses Land der größten politischen Freiheitsillusionen und der ärgsten politischen Unfreiheit, sollte uns Warnung und Schreckbild sein: dort versagt die Kraft und der Wille des heimatlosen, entwurzelten Volkes. Wir können aber Englands Wege im Falle eines Sieges nur meiden, wenn wir unsere eigentlichen und wesentlichen deutschen

Kolonisationsaufgaben wieder aufnehmen. Art und Haltung unseres Volkes im Felde und daheim geben uns den Mut zu solchen Kolonisationszielen, über den Kampf und seinen Ausgang hinaus."

Wer aber doch noch zögern sollte, nach all diesem, einzutreten in den großen, freien Bund derjenigen, die unserem deutschen Heldenvolke in seinen weitesten Schichten wirkliche deutsche Heimstätten schaffen wollen, für den füge ich hier noch einmal die Worte an, die der vortreffliche Führer der deutschen Bodenreformer in seinem Schlußworte zu dem oben erwähnten Vortrage von Seiner Exzellenz Wirklichen Geheimen Rat Adolf Wagner „Die staatsbürgerliche Aufgabe nach dem Siege" aussprach:

„Wie war es doch nach dem Kriege 1870 und 1871?

Hören wir darüber den Altmeister der deutschen Volkswirtschaft, Adolph Wagner. Er erzählte davon auf der 11. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer im Rathaussaal zu Berlin in einem Vortrag: ‚Wohnungsnot und städtische Bodenfrage'. Er berichtete, daß er während des Deutsch-Französischen Krieges 1870 seine Berufung nach Berlin erhalten hatte. Die Stadt hätte in jenen Tagen fast noch den Eindruck einer großen friedlichen Landstadt gemacht. Als aber unsere Heere nach dem glücklichen Ausgang ihrer furchtbaren Kämpfe in Frankreich nach ihrer Vaterstadt Berlin zurückkamen — was mußten sie da erleben? Gerade in den Jahren 1871 bis 1873 schnellten die Preise der Baustellen, der bebauten Grundstücke und damit auch die der Mietpreise außerordentlich empor! — War dies Emporschnellen auf irgendwelche Leistungen der zufälligen Grundstückseigentümer zurückzuführen? Nein, die weltgeschichtlichen Ereignisse, die Opfer des ganzen deutschen Volkes in diesem Kriege waren die Hauptursachen, welche die Grundstückseigentümer mit einem Schlage reich machten!

‚Ich sollte meinen, die einfache Tatsache, daß einem zurückkehrenden Krieger die Miete gesteigert oder, weil er mit einer großen Familie gesegnet, die Wohnung gekündigt wird, hat zehnmal mehr aufhetzend gewirkt, als irgend etwas, was die Sozialdemokratie theoretisch oder praktisch vertreten hat.'

Das ist das Urteil eines Mannes, der mit Bewußtsein mitten drin gestanden hat in dem öffentlichen Leben jener großen Zeit, eines Mannes, der als volkswirtschaftlicher Fachmann und glühender Vaterlandsfreund sehen mußte, daß die wunderbare nationale Erhebung, die so ergreifende Einmütigkeit aller Parteien und Berufe, unter deren Glut 1870/71 die deutsche Einheit geschmiedet wurde, nach vollbrachtem herrlichen Siege ausklang

in „Gründerjahre", „Börsenkrach" und in eine nationale und soziale Verbitterung, deren Schärfe wir uns heute kaum mehr vorstellen können, und die durch Namen wie Johann Most, Hödel, Nobiling gekennzeichnet wird.

Solche Erfahrungen darf ein Volk nur einmal machen. Es ist keines, selbst das unsere nicht, so reich an Begeisterungsfähigkeit und Opfersinn, daß eine solche Enttäuschung, ein solcher Rückschlag ein zweites Mal ohne schwersten Schaden zu tragen möglich wäre. Und deshalb haben alle, die es ehrlich meinen mit unserem Volke und seiner Zukunft, nicht nur das Recht, nein, die ernste vaterländische Pflicht, mit allem Fleiß daran zu arbeiten, daß nach unserem Siege sich nicht aufs neue krankhafte Verhältnisse herausbilden können. Es muß für unseren Boden, die Grundlage aller nationalen Existenz, ein Recht gefunden werden, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert und jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt. An diesem Ziele sollen alle mitarbeiten ohne Unterschied des Berufes und der Parteikenntnisse."

Wie ich schon vorher sagte, mehren sich von Woche zu Woche die Stimmen derer, die der gleichen Erkenntnis Worte verliehen, Heimstätten für unsere Helden zu schaffen und seltsam, die wenigsten wohl von allen denen, die die Stimmen für Wohnungsreform und Schaffung von Kriegerheimstätten jetzt zum Losungswort ihrer Tätigkeit erhoben, haben wohl daran gedacht, daß das, was sie jetzt für unsere heimkehrenden Krieger verlangen, „ein Heim mit Garten", das Lebensbedürfnis der alten Germanen ist, von denen Tacitus bereits in seiner Germania schreibt:

> Bekanntlich wohnen die Germanen nicht in Städten und lieben auch dichte Dörfer nicht. Wo eine Quelle, Acker oder Weideland, ihnen gefällt, bauen sie ihre Höfe einsam und versteckt. Ihre Dörfer sind also nicht wie unsere: zusammenhängende Häuserkomplexe. Jeder will freien Raum um sein Haus haben, vielleicht um Feuersbrünste zu verhüten — oder man weiß nicht besser zu bauen.

Es liegt in diesem Wunsche, sein eigenes Heim zu haben, auf eigenem Boden zu stehen, Raum um sich zu haben, eine innere Verwandtschaft mit der deutschen Eiche, die auch Raum braucht, um sich als Baum entwickeln zu können. Wir Deutsche gleichen den Bäumen unserer Wälder und brauchen Raum zur Entwicklung wie diese, und das ist es, was heute noch unsere unbezwingbare Kraft ausmacht, die uns hilft, in diesem Weltensturm zu siegen. Wehe uns, wenn uns jemals in der Geschichte dieser Rest unserer Urkraft und die unbezähmbare Sehnsucht nach einem eigenen Heim verloren gehen sollte. Wir würden verkümmern, wie die Bäume in einer schlecht gepflegten Baumschule, in der die einzelnen Bäume,

zu elendem Stangenholz entartend, sich gegenseitig ersticken! Unsere Kraft und unsere germanische Kultur, und damit die Kultur der Menschheit wäre dahin. Diesem dringenden Bedürfnis unseres Volkes muß auf jeden Fall Rechnung getragen werden, und wenn die einschneidendsten Reformen unseres sozialen Lebens dafür notwendig werden sollten.

Wie notwendig eine durchgreifende Wohnungsreform, gerade auch für die Bekämpfung der Abnahme der Geburten, und damit für die Erhaltung und Mehrung unserer Volkskraft ist, sagt Stadtrat Dr. Flesch, Mitglied des Reichstages, in Übereinstimmung mit dem, was ich in den vorausgegangenen Kapiteln des näheren ausgeführt habe (in der Zeitschrift für Wohnungsreform, Nr. 16, XIII. Jahrg., 25. Mai 1915).:

„Die Regulierung des Arbeitslohnes durch Krankenversicherung usw. hat unsere Arbeiter leistungsfähig und — trotz aller Streitigkeiten mit den Arbeitgebern und mit den Arbeitgeberparteien — staatsfreudig gemacht; und unsere Industrie hat sich trotz der ihr auferlegten Lasten zu entwickeln vermocht. Die Regulierung des Wohnwesens durch die planmäßige Ergänzung der kleinen Wohnungen mittels aller der Anstalten zum Zweck der Kinderpflege, Kindererziehung, der Erholung, des Behagens usw. wird freilich gleichfalls große Mittel kosten, die nicht von den einzelnen Wohnungsgebern, sondern von der Gemeinde und dem Staat aufzubringen sein werden.

Aber der Erfolg wird nicht nur der nämliche sein, wie bei der Regulierung des Arbeitslohnes: Erhöhung des Wohlbefindens des einzelnen Arbeiters, sondern ein noch höherer. Denn die ungenügende Fürsorge für das Wohnungswesen der kinderreichen Familien, die wir heute überall in unserem Land gewahren, ist die eigentliche Ursache der abnehmenden Kinderzahl, und kann, wenn ihm nicht abgeholfen wird, die ernsteste Gefahr für unser Vaterland werden."

Im ganzen deutschen Reiche regt es sich beim Wiederaufbau des zerstörten Ostpreußen. So soll auf Anregung der Gartenstadtbewegung einzelnen Stadtteilen der Charakter von Villen und Gartenstädten erhalten werden. Bisher hat nur Königsberg größere Teile, auf die der Name Gartenstadt Anwendung finden kann. In Allenstein wird, wie die Bauwelt schreibt, in allernächster Zeit ein Gartenviertel entstehen, wo sogar in diesem Jahr trotz des Krieges ein halbes Dutzend Einfamilien-Villen erbaut wird. Von den zerstörten Städten haben Gerdauen, Tapiau im neuen Stadtplan ein größeres Gartenstadtviertel vorgesehen. Für diesen Stadtteil, der in Tapiau im Westen der Stadt liegen soll, sind Aufwendungen von 240 000 Mark, in Gerdauen ungefähr ebensoviel vorgesehen. Es sollen Einfamilienhäuser

mit zwei, drei oder vier Zimmern mit Stall, Garten und Ackerland von ½ bis 5 Morgen geschaffen werden. Man rechnet mit Baukosten von 4500 bis 5500 Mark, während der Boden zwischen 1000 und 3000 kosten soll. Die Häuser sollen von der Stadt erbaut und gegen Anzahlung, geringe Verzinsung und Amortisation an die Bewohner überlassen werden. Ähnliche Gartenstadtviertel sind auch schon in Lyck und Ortelsburg geplant worden, werden sich aber auch wohl ohne Schwierigkeiten in den anderen masurischen Städten einrichten lassen. All diese Pläne helfen unseren Wunsch erfüllen: „Heimstätten für unsere Helden!"

Melanie Ebhardt, deren Bestrebungen für die Kriegerheimstätten ich im Vorstehenden bereits Erwägung tat, hat ihre Vortrupp-Aufsätze unter dem Namen „Vaterland und Heimat" (Verlag von Alfred Janssen, Hamburg, Preis M. 0,20) erscheinen lassen. — Allen denjenigen, die sich für die vorliegenden Fragen interessieren, möchte ich die kleine Schrift dringend empfehlen. Sie bildet eine wirksame Ergänzung von dem, was ich in den vorliegenden Arbeiten gesagt habe und weist mit erschütternder Deutlichkeit darauf hin, was wir für die Bedürfnisse unseres Volkes aus dem Elend und dem Schicksal des belgischen Volkes lernen können.

In einem neuen Aufsatz „Brot und Waffen", Nr. 10, IV. Jahrg., 1915, Vortrupp vom 16. Mai, schreibt die nämliche Verfasserin:

„In Hellas verdarb das falsche Bodenrecht zuerst das verarmende Volk und dann die Besitzenden, weil kein waffenfähiges Heer ihre Macht fürderhin gegen äußere Feinde schützte. In Rom brachte die Latifundienwirtschaft die Not der Sklavenkriege, die Ermordung der Mächtigen und endlich die völlige Niederlage vor dem Angriff frischer und kraftvoller Völker. Das Frankreich des 18. Jahrhunderts trieb sein Volk, dem es den Boden nahm, in Verzweiflung und Verbrechen, seine Besitzenden in Übermut und Willkür, in Entartung und Laster und endlich unter das Fallbeil der Guillotine. Und das Preußen Friedrich des Großen ward innerlich morsch, weil sein Bodenrecht ein Bodenunrecht war, und erlag nach dem Tode des großen Königs dem Ansturm des französischen Heeres in einem abgrundtiefen Fall.

Das sind Tatsachen, die eine erschreckende Sprache sprechen. Sie lehren uns, daß alle Siege, alle äußere Größe Trug und Schein sind, wenn das Volk nicht fest und frei auf freiem Boden sitzt. Ein Volk der Großstädte, der Mietskasernen und Hinterhäuser liegt im Sterben. Wenn es gesunden soll, muß es hinaus in Licht und Luft, hinaus aufs Land. Das deutsche Volk muß die Waffen führen wie den Spaten, sonst ist es verloren, da es sich selbst nicht länger schützen noch ernähren kann. Wenn unsere führen-

den Männer, wenn unser Volk in seiner Gesamtheit das erkennen, dann ist noch alles wieder gutzumachen, wenn nicht, so ist unsere Zukunft entschieden, unser Schicksal besiegelt trotz aller Siege."

Voll berechtigter Freude über den Fortschritt der Kriegerheimstätten-Bewegung schreibt Damaschke in Heft 10 vom 20. Mai 1915 seiner „Bodenreform":

„Als am 20. März d. J. der Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gegründet wurde, schlossen sich ihm sofort 28 Organisationen an. In der ‚Bodenreform' (Seite 267) konnten wir mitteilen, daß diese Zahl bereits auf 90 gestiegen sei. Heute, am 11. Mai, ist diese Zahl schon auf 211 Organisationen gestiegen. Alle Zuschriften und Berichte lassen erkennen, wie sehr der Gedanke der Kriegerheimstätten zündet. Gibt es doch wohl keine Familie im ganzen Reich, die nicht in ihrem engeren oder weiteren Kreise durch diese Frage unmittelbar berührt wird."

Die „Alldeutschen Blätter" berichten in Nr. 21 vom 22. Mai 1915: Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Schwerin fand am 7. d. M. zu Frankfurt a. O. eine Tagung statt, die sich eingehend mit der Frage der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten beschäftigte. Der näher umschriebene Zweck der Besprechung war die Erläuterung und Auffindung praktisch geeigneter Wege zu einer umfangreichen Auswirkung dieses mehr und mehr die Öffentlichkeit beschäftigenden Gedankens. Es wurde nach eingehender Beratung in völliger Einstimmigkeit folgende Eingabe an den Reichstag beschlossen:

> „Die unterzeichneten, auf dem Gebiete der inneren Kolonisation tätigen Gesellschaften richten an den Reichstag die Bitte, Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen, soweit sie dies selbst wünschen und mit ländlichen Verhältnissen vertraut sind, den Erwerb von ländlichen Grundstücken (in Preußen Rentengütern, Arbeiter-, Handwerker-, Gärtner-, Bauernstellen usw.) durch gesetzliche Maßnahmen zu erleichtern. Die Gesellschaften erachten es dazu als notwendig, daß in Abänderung des Mannschafts-Versorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 (RGBl. S. 593) und des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 (RGBl. S. 214) ein Teil der Invalidenrente bzw. des Witwengeldes als Kapital an die Berechtigten zur Auszahlung gebracht werden kann, um sie so in den Stand zu setzen, die beim Erwerb eines Grundstückes erforderliche bare Anzahlung leisten zu können."

Sehr zutreffend bemerkt dazu die „Tägl. Rundschau": „Es ist im Interesse nicht nur unserer Invaliden, sondern des gesamten Volkes und seiner Wehrkraft gelegen, daß der richtige Weg gefunden wird, dem Krieger die

Wohltat eines eigenen Heims auf eigener Scholle zu erschließen, natürlich nur sofern sein Wunsch selbst darnach strebt. Besonders wenn die Hoffnung, Siedlungsland jenseits der heutigen Grenzen zu gewinnen, zur Wirklichkeit wird, müssen alsbald gesetzliche Formen geschaffen werden, die nicht nur den Invaliden, sondern den Kriegsteilnehmern überhaupt den Erwerb einer Siedlung erleichtern."

Der „Hamburgische Correspondent" vom 22. Mai 1915 schreibt über die Ansiedlung von Kriegsinvaliden:

„Um sich über die Möglichkeiten der Ansiedlung von Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen auf dem Wege der Kleinsiedlung zu informieren, besuchte eine Anzahl von Freunden des Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands E. V. seine Kolonie in Beeskow. Die anwesenden Vertreter von Regierung und Reichstag gingen gründlich auf die Eigenheiten des preußischen Rentengutverfahrens, auf die Beleihung bis zu drei Viertel des Wertes durch Rentenbriefe, auf die verhältnismäßig geringe Anzahlung usw. ein und äußerten sich sehr befriedigt über die geringe Verzinsung, die die Ansiedler zu leisten haben. Die Verzinsung ist geringer als die Miete für die anspruchloseste Stadtwohnung und ermöglicht den Siedlern die sozial so hoch zu bewertende Existenz auf eigener Scholle, in eigenem Hause und das Aufwachsen der Kinder in frischer Luft und Freiheit. Der obengenannte Verein hat bereits mit Beihilfe einer besonderen Stiftung einige Invaliden und Kriegerwitwen angesiedelt, und gerade die dadurch gegebenen glücklichen Beispiele erweckten das lebhafte Interesse der Teilnehmer und erregten allgemeinen Wunsch, auf größerer Linie in diesem Sinne weiterarbeiten zu können."

So sieht man, wie der Gedanke *Heimstätten für unsere Helden, Wohnungen für unser siegreiches Volk* zu schaffen, Wohnungen, wie sie allein dem ursprünglichen Charakter des Germanen entsprechen, im ganzen Reiche von Woche zu Woche, von Monat zu Monat mehr an Boden gewinnt. Während aber da draußen noch unsere Helden im blutigen Kampfe stehen, ziemt es uns Daheimgebliebenen hinter der Front, unter Einsatz aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß diese Bestrebungen, die jetzt so viel Tausende von Vaterlandsfreunden und so viele unserer großen deutschen gemeinnützigen Vereinigungen beseelt, durch die hierzu notwendige große soziale Reform ein Werk werden des Friedens, würdig der großen Taten, die die Helden unseres Volkes dort draußen für unser Volk vollführen.

Am 12. Juni d. J. wurden vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten

(Berlin NW, Lessingstr. 11) folgende Grundsätze für ein Reichsgesetz zur Schaffung von Kriegerheimstätten aufgestellt:

1. Das Reich dankt seinen Verteidigern, indem es jedem deutschen Kriegsteilnehmer oder seiner Witwe die Möglichkeit eröffnet, auf dem vaterländischen Boden ein Familienheim auf eigener Scholle (Kriegerheimstätte) zu erringen.

Die Kriegerheimstätten sollen, gemäß den Lehren dieses Läuterungskrieges, das deutsche Boden- und Siedlungswesen auf das Ziel hinlenken, einen körperlich und sittlich gesunden Volksnachwuchs zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Erträgnisse des heimischen Bodens zu steigern.

2. Jeder deutsche Kriegsteilnehmer hat im Rahmen dieses Gesetzes einen Anspruch auf eine Heimstätte im Reiche oder in seinen Kolonien. Unter den Bewerbern sollen die ortsangehörigen Kriegsbeschädigten, Witwen und kinderreichen Familien zuerst berücksichtigt werden.

3. Die Kriegerheimstätten sind entweder:

Wohnheimstätten: Kleinhäuser mit Nutzgärten, die allen Kriegsteilnehmern offen stehen, oder

Wirtschaftsheimstätten: gärtnerische oder landwirtschaftliche Anwesen von geeigneter, nach Bodenart und Bodenpreis verschiedener Größe, die nur Bewerbern mit entsprechender Vorbildung und angemessenem Betriebskapital verliehen werden dürfen.

Bestehender Besitz kann in Kriegerheimstätten umgewandelt werden.

4. Die Heimstättenversorgung geschieht durch ein Heimstättenamt, das dem Reichsamt des Innern ein- und untergeordnet und in geeigneten Bezirken durch Heimstätten-Amtmänner vertreten wird. Diese haben in Fühlung mit den zuständigen Behörden (Bezirkskommandos usw.) die Auskunfterteilung und Vermittlung jeder Art bei Begründung, Ausführung und Bewirtschaftung der Heimstätten zu bewirken und jeden Mißbrauch mit ihnen zu verhüten.

5. Das Reich kann die Ausgabe von Heimstätten übertragen an öffentlich rechtliche Verbände und an gemeinnützige Vereinigungen.

Um Boden zur Errichtung von Kriegerheimstätten zu gewinnen, haben die Heimstättenausgeber ein Vorkaufsrecht bei jeder Zwangsversteigerung und bei der Veräußerung von Grundstücken, die in einem Jahrzehnt zweimal freihändig ihren Besitzer gewechselt haben. Bei diesen Grundstücken haben sie auch ein Enteignungsrecht und zwar gründsätzlich zu dem Werte, der in Selbsteinschätzung vor dem Kriege zum Wehrbeitrag angegeben und angenommen worden ist.

Weigern sich öffentlich rechtliche Verbände oder sonstige gemeinnützige Vereinigungen, die Ausgabe von Kriegerheimstätten zu bewirken, obwohl sie im Besitz von geeignetem Gelände sind, so ist das Reichs-Heimstättenamt berechtigt, dies Gelände zwecks Gründung von Kriegerheimstätten zu enteignen.

6. Die Kriegerheimstätte wird zum Eigentum übertragen gegen eine unkündbare Bodenrente (Weiterbildung des § 1202 Abs. 2 des BGB.).

7. Eine Veräußerung der Kriegerheimstätten ist nur mit Genehmigung der Ehefrau zulässig. Die Rente (§ 6) kann nur gesteigert werden, wenn der Besitzer die Kriegerheimstätte freiwillig aufgibt, oder wenn nach dem Tode beider Eltern das jüngste Kind großjährig wird oder sie nicht selbst bewohnt und bewirtschaftet. Für die Steigerung ist nicht der für die Heimstätte gebotene Preis allein maßgebend, sondern es muß eine allgemeine Steigerung des Bodenwertes in der betreffenden Gegend nachweisbar sein. Der Heimstättenbesitzer hat Anspruch auf Herabsetzung der Rente, wenn die Bodenrente eine nicht nur vorübergehende Verminderung erfahren hat. Der Heimstättenausgeber hat bei allen Verkäufen das Vorkaufsrecht.

8. Eine Beleihung von Kriegerheimstätten kann nur in Form von unkündbaren und löschungspflichtigen Tilgungsdarlehen erfolgen. Mindestens 10 Prozent der Baukosten muß der Heimstättenbewerber selbst aufbringen. Das Reich ermöglicht die Beleihung der Kriegerheimstätten bis zu 90 Prozent der reinen Baukosten entweder durch Erweiterung des bereits bestehenden Reichs-Bürgschaftsfonds oder durch Schaffung einer Reichs-Pfandbriefanstalt, unbeschadet der weitergehenden Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen durch Nutzbarmachung des entsprechend verstärkten Reichs-Wohnungsfürsorgefonds.

Gemeinnützige Kassen, welche für Unbemittelte die fehlenden 10 Prozent der Baukosten aufbringen, ebenso teilweise kapitalisierte Invaliden- oder Hinterbliebenenrente erhalten das Recht der hypothekarischen Eintragung. Für alle sonstigen Eintragungen ist das Grundbuch geschlossen.

9. Die Kriegerheimstätte kann durch privatrechtliche Forderungen nicht in Zwangsversteigerung gebracht werden. Sie ist unteilbar und durch Erbgang nur auf einen Erben übertragbar.

10. Zur Bestreitung der Kosten und Schaffung eines Reservefonds für etwaige Verluste erhebt das Reich eine Ödlandsteuer von 2 Mark pro Mille auf alles Privatland, das seit mehr als fünf Jahren nicht unter dauernder forstwirtschaftlicher, landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Kultur

gehalten worden ist, und zwar nach dem Werte, den der Eigentümer selbst angibt, der aber zugleich die Grundlage des Enteignungspreises bildet, wenn das Land für Kriegerheimstätten benötigt wird."

Alle die Hunderttausende, die in der Erreichung einer Heimstätte die Erfüllung ihrer höchsten Wünsche und ihrer höchsten Sehnsucht erblicken, sowohl wie diejenigen, die ihren Volksgenossen hierzu verhelfen möchten, wir alle werden am ehesten zu unserem gemeinsamen großen und heiligen Ziele gelangen, wenn diese neue große Bewegung, die der Krieg jetzt ausgelöst hat, die mit so elementarer Wucht Kriegerheimstätten und Heimstättenrecht fordert, sich mit allen denjenigen Vereinigungen verbündet, die entweder bereits, wie die Gesellschaft für Wohnungsreform und der Bund deutscher Bodenreformer die gesetzgeberischen Wege seit langen vorbereitet haben, die notwendig sind, um diese Wünsche unseres deutschen Volkes zu befriedigen, zugleich aber, wie ich schon oben erwähnt habe, mit denjenigen Verbänden, die unbekümmert um alle zurzeit noch bestehenden Schwierigkeiten der bislang noch ungelösten Bodenfrage, einfach zur Tat geschritten sind und als deutsche Gartenstadtgesellschaften und im Verband der deutschen Baugenossenschaften seit langen Jahren bereits unendlichen Segen in hunderttausenden von deutschen Heimstätten Greifbares und zu einem großen Teil Mustergültiges geschaffen haben.

Zum Schluß stelle ich noch einmal die Frage: Wer sind denn unsere Krieger, für die wir Kriegerheimstätten bauen wollen? Das ist unser ganzes großes Volk! Das sind die Männer aus allen Ständen der Bevölkerung, Männer aus der Werkstatt und vom Pflug, Lehrer, Beamte, angehende Gelehrte und junge Studenten, die opferwillig zu den Fahnen eilten, um uns zu schützen; vor allem aber auch unsere Offiziere, die — wie alle, die draußen mit im Felde waren, rückhaltslos und bewundernd anerkennen — todesmutig und opferfreudig unseren Soldaten vorangestürmt sind, um vor und nach dem Kampfe wiederum väterlich-kameradschaftlich für ihre Untergebenen zu sorgen. Für sie alle gilt es, Kriegerheimstätten zu schaffen! Ich weiß daher nicht, ob es überall ratsam sein wird, besondere Bauvereine für Kriegerheimstätten zu gründen und möchte daher noch einmal empfehlen, daß alle diejenigen, die Interesse dafür haben, unserem Volke von Kriegern und Helden Heimstätten zu schaffen, sich beteiligen möchten an den bereits bestehenden Baugenossenschaften und Gartenstadtgesellschaften, da nach dem Kriege unsere Helden ja alle wieder friedliche Bürger, Arbeiter, Bergleute, Handwerker, Lehrer und Beamte sind!

Es ist daher auch kein Wunder, daß die großen Vereinigungen der Werkmeister, Postbeamten, große Arbeiterorganisationen bereits aufhorchen und sich mit Hunderttausenden von Mitgliedern zur praktischen Mitarbeit an diesem großen Kulturwerk unserer deutschen Nation melden!

Wie eine gewaltige Woge von Begeisterung, von Willen zur inneren Gesundung und Erstarkung geht es durch unser ganzes Volk, — aber einer Begeisterung, die sich nicht damit begnügt im Rausch zu vergessen, sondern eines begeisterten Willens, der seine einzige Befriedigung in der Tat erblickt!

Alle die neu entstehenden Vereinigungen aber mögen sich froh die reichen Erfahrungen der bereits vorhandenen zunutze machen, die ihnen sicher von allen Seiten mit Freuden zur Verfügung gestellt werden.

So mögen denn unsere Regierungen und Vaterlandsfreunde im ganzen deutschen Vaterlande die Kraft und die Einsicht finden, den hypnotischen Bann, der von gewinnsüchtigen Interessenten bisher ausging, zu brechen und unserem deutschen Volke, vor allem unseren heimkehrenden Kriegern und Helden das schaffen zu helfen, wofür sie gekämpft haben: **Ein wirklich deutsches Heim! — Heimstätten für unser Volk von Helden!**

Medizinische und sozialhygienische Schriften

von Dr. med. Georg Bonne, Klein-Flottbeck.

1. „Über das Fibrinferment und seine Beziehungen zum Organismus." Ein Beitrag zu der Lehre von der Blutgerinnung, mit besonderer Berücksichtigung der Therapie (Preisgekrönt). Würzburg, Verlag von Georg Hertz. 1889.
2. „Ein Beitrag zur Lehre von der funktionellen Bedeutung der Blutalcalescens für die Immunität und die Blutgerinnung." Leipzig, Verlag von Alfred Langkammer. 1896.
3. „Vorschläge zur Vereinfachung und zum Ausbau unserer Arbeitsversicherungen." Dresden, Verlag von Georg Hertz. 1896.
4. „Über das Verhältnis einer ‚Volksversicherung' zu uns Ärzten." Sonderabdruck aus dem „ärztlichen Vereinsblatt für Deutschland", Jahrgang 1896.
5. „Die Wohnungsfrage in ihrer Bedeutung für die Verbilligung der Arbeitskräfte, mit besonderer Berücksichtigung hamburgischer Verhältnisse." Hamburg, Druck der Aktiengesellschaft „Neue Börsenhalle". 1897.
6. „Das seborrhoische Ekzem als Konstitutionsbasis der sogenannten Skrophulose, des adenoiden Habitus oder der lymphatischen Konstitution, sowie in seinem Zusammenhange mit Asthma, Gicht und Carcinom." Ein Beitrag zur Lehre von den Konstitutionen mit besonderer Berücksichtigung der Therapie. München 1900. E. Reinhardt, Verlagsbuchhandlung.
7. „Die klinische Bedeutung des Ekzema seborrhoicum, insbesondere für die Entstehung der Nasen-Rachenvegetationen und der Carcinome." Sonderabdruck aus Nr. 12 und 13 der klin. Wochenschrift. 1902.
8. „Ein Beitrag zur Lehre von der Cholerabehandlung." Sonderabdruck aus der „deutschen medizinischen Wochenschrift". 1893.
9. „Die Sanierung der Unterelbe von Hamburg bis Blankenese in ihrer Bedeutung für die Kultur der Geest-Heide- und Hochmoorländereien in Nordwest-Deutschland." Nach Vorträgen, gehalten auf der Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche am 14. Februar 1899 zu Berlin im Architektenhause und am 25. April 1899 im Hamburger Bezirksverein deutscher Ingenieure. Mit einem Vorwort von J. Brix. Leipzig, Verlag von J. Leineweber. M. 1.—.
10. „Die Wichtigkeit der Reinhaltung der Flüsse, erläutert durch das Beispiel der Unterelbe bei Hamburg-Altona." Leipzig, Verlag von F. Leineweber. 1900. M. 1.—.
11. „Die Notwendigkeit der Reinhaltung der deutschen Gewässer, vom gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen und militärischen Standpunkte aus, erläutert durch das Beispiel der Unterelbe bei Hamburg-Altona." Mit einer Karte der Elbemündung. Leipzig 1901. Verlag von F. Leineweber. M. 4.—.

12. „Neue Untersuchungen und Beobachtungen über die zunehmende Verunreinigung der Unterelbe, eine Folge von der gemißbrauchten Lehre von der Selbstreinigungskraft der Flüsse." Gutachten zwecks Beschwerde der der Elbe anliegenden Gemeinden bei der Kgl. preußischen und der hamburgischen Regierung, sowie bei dem Reichsgesundheitsamt. Verlag von F. Leineweber. Leipzig 1902. M. 2.—.
13. „Über die militärische Bedeutung der Reinhaltung unserer deutschen Gewässer." Leipzig 1903. Verlag von F. Leineweber. M. 1.—.
14. „Der Untergang der deutschen Binnenfischerei durch die Flußverunreinigung." Sonderabdruck aus der „Zeitschrift für Fischerei". 1904.
15. „Die Notwendigkeit einer systematischen Dezentralisation unserer Großstädte in hygienischer und sozialer Beziehung." Sonderabdruck aus der „Monatsschrift für soziale Medizin". 1904.
16. Über die Notwendigkeit einer internationalen Regelung zum Schutze der Gewässer gegen Verunreinigung." Referat zum internationalen Fischereikongreß in Wien 1905. Verlagsbuchhandlung Gebrüder Lübeking. Hamburg, 30.
17. „Wie ernähre ich mein Kind?" Zwölf goldene Regeln für junge Mütter. Nach einem im evangelischen Vereinshause zu Altona gehaltenen Vortrage. Leipzig, Verlag von F. Leineweber. 1901. M. —.10.
18. „Die Alkoholfrage in ihrer Bedeutung für die ärztliche Praxis." Osiandersche Verlagsbuchhandlung, Tübingen.
19. „Über Suggestionsbehandlung in der täglichen Praxis, besonders bei Alkoholisten." Urban & Schwarzenberg. Berlin. Wien. 1901. Sonderabdruck.
20. „Mäßigkeit, Enthaltsamkeit und Christentum." Vortrag, gehalten im „Verein christlicher Männer" im Gemeindesaale der Jakobi-(Kirchen-)Gemeinde am 25. September 1899. 3. Auflage. Verlag von Deutschlands Großloge II des J. O. G. T. Flensburg. 1902.
21. „Über den Trinkzwang beim Broterwerb." Vortrag für den VII. internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus zu Paris im Jahre 1899. Verlag von Deutschlands Großloge. 3. Auflage. Flensburg. 1903. M. 0.10.
22. „Unsere Trinksitten in ihrer Bedeutung für den Eisenbahner und das reisende Publikum." Vortrag, gehalten auf der konstituierenden Versammlung des Vereins abstinenter Eisenbahner zu Hamburg)März 1902). 2. Auflage. Verlag von Deutschlands Großloge II des J. O. G. T. Flensburg. 1903. M. 0.25.
23. „Die Bedeutung der modernen Alkoholfrage für den deutschen Kaufmannsstand." Verlag von Deutschlands Großloge II des J. O. G. T. Flensburg. 1903. M. 0.50.
24. „Der Giftbaum des deutschen Volkes." Illustriertes Flugblatt über die Bedeutung der Alkoholfrage. 4. Auflage. Verlag von Deutschlands Großloge II. Flensburg. 1903. M. 0.10.
25. „Die Klagen der deutschen Binnenfischer über die zunehmende Verunreinigung der deutschen Gewässer." Verlag von Gebrüder Lübeking. Hamburg. 1912.

26. „Die Zustände in der Unterelbe im Jahre 1911." Verlag von Gebrüder Lüdeking. Hamburg.
27. „Unsere Trinksitten in ihrer Bedeutung für die Unsittlichkeit nebst deren Folgen." 3. vermehrte Auflage. 9.—12. Tausend. Verlag von Chr. G. Tienken, Leipzig, 1913. M. 0.25.
28. „Die Verunreinigung unserer deutschen Gewässer und ihre Verhütung." Referat für die zweite gemeinsame Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz in Dresden. 1913.
29. „Die Verunreinigung der deutschen Gewässer, ihre Bedeutung und ihre Verhütung." (120. Flugschrift des Dürerbundes.) Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstr. 2, Heft M. 0.30, 25 Hefte M. 4.—, 50 Hefte M. 7.—, 100 Hefte M. 12.—.
30. „Die Reinhaltung der Gewässer." Herausgegeben von der Stiftung für Heimatschutz, Verwaltungssitz Meiningen, Ladenpreis 15 Pf. Bei Massenbezug unmittelbar durch die Stiftung für Heimatschutz billiger.
31. „Die Forderung der Hygiene und Landeskultur für die Beseitigung und Verwertung der Abwässer bei Anlage von Neusiedlungen." Herausgegeben von E. Behnisch im Auftrage des Vorstandes der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft. Renaissance-Verlag Robert Federn, Paris und Leipzig.
32. „Baut Heimstätten für unsere Helden!" Sonderabdruck. Soziale Praxis Nr. 31. Berlin 1915.

Verlag von Ernst Reinhardt in München

Von Georg Bonne erschien ferner:

Vorwärts mit Gott!

Lieder an mein Volk. M. —.50

Lieder der Arbeit

M. —.50

Der Tempel der Schönheit

Schauspiel in drei Aufzügen. M. 1.50

Das „Hamburger Fremdenblatt" schreibt in der Nummer vom 3. April 1915: „Georg Bonne, der bekannte Hamburger Arzt und Sozialhygieniker, der zurzeit als Leiter eines Lazaretts dem Vaterlande dient, hat aus dem tiefen Gefühlsinhalt dieser großen Zeit die Anregung zu einem Bändchen Kriegslyrik geschöpft, feine, stimmungsvolle Verse, aus denen wir die Schwingungen eines warmblütigen Herzens heraushören. Durch die ‚Lieder der Arbeit' bebt der Klang der Sensen, das Sausen der Maschinen. Ein reiner, starker Ton ist angeschlagen. Ich zitiere als charakteristisches Beispiel ein paar Zeilen aus dem schönen, sinnigen Gedicht ‚Der Totengräber':

‚Nur was du schufst für andrer Glück
Bleibt auf der Erde hier zurück!
Drum willst nicht ganz gestorben sein,
Pflanz' Lieb' und Glück und Sonnenschein!
Nur was von dir hier oben bleibt,
Den Keim zu neuem Leben treibt!'

In dem Schauspiel ‚Der Tempel der Schönheit', das sich durch edle Sprache und sittlichen Gehalt auszeichnet, behandelt der Verfasser die bekannte Fabel des Herostrat und seine Zerstörung des Dianatempels zu Ephesus, und zeigt das Ringen des irrenden Menschen um das höchste, geistige Gut der Menschheit."

Die Zeitschrift „Bühne und Welt" schreibt in der Nummer vom 1. Mai 1914: „Das vorliegende dramatische Gedicht in drei Akten steht hoch über dem Durchschnitt. Es ist die Schöpfung eines echten Dichters und Dramatikers nach Handlung und Charakteristik. Der Verfasser behandelt die bekannte Fabel des Herostrat und seine Zerstörung des Dianatempels zu Ephesus in origineller Weise und gibt eine neue, feine und psychologisch bedeutende Erklärung dieses Ereignisses. Die Handlung ist breit und groß entworfen und mit künstlerischem Geschmack und hoher Phantasie durchgeführt. Die Form ist nachklassisch und berührt sich mit der Grillparzers. Die Festgesänge, an zwei Stellen, wären besser in antiker Odenform gegeben, als in Reimen. Die Aktschlüsse sind nicht sehr stark; der Ausklang etwas merkwürdig; jedoch weist der Schluß eine große Steigerung auf. Die Vision des Tempels der Aphrodite (im 1. Akt) ist von hoher Schönheit. Das Werk erfordert den großen Apparat der Ausstattungsbühne. Es verdient die Aufführung und verspricht Erfolg."

Im gleichen Verlage erschien soeben das 11. bis 13. Tausend der Volksausgabe von

Im Kampf um die Ideale.

Die Geschichte eines Suchenden.

Ein Gegenwartsroman

von

Georg Bonne.

Gekürzte Volksausgabe. — 11.—13. Tausend.

In feinem Leinenband Mk. 2.80.

Vollständige Geschenkausgabe in Leinwand geb. Mk. 5.—.

Von der deutschen Dichtergedächtnisstiftung in 1500 Exemplaren zur Verbreitung angeschafft.

Mit prophetischem Geiste hat der Verfasser den gegenwärtigen Weltkrieg vorausgesehen. „Es ist ein Trompetenruf zum Sammeln, wie er nottut in unserer Zeit," schreibt die „Tägliche Rundschau". „Ich habe noch kein Buch gelesen, dem in so reichem Maße die Kraft innewohnt, den ermüdeten Kämpfer zu stärken, dem Verzweifelnden die Zuversicht an dem endlichen Siege des Guten wieder zu geben — es sei denn das Evangelium. Und in der Tat! Geist des Evangeliums ist es, der diesem Buche die Kraft, sein Feuer und seine anziehende Milde verleiht."

Das herrliche Buch wirkt auf den Leser als Stärkung auf steiler Bergwanderung. Bonne will keinen tendenzlosen Roman schreiben, und noch weniger langatmige Sozialpolitik dozieren, aber er kann und will beides in einem geben: reiche soziale Anregungen und als Form ein echtes Kunstwerk. Darin liegt das Originelle, fast Revolutionäre des sonderbaren Buches. „Neue Züricher Zeitung".

87-B12092

GETTY RESEARCH INSTITUTE
3 3125 01754 4962